AfD ringt um Kurs S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 13 – 1. April 2016

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Radikaler Islam breitet sich auch in Deutschland aus: Moslem-Demonstration in Berlin

Bild: action press

Terrorquelle Islam

Wer die Ursachen des Fanatismus leugnet, führt Europa in eine Katastrophe

„Das hat nichts mit dem Islam zu tun." Diese immer gleiche Parole entblößt sich zunehmend selbst. Die Kritik wird lauter.

Wer ein Problem lösen will, muss zunächst dessen Quelle aufdecken. Deutschlands politische Führung versucht nach den Anschlägen von Brüssel, wie schon nach Paris und ähnlichen Bluttaten, dagegen alles, um den Blick auf die Quelle zu vernebeln.

Nach dem Pariser November-Massaker sprach Angela Merkel von „gottlosen" Tätern – dabei war es unübersehbar religiöser Wahn, der die Mörder angetrieben hatte. In ihrer Stellungnahme zum Massenmord von Brüssel verzichtete die Kanzlerin nun sogar ganz auf die Benennung des Täterkreises, als besäßen die Verbrecher weder Motiv noch Hintergrund. Stattdessen sprach Merkel nur vage von den Feinden unserer Werte, die das Blutbad angerichtet hätten.

Vizekanzler Sigmar Gabriel betonte nach Brüssel, dass die Täter „alles keine Flüchtlinge", sondern in Paris und Brüssel geboren seien, wo man sie „ohne Bildung und Arbeit gelassen" habe. So wird die Schuld klammheimlich auf die abendländische Umgebung der Attentäter geschoben, weil die sich nicht genügend um die jungen Muslime gekümmert habe.

> Merkel lässt die Täter und ihre Motive bewusst im Dunkeln

Gabriel liegt in dreifacher Hinsicht falsch. Erstens ist mindestens ein Terrorverdächtiger von Paris über die „Balkanroute" eingesickert. Zweitens verfügen etliche unter den Verdächtigen über eine gute Ausbildung und Arbeit. Drittens wäre Europa längst im Blut ertrunken, wenn wirtschaftliche Perspektivlosigkeit junger Menschen zu Terror führte – allein in Italien oder Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit seit vielen Jahren auf astronomischer Höhe verharrt, müsste diesbezüglich der Teufel los sein – ist er aber nicht.

Was Kanzlerin Merkel anstimmt und ihr Vize Gabriel fortspinnt, ist die gefährliche Ablenkungs-Parole, der Terror habe „nichts mit dem Islam zu tun".

Die öffentliche Debatte nach den Brüsseler Anschlägen deutet allerdings darauf hin, dass die Menschen in Europa der Vertuschung der Terror-Ursachen zunehmend überdrüssig werden. Selbst Mainstream-Medien und Staatssender, die unlängst noch auf Merkels oder Gabriels Linie schwammen, beginnen, kritische Fragen nach den Abgründen in den Lehren des Islam zu stellen. Und sogar innerhalb der islamischen Welt mehren sich kritische Stimmen, die das Wegschieben des Problems von seinem religiösen Kern nicht länger hinnehmen wollen.

Dass ein Zusammenhang zwischen islamischer Zuwanderung und wachsender Terrorgefahr in Europa besteht, muss die friedvollen Muslime schmerzen. Diesen Zusammenhang deshalb aber zu leugnen, ist unverantwortlich. Diese dauernde Leugnung zieht uns immer tiefer in eine Spirale von Hass und Gewalt, an deren Ende eine Eskalation wartet, die jede heutige Vorstellungskraft sprengt. Die politisch-korrekten Nebelwerfer sind es, die den Weg in eine solche Katastrophe zu ebnen helfen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Blanker Hohn

Vor drei Jahren schwadronierte der damalige WDR-Chefredakteur Jörg Schöneborn davon, dass die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten „das Funktionieren unserer Demokratie" sichern würden. Doch wie wenig sie tatsächlich staatsferne, unabhängige und objektive Berichterstattung bieten sollen, führt uns die rot-grüne Landesregierung in Bremen vor Augen. In aller Eile hat sie ein neues Radio-Bremen-Gesetz durchgepeitscht, mit welchem dem Sender vorgeschrieben wird, was er zu senden hat. Dort heißt es nämlich: „Die Angebote der Anstalt haben die besonderen Belange von Migrantinnen und Migranten zu berücksichtigen. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingen ist nachhaltig zu unterstützen." Dass es dann weiter heißt, „die Gestaltung der Angebote der Anstalt" müsse „frei sein von Beeinflussung durch die Regierung oder von einseitiger Einflussnahme durch politische, wirtschaftliche, religiöse und andere Interessengruppen", wirkt wie blanker Hohn.

Bei der Gelegenheit haben die Regierenden auch gleich dafür gesorgt, dass die im vergangenen Jahr mit vier Abgeordneten ins Landesparlament eingezogene AfD aus dem Rundfunkrat fern gehalten wird. Denn wenn sich dieser Anfang Juni für die nächsten vier Jahre neu konstituiert, dürfen nur noch die Parteien Vertreter in das Kontrollgremium entsenden, die mindestens in Fraktionsstärke, also mit fünf Abgeordneten, ins Parlament eingezogen waren.

So ist das Paket, das Bremer SPD und Grüne für den ARD-Landessender geschnürt haben, ein Angriff auf dessen redaktionelle Hoheit, auf die Pressefreiheit und damit auf die Demokratie an sich.

Bundesregierung ahnungslos

Rätsel um Drohnen-Relaisstation in Ramstein weiter ungelöst

Die Bundesregierung hat noch immer keine Ahnung, ob die USA von deutschem Boden aus ihren Drohnenkrieg führen. Das ist die Quintessenz der Aussage von Außenminister Frank-Walter Steinmeier vor dem NSA-Untersuchungsausschuss. Trotz intensiver Gespräche mit der US-Regierung habe man „bisher keine abschließende Antwort" auf die Frage erhalten, ob der US-Luftwaffenstützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein dafür als Relaisstation dient, so Steinmeier. Er sehe aber keinen Anlass, den Angaben von US-Präsident Barack Obama zu misstrauen, von deutschem Boden würden Drohnen weder gestartet noch gesteuert. Obamas Angaben sind indes durch die Aussage des ehemaligen US-Drohnenpiloten Brandon Bryant erschüttert, der dem Ausschuss berichtet hatte, dass allein die Relaisstation in Ramstein den Einsatz über Afrika wie über dem Mittleren Osten überhaupt erst ermögliche.

Der Verdacht, Deutschland könnte in den Drohnenkrieg verwickelt sein, bezieht sich auch auf das US-Zentralkommando für Afrika (Africom) in Stuttgart. Es wird vermutet, dass die Flüge von dort aus befehligt werden. Laut Steinmeier allerdings sei mit Obamas Antwort auch der Verdacht gegen Africom als ausgeräumt gelten. Dessen Ansiedlung im Jahre 2007 hält er für richtig, weil damit die US-Präsenz in Deutschland gestärkt worden sei. Zum anderen hätten die USA damit ihr fortdauerndes Interesse am afrikanischen Kontinent bekräftigt. Welchen Nutzen Deutschland davon konkret hat, sagte Steinmeier nicht.

Weiter betonte der Außenminister, Deutschland, das selbst an Militäreinsätzen beteiligt sei, habe keinen Anlass, „über die Amerikaner zu Gericht" zu sitzen. Vielmehr habe es „ein herausragendes Interesse, mit den Amerikanern gemeinsam Politik zu machen für die Beruhigung von Konflikten, die uns im Augenblick vor Augen liegen, und die keinen Aufschub dulden". Dies sei wichtiger „als alle Irritationen". Was wohl heißen soll, dass die Bundesregierung das Drohnen-Thema zu den Akten gelegt hat. *J.H.*

»Sommerzeit überflüssig«

Union und Linkspartei plädieren nach Studie für Abschaffung

Die Sommerzeit ist relativ überflüssig." Das ist das Fazit einer umfangreichen Studie des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) zur Bilanz der 1980 eingeführten Zeitumstellung. Mit seiner Meinung steht es offenkundig nicht allein. In der laufenden Legislaturperiode hat es zur Abschaffung der Sommerzeit bereits 571 Petitionen im Bundestag gegeben – so viele wie zu keinem anderen Thema.

Das deutsche Parlament allerdings kann aus rechtlichen Gründen allein nichts an der Zeitumstellung ändern. Denn jede Änderung am Wechsel zwischen Normalzeit und Sommerzeit erfordert grundsätzlich eine Änderung der entsprechenden EU-Richtlinie. Und ob ein Änderungsverfahren eingeleitet wird, liegt allein im Ermessen der EU-Kommission.

Zuletzt hatte sich 2007 die EU-Kommission mit diesem Thema beschäftigt und herausgefunden, dass, abgesehen von der Begünstigung von Freizeitaktivitäten und der Erzielung geringfügiger Energieeinsparungen, die Auswirkungen der Sommerzeit kaum ins Gewicht fallen. Auch den aktuellen Erkenntnissen des TAB zufolge sind die Auswirkungen der Zeitumstellung weder in die eine noch in die andere Richtung in relevantem Maß messbar. Energieeinsparmöglichkeiten seien kaum feststellbar. Zu den Auswirkungen auf die Wirtschaft lägen laut TAB praktisch keine konkreten Informationen oder quantitative Daten vor. Auch die gesundheitlichen Auswirkungen seien, wenn es welche gebe, nur von vorübergehender Dauer. Eine Erhöhung des Herzinfarktrisikos durch die Zeitumstellung sei nicht nachweisbar.

Vertreter der Union und der Linkspartei plädieren dafür, die Sommerzeit abzuschaffen. Auch wenn die gesundheitlichen Auswirkungen noch so gering seien, seien sie möglicherweise vorhanden. Zudem koste die Zeitumstellung jedes Mal viel Geld, ohne dass Deutschland einen Nutzen davon habe. *J.H.*

»Konfliktreiche Debatten sind Vergangenheit«

Gundula Bavendamm, neue Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, im *PAZ*-Interview

Am heutigen 1. April tritt die Historikerin und Kulturmanagerin Gundula Bavendamm ihren neuen Posten als Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) an. Im Interview mit der *PAZ* erläuterte sie ihre Vorstellungen hinsichtlich ihrer Arbeit und der Zukunft der Stiftung. Die Fragen stellte Manuel Ruoff.



Auf einem Schleudersitz? Stiftungsdirektorin Gundula Bavendamm Bild: Amin Akhtar

PAZ: *In der Politik lässt sich der Versuch feststellen, das Schicksal der deutschen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem heutiger Asylsucher aus Schwellen- und Entwicklungsländern gleichzusetzen. Wie wollen Sie darauf reagieren?*

Gundula Bavendamm: Die Frage nach den Bezügen zwischen dem Flüchtlingsphänomen heute und zur Zeit des Zweiten Weltkriegs ist nicht von vornherein falsch. Vor allem die Größenordnung von rund 60 Millionen Menschen stellt eine Parallele dar. Auch das unmittelbare Erleben derer, die heute etwa als Kriegsflüchtlinge gegen ihren Willen ihre Heimat verlassen müssen, unterscheidet sich nicht grundsätzlich von dem, was die Deutschen 1944/45 erlebten. Allerdings liegen den heutigen Flüchtlingsströmen keine staatlichen Beschlüsse zugrunde. Neben den Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten gibt es Millionen Menschen, die ihr Land verlassen, weil sie ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollen. Ungeachtet der Ursachen und Motive für Migration bin ich davon überzeugt, dass die Allermeisten in ihrer Heimat bleiben würden, wenn sie dort eine Chance hätten. Jene 350000 Menschen, die infolge der Jugoslawienkriege nach Deutschland kamen, kehrten weit überwiegend bis Ende der 1990er Jahre in ihre Herkunftsgebiete zurück, weil sie dort wieder sicher waren. Eine solche Rückkehrmöglichkeit hatten die Deutschen nach 1945 aus bekannten Gründen nicht.

PAZ: *Es lässt sich eine Tendenz feststellen, die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg auch dadurch zu relativieren, dass der qualitative Unterschied unterschlagen wird zwischen der Entvölkerung ganzer Provinzen, wie sie in Ostdeutschland oder dem Sudetenland erfolgte, auf der einen Seite und Vertreibungen einzelner Minderheiten durch die Mehrheitsbevölkerung, wie sie im 20. Jahrhundert häufiger vorkamen, auf der anderen. Wie wollen Sie dieser Tendenz begegnen?*

Bavendamm: Jede Zwangsmigration weist ihre spezifischen Merkmale auf, die wir benennen sollten. Dies gilt natürlich auch für jene rund 12,5 Millionen Deutschen, die ab 1944 von Vertreibungen betroffen waren. Die Größenordnung und der unmittelbare Kontext des Zweiten Weltkriegs geben diesem Phänomen sein Gepräge. Doch bringt uns eine dichotomische Gegenüberstellung mit Zwangsmigrationen anderer Minderheiten nicht weiter. Flucht und Vertreibung der Deutschen bestand aus einem Spektrum von Erscheinungsformen mit deutlichen regionalen Unterschieden. Das wird etwa mit Blick auf Ostpreußen und Rumänien deutlich. Bezogen auf die meisten der Einzelphänomene gab es im 20. Jahrhundert sehr wohl Parallelen: der Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei nach dem Ersten Weltkrieg mit 1,6 Millionen Betroffenen oder die Vertreibung von etwa 450000 karelischen Finnen durch die Sowjetunion zwischen 1940 und 1944.

PAZ: *Lässt sich die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als einzigartig bezeichnen?*

Bavendamm: Man muss sich immer wieder den Kontext bewusst machen, gesamteuropäisch und nicht zuletzt auch global. Im Zuge der Teilung von Britisch-Indien 1947 etwa wurden 20 Millionen Menschen deportiert, vertrieben oder umgesiedelt.

PAZ: *Glauben Sie, dass Sie mit dem Revisionismusvorwurf konfrontiert werden?*

Bavendamm: Nein, das glaube ich nicht. Das Stiftungsgesetz und die Konzeption für die Arbeit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung bieten dafür keine Anhaltspunkte. Es gehört gewissermaßen zur DNA der Stiftung, dass wir nicht über Flucht und Vertreibung der Deutschen sprechen können, ohne diese einerseits in den Kontext der NS-Expansions-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik und andererseits in den Kontext der Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts zu stellen.

> »Die Frage nach Bezügen zwischen Flüchtlingsphänomenen heute und zur Zeit des Zweiten Weltkrieges ist nicht von vornherein falsch«

PAZ: *Fürchten Sie – gerade auch im Angesicht des Schicksals Ihres Vorgängers –, auf einem Schleudersitz zu sitzen?*

Bavendamm: Meiner Einschätzung nach liegen die konfliktreichen, schwierigen Debatten hinter der SFVV. Alle Beteiligten sind daran interessiert, dass die Stiftung jetzt nach vorne schaut. Wir müssen unsere Hausaufgaben erledigen und durch positive Schlagzeilen von uns reden machen.

PAZ: *Wo sehen Sie sich in der Kontinuität Ihres Vorgängers und wo möchten Sie eigene Schwerpunkte setzen?*

Bavendamm: Ich betrachte die in der Ära Kittel verabschiedete Konzeption für die Stiftungsarbeit sowie die darin enthaltenen Leitlinien für die Dauerausstellung als Grundlage meiner Arbeit. Mir liegt vor allem daran, diesen wissenschaftlichen Text in eine überzeugende Ausstellung zu transponieren: sprachlich verständlich, dramaturgisch plausibel und anschaulich dargestellt. Der nächste Schritt ist ein „Drehbuch" für die Ausstellung, das hat bisher gefehlt.

PAZ: *Was sind Ihre Erwartungen gegenüber dem Beirat und wie stellen Sie sich seine ideale Zusammensetzung vor?*

Bavendamm: Ich tendierte dazu, den Beirat zu verkleinern, was das Stiftungsgesetz auch zulässt. Mit zehn oder zwölf Personen kann man eher arbeiten und diskutieren, als wenn 15 Experten zusammensitzen und man wegen der begrenzten Zeit im Grunde nicht über Statements hinauskommt. Es sollten Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen vertreten sein: Wissenschaftler natürlich, aber auch Museologen und Didaktiker. Ich kann mir auch einen „Querdenker" vorstellen, einen Intellektuellen, der nicht unbedingt Fachmann für Zwangsmigrationen sein muss. Unverändert wichtig ist die Internationalität des Beirats. Ich werde mich in jedem Fall um Vertreter auch aus Polen und Tschechien bemühen, wohlwissend, dass dies nicht leicht sein wird. Last but not least ist es mir wichtig, auch qualifizierte Frauen für den Beirat zu gewinnen. Der Beirat sollte sich dem Wohl der SFVV verpflichtet fühlen. Es ist nicht seine Aufgabe, sich in das operative Geschäft einzumischen.

PAZ: *Wie sehen Sie die Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit und den Medien? Welche Hoffnungen und Erwartungen haben Sie?*

Bavendamm: Öffentlichkeit und ein guter Kontakt zu den Medien sind wichtige Erfolgsfaktoren, gerade für die SFVV. Es hat sich viel Misstrauen aufgebaut durch die Querelen der letzten Jahre. Das beste Rezept dagegen sind meines Erachtens Transparenz und eine klare Kommunikation auf Grundlage des Stiftungsgesetzes und der Konzeption. Bewusst habe ich gleich nach meiner Wahl alle Medienanfragen beantwortet. Durch den positiven Grundtenor der bisherigen Veröffentlichungen fühle ich mich in dieser Haltung bestätigt.

> »Das Stiftungsgesetz und die Konzeption für die Arbeit der SFVV bieten keine Anhaltspunkte für einen Revanchismusvorwurf«

PAZ: *Was sind Ihre Vorstellungen und Wünsche hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Opfern und deren Interessenorganisationen?*

Bavendamm: Mein erster Adressat ist der Bund der Vertriebenen beziehungsweise sein Präsident Bernd Fabritius. Mit ihm hatte ich bereits ein gutes Gespräch. Nach Amtsantritt werde ich alle Stiftungsratsmitglieder persönlich treffen und so auch die einzelnen Landsmannschaften besser kennenlernen. Durch das Gespräch mit Herrn Fabritius ist mir deutlich geworden, dass in den Archiven der Landsmannschaften zum Teil Schätze liegen, die wir für die neue Dauerausstellung heben können.

PAZ: *Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit den Vertreiberstaaten beziehungsweise den Staaten vor, zu denen heute die Vertreibungsgebiete gehören?*

Bavendamm: Eine wichtige Ebene der Zusammenarbeit wird hoffentlich der neue Beirat sein.

PAZ: *Erwarten Sie Unterstützung von der deutschen Politik?*

Bavendamm: Sicher werde ich darüber auch mit der Politik in Kontakt sein. Im Stiftungsrat sitzen auch Vertreter des Auswärtigen Amtes, mit denen ich mich nach meinem Amtsantritt zum Gespräch treffen werde.

PAZ: *Wie zukunftsfähig ist die Stiftung angesichts des heute herrschenden Zeitgeistes?*

Bavendamm: Die SFVV ist in dem Maße zukunftsfähig, wie es ihr gelingt, das historische Phänomen von Flucht und Vertreibung der Deutschen im Kontext der NS-Expansions-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik und der Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert wissenschaftlich fundiert aufzuarbeiten und für ein internationales Publikum von heute überzeugend darzustellen und zu vermitteln. Dazu gehört auch, Bezüge zur gegenwärtigen Flüchtlingskrise herzustellen.

PAZ: *Ist das jetzt Ihr Traumjob?*

Bavendamm: Die Leitung der SFVV ist für mich eine hochinteressante neue Aufgabe, auf die ich mich freue.

PAZ: *Welche Ihrer im Laufe Ihrer wissenschaftlichen Karriere erworbenen Erfahrungen und Qualifikationen möchten Sie in Ihrer neuen Funktion einsetzen?*

Bavendamm: Ich werde die gesamte Breite meiner Erfahrungen und Qualifikationen einbringen. Auch als Direktorin des AlliiertenMuseums war meine Arbeit im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Kulturpolitik und Diplomatie angesiedelt. Das gilt in der SFVV in gesteigerter Weise. Ich fühle mich daher für die neue Aufgabe gut gerüstet.

PAZ: *Wenn Sie sich für die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung etwas wünschen könnten, was wäre das?*

Bavendamm: Ich wünsche mir, dass die SFVV zur Ruhe kommt und sich auf ihre anspruchsvollen Aufgaben konzentrieren kann. Die Stiftung sollte sich zu einer lebendigen Institution entwickeln, die sich mit einem erkennbar eigenen Profil zum Menschheitsthema der Zwangsmigrationen im öffentlichen Diskurs positioniert und diesen mit prägt.



Sitz, Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum der SFVV: Das Deutschlandhaus in Berlin Bild: wikipedia

Heiße Eisen vorerst ausgeklammert

AfD nimmt strittige Punkte aus ihrem Programmentwurf – Positionierung erst 2017

Immer mehr Deutsche glauben, dass die AfD im kommenden Jahr in den Bundestag einziehen wird. Das ist insofern erstaunlich, als dass sie immer noch kein beschlossenes Programm hat. Und die Debatte darüber, welche Schwerpunkte die Partei künftig besetzen wird, dürfte hitzig werden. In der vergangenen Woche hatten Medien aus dem Entwurf zitiert und dabei Details veröffentlicht, die auch innerhalb der Partei für hitzge Diskussionen sorgten.

Unter anderem werden in dem Programmentwurf die Privatisierung der Arbeitslosenversicherung und die Abschaffung der gesetzlichen Unfallversicherung gefordert. Diese Punkte hat die Programmkommission nun von der Tagesordnung genommen. Am 30. April soll in der Stuttgarter Messehalle im Rahmen eines ordentlichen Bundesparteitags über den Entwurf abgestimmt werden. „Bis zum Parteitag ist zu wenig Zeit für komplexe Themen wie Rente, Gesundheit oder Arbeitslosenversicherung“, sagte Albrecht Glaser, Chef der Programmkommission, dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Dazu werde sich die AfD voraussichtlich erst Anfang 2017 positionieren können, so der frühere CDU-Politiker und stellvertretende Parteivorsitzende.

In der im Frühjahr 2013 gegründen Partei hatte es Auseinandersetzungen um den Kurs eine gewisse Tradition. Nach den Vorstandswahlen im vergangenen Jahr brachen die Streitigkeiten offen aus und führten zum Austritt einer Gruppe um den Parteigründer Bernd Lucke. Danach hatte sich der Schwerpunkt der AfD von der Euro-Kritik auf die Asyldebatte verlagert. Zudem nutzte die Parteiführung um Frauke Petry die bevorstehenden Landtagswahlen, um die eigenen Reihen geschlossen zu halten. Nun, da die AfD mit zweistelligen Ergebnissen in drei weitere Parlamente eingezogen ist, suchen politische Gegner und Medien nach Schwachstellen, die geeignet sein könnten, die Partei zu spalten. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik könnte eine solche Sollbruchstelle sein. Petry hatte im Rahmen einer Pressekonferenz die AfD als „Partei des sozialen Friedens“ bezeichnet, die für „Solidarität gegenüber den Schwachen“ stehe. Auch der stellvertretende

> Nichts mehr zu Rente, Gesundheit und Arbeitslosen

Bundesvorsitzende Alexander Gauland erklärte: „Wir werden ganz sicher nicht hinter Bismarcks Sozialreformen zurückfallen.“

Jörg Meuthen, Co-Sprecher von Frauke Petry und Wahlsieger in Baden-Württemberg, will die Partei dagegen in Konkurrenz zur FDP und zur Union positionieren. Konservativer und nationaler ja, aber dafür weniger staatsgläubig und wirtschaftsliberaler. Die AfD vertrete die soziale Marktwirtschaft, trete aber „entschieden gegen jede soziale Vollkaskomentalität ein“, sagte Meuthen dem „Spiegel“: „Nur wenn Bürger in existentielle Nöte geraten, die sie nicht selbst bewältigen können, ist der Staat gefragt.“ Keine Hilfe dürfe es dagegen geben, wenn Leute es „gezielt darauf anlegen, in die Bedürftigkeit zu fallen.“

Damit ist der Widerspruch zum einflussreichen sogenannten Ostflügel um Gauland unvermeidlich. Der frühere CDU-Politiker hatte schon vor Wochen einigen Unmut auf sich gezogen, als er die AfD als „Partei der kleinen Leute“ bezeichnete. Der märkische Landesverband hatte sich auch für den Mindestlohn ausgesprochen, eine Position, welche die Bundespartei bisher so nicht teilt. Gauland und der thüringische Landeschef Björn Höcke stehen für den rechten Parteiflügel, der betont deutschnational und sozialpatriotisch auftritt. André

> Wahlforscher: Die AfD mobilisiert zunehmend sozial prekäre Gruppen

Poggenburg, frisch gekürter Fraktionschef in Sachsen-Anhalt, verstärkt diese Gruppe nun. Der Fraktion in Sachsen, die von Frauke Petry geführt wird, kommt innerhalb der mitteldeutschen Verbände eine Sonderstellung zu. Galt ihr Verband zu Lucke-Zeiten noch als „rechtes Sorgenkind“, so tritt er nun im Vergleich zu den anderen mitteldeutschen Gruppen betont moderat auf. Mit einem parlamentarischen Apparat im Hintergrund konnten Gauland und Höcke ihren Einfluss innerhalb der Partei stetig ausweiten. Beide gehören zu den gefragtesten Rednern innerhalb der Partei und tingelten in den vergangenen Monaten quer durch die Republik.

Dieses Kräfteverhältnis könnte sich nun ändern. In Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz sind zwei personalstarke Fraktionen hinzugekommen. Die parlamentarischen Vertretungen in den bevölkerungsreichen Ländern werden entsprechend größere Finanzmittel zur Verfügung haben. Meuthens Beurlaubung als Hochschullehrer steht bevor, der rheinland-pfälzische Parteichef Uwe Junge lässt seine Laufbahn als Berufsoffizier ebenfalls in Kürze ausklingen. Ihr Wort dürfte künftig wesentlich mehr Gewicht erhalten, beide stehen eher für einen nationalliberalen Kurs. Dennoch hat die AfD seit der Abspaltung des Flügels um Gründungsmitglied Lucke mehr einkommensschwache Anhänger dazugewonnen. „Wir beobachten eine zunehmende Mobilisierung sozial prekärer Gruppen“, sagte der Wahlforscher Roberto Heinrich von Infratest dimap gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit“. Ein Grund dafür könne sein, dass sich die 2013 gegründete Partei heute stärker sozialen Themen widme als in ihrer Anfangsphase. Demgegenüber stehen aber Erkenntnisse, dass die Partei bei den Kommunalwahlen in Hessen beispielsweise auch in Wiesbadener Nobelvororten überraschend stark abgeschnitten hat. Albrecht Glaser, auch Sprecher des hessischen Landesverbands, fordert von seiner Partei daher „eine Debatte mit Augenmaß, Ausgleich und Verstand.“

Peter Entinger



Setzt auf moderate Töne: Albrecht Glaser, Chef der Programmkommission der AfD — Bild: pa

MELDUNGEN

Regierung gibt keine Antwort

Berlin – Die Bundesregierung verweigert die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei nach der „Kommunikationsüberwachung bei Kontaktpersonen des NSU nach dem Untertauchen im Januar 1998“. Zur Begründung gibt sie vor, eine Beantwortung sei „mit zumutbarem Aufwand nicht möglich“. Allein der gerichtliche Aktenbestand des Strafverfahrens gegen Beate Zschäpe und andere umfasse derzeit mehr als 1000 Sachaktenordner. Dazu käme eine nicht quantifizierbare Menge weiterer Unterlagen, die zur Ermittlung der Antworten ausgewertet werden müsste. Die Bundesregierung glaubt sich mit dieser Weigerung im Recht und beruft sich dabei auf die „einschlägige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts“. *J.H.*

Mehr Milliarden für Asylanten

Berlin – Das Bundeskabinett hat in der vergangenen Woche die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2017 und für den Finanzplan bis 2020 beschlossen. Demnach soll der Bundeshaushalt in allen Jahren des genannten Finanzplanungszeitraums ohne neue Schulden auskommen. Gegenüber der bisherigen Finanzplanung sehen die Eckwerte für das Jahr 2017 „zusätzliche Ausgaben und Mindereinnahmen im Zusammenhang mit der Bewältigung des Flüchtlingszustroms“ in Höhe von insgesamt rund zehn Milliarden Euro vor. Außerdem ist für das kommende Jahr eine Zuführung von 6,7 Milliarden Euro aus der im Jahre 2015 mit dem zweiten Nachtragshaushalt eingerichteten „Rücklage zur Finanzierung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen“ vorgesehen. *U.M.*

Aushängeschild für Fanatiker

Der »moderate Grüne« Kretschmann soll konservative Wähler anlocken

Die Aussicht, über eine grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg doch noch an der Regierungsmacht teilhaben zu können, haben manchen Unionspolitiker zu erstaunlichen Lobgesängen auf den bisherigen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) veranlasst. „Man muss neidlos anerkennen, dass Ministerpräsident Kretschmann sein Handwerk versteht“, so etwa der CSU-Chef Horst Seehofer gegenüber der „Bild am Sonntag“. Auch für das CDU-Urgestein Kurt Biedenkopf scheint die Persönlichkeit Kretschmanns ein Argument zu sein, das für eine grün-schwarze Koalition in Stuttgart spricht: „Es geht nicht um Farbenspiele. Man muss sich immer die Menschen anschauen, die Bündnisse schließen.“ Die Bürger wollten eine aufrichtige Persönlichkeit mit Führungsqualitäten an der Macht. „Herr Kretschmann ist dafür das beste Beispiel: Er war ehrlich und hat gesagt, was Sache ist und was er machen will“, meint der ehemalige sächsische Ministerpräsident.

Nicht zum suggerierten Bild des politisch moderaten Grünen, der sein Handwerk versteht und auch für bürgerliche Schichten akzeptabel ist, passt, was in Kretschmanns Amtszeit in der Bildungspolitik betrieben wurde. Obwohl gerade die Gymnasiasten aus Baden-Württemberg bei innerdeutschen Vergleichen regelmäßig hervorragend abgeschnitten haben, sah die grün-rote Koalition offenbar Reformbedarf. So sah ein vorgelegtes Konzept „Gymnasium 2020“ erleichterten Zugang auf das allgemeinbildende Gymnasium für Real- und Gemeinschaftsschüler vor. Oppositionspolitiker und Philo-

> Auch Lob von der Union nur aus machtpolitischem Kalkül

logenverband sahen in den Plänen nicht nur eine Abwertung der Gymnasien, sondern sogar den Anfang vom Ende des klassischen Gymnasiums überhaupt.

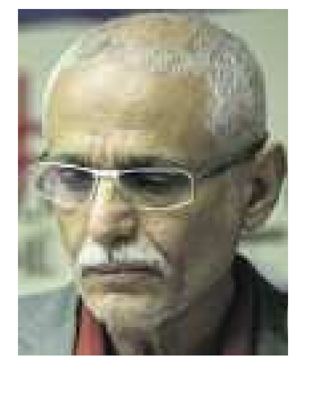
Der Verdacht, dass insgeheim die Weichen in Richtung „Einheitsschule“ eingeschlagen werden sollen, kann sich unter anderem auf die Programmatik der Grünen Jugend Baden-Württembergs stützen. In einer Resolution hat der Landesvorstand der Jugendorganisation ganz offen den „Umbau des Schulsystem hin zu einer Schule für alle“ gefordert. Kretschmann selbst hinterließ bei Beobachtern oftmals einen gespaltenen Eindruck hinsichtlich der Aktivitäten des SPD-geführten Kultusministeriums. Bekenntnisse zum Erhalt des Gymnasiums standen Aussagen gegenüber, die den Eindruck erwecken konnten, als lehne er das Vorhaben nicht generell ab, sondern halte lediglich den Zeitpunkt für noch nicht opportun. Festzuhalten ist ebenso, dass Kretschmann als Ministerpräsident die umstrittenen Pläne der Bildungsverwaltung zum Umbau des Schulsystems in Baden-Württemberg nie energisch gestoppt hat.

Ähnlich umstritten wie das Vorhaben „Gymnasium 2020“ war das Projekt, die „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ als Ziel des neuen Bildungsplans für baden-württembergische Schulen festzuschreiben. Kritiker sahen darin den Versuch, unter dem Vorwand einer Sensibilisierung für andere Lebenswelten eine Frühsexualisierung von Kindern betreiben zu wollen. Auch hier gab es den Vorwurf besorgter Eltern, dass Kretschmann an der Spitze der grün-roten Landesregierung dem Bildungsplanchaos tatenlos zugeschaut habe. *N.H.*

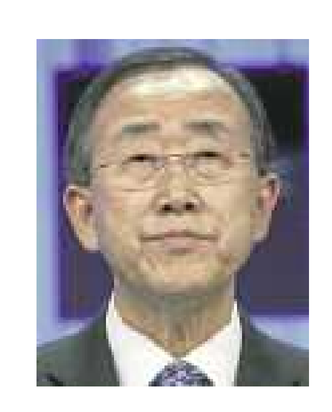
Zeitzeugen



Kate Allen – Die Direktorin von Amnesty International in Großbritannien hat mit Blick auf Saudi-Arabien und die britischen Waffenverkäufe dorthin massiv gegen die Regierung des Vereinigten Königreiches Stellung bezogen: „Auch die britische Regierung hat den Internationalen Handelsvertrag unterschrieben und sie bricht ihn durch die Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien täglich, sie bricht das Gesetz.“ Gleichzeitig sind Aktivisten von Amnesty International, die Raketen-Attrappen mit sich führten, über die Londoner Westminster Bridge und dann zur Downing Street marschiert, dem Sitz des britischen Premierministers. Sie wollten damit auf den Krieg im Jemen und die Tatsache aufmerksam machen, dass Großbritannien trotzdem Waffen an die Saudis liefert.



Faisal Ali Jaber – Der Clan-Chef aus dem Jemen klagt gegen die Bundesregierung. Seine Familie hatte im Dorf Khashamir einige Mitglieder durch einen Drohnenangriff der USA verloren. Diese Angriffe, so argumentiert Ali Jaber den Tatsachen entsprechend, könnten die US-Amerikaner nicht durchführen, wenn ihnen nicht die Bundesregierung die Militärbasis Ramstein zur Verfügung stellte. Dort befindet sich die Schaltstelle der Drohnen zur Leitzentrale in den Vereinigten Staaten. Die jemenitischen Kläger stehen seit vielen Monaten vor verschiedenen deutschen Gerichten, jetzt vor dem Bundesverfassungsgericht. Ihre Aussichten auf Erfolg sind gleich Null.



Ban Ki Moon – Der UN-Generalsekretär wittert ein Kriegsverbrechen. Der Verdacht beschlich ihn, nachdem das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, also eine Behörde, die ihm selbst untersteht, mitgeteilt hatte, dass es im Jemen in einem Distrikt im Nordwesten des Landes Splitter von 29 Streubomben gefunden habe, die der Golf-Koalition zugeschrieben werden. Diese Vermutung bestärkt die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW), die ebenfalls der Golf-Koalition den Einsatz von Streubomben vorwirft. Eingeschlagen haben diese in einem Wohngebiet der jemenitischen Hauptstadt Sanaa. Seit Monaten gibt es Berichte darüber, dass Saudi-Arabien im Jemen Streubomben einsetzt; sie sind international geächtet.

Schillernde Rolle der Saudis

Im Jemen arbeitet das Königreich mit Terroristen zusammen

Die Unbedenklichkeit, mit der westlichen Nationen und ihre engsten Verbündeten ihre Kriege Seite an Seite mit Terrororganisationen führen, wird nicht nur in Syrien deutlich. Dasselbe Bild zeigt sich im Jemen, wo ein fast vergessener Krieg tobt.

Betrachtet man auf einer Karte die Gebiete, welche die saudi-arabische Invasionsarmee unter Kontrolle hat, dann stellt man fest, dass sie genau denen entsprechen, auf denen die AQAP operiert, die „Al-Kaida auf der Arabischen Halbinsel“. Saudi-Arabien ist ebenso Verbündeter der Al-Kaida wie der USA. Das verleiht dem US-Präsidenten Barack Obama die Gewissheit: Der Freund meines Freundes ist Terrorist. Den Saudis zur Seite stehen die Koalitionäre Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain, Katar und Kuwait.

Auf der anderen Seite stehen die sogenannten Houthi-Rebellen, die eine erstaunliche Ignoranz auf Seiten der Saudis diesen zum Feind gemacht hat. Die Houthi – ansässig im Dhofar-Gebirge und zur Grenze des Oman – sind zwar Schiiten, was sie den Saudis verdächtig macht, doch sie gehören einer nur im Jemen ansässigen Sekte an, den Zaidiya, die sich deutlich von der klassischen Zwölfer-Schia unterscheidet, die im Iran zuhause ist. Da aber die Saudis den Unterschied nicht zu kennen scheinen, ihn jedenfalls nicht respektieren, machen sie die Gleichung: Schia ist gleich Iran ist gleich Erbfeind. In dieser dümmlichen Formel liegt ein wesentlicher Grund für den Krieg im Jemen.

> »Verdienste im Kampf gegen den Extremismus«

Ein weiterer Grund ist in der US-amerikanischen Strategie zu suchen, die eine Zerstörung der Länder im Nahen und Mittleren Osten vorsieht. Insofern ist der Jemen nur ein Glied in der Kette, die von Libyen über Syrien, den Irak und Somalia bis nach Afghanistan reicht. Im Jemen indes greifen die USA auf die Methode zurück, Verbündete ins Feuer zu schicken, was auf der eigenen Seite Menschenleben und Kosten spart. Daher betreiben die Saudis den Krieg am Boden und in der Luft, wenn man von den US-Drohnen absieht, die regelmäßig ihre Raketen abschießen.

Während aber die Saudis den jemenitischen Sack schlagen und den iranischen Esel meinen, ist es nach wie vor unklar, wie weit eigentlich Teheran wirklich in den Krieg im Jemen verwickelt ist. Die Deutsche Welle berichtet von einer Nichtregierungsorganisation (NGO), der „International Crisis Group“ mit Sitz in Brüssel, die kürzlich eine Studie veröffentlichte, wonach die Houthi tatsächlich vom Iran und der libanesischen, ebenfalls schiitischen Hizbollah unterstützt werden. Doch: „Die Unterstützung ist wesentlich geringer als jene, welche die Staaten des Golfkooperationsrates den Gegnern der Houthi zukommen lassen. Auch ist sie für die Kampffähigkeit des Houthi/Saleh-Lagers nicht entscheidend“, so die Studie. Die Houthi versorgten sich überwiegend mit erbeuteten Waffen aus Regierungsarsenalen.

Ein iranischer Kenner der Verhältnisse sagte der DW: „Tatsächlich ist der Einfluss des Iran minimal, und das wissen auch die Saudis. Jemen ist von unserer Küste weit weg. Wir brauchten bereits vor dem Krieg keine Waffen dorthin zu schicken. Jetzt ist das praktisch unmöglich geworden.“ Und er fügte hinzu: „Saudi-Arabien geht im Jemen unter. Der Krieg legt dem Königreich einen hohen Blutzoll auf. Auch kostet er das Land Ansehen und bringt es finanziell in erhebliche Bedrängnis.“

Rückhalt für Riad gibt es bislang aber noch im Westen, US-Außenminister John Kerry beschwor vor Kurzem die Freundschaft mit den Saudis, und der französische Präsident François Hollande verlieh dem saudischen Außenminister Prinz Adel bin Achmed al-Dschubeir das Kreuz der Ehrenlegion. Für „Verdienste im Kampf gegen den Extremismus“.

Florian Stumfall



Zerstörtes Weltkulturerbe: Die Altstadt von Sanaa nach einem Luftangriff der von den Saudis geführten Koalition Bild: action press

Die Rolle Israels bei der Luftoffensive

Zu Beginn ihrer Luftoffensive gegen den Jemen vor rund einem Jahr hatten die Geschwader der Saudis die Israeli zum Bundesgenossen. Damals schrieb der Generalsekretär der jemenitischen Al-Haq-Partei: „Es ist das erste Mal, dass Zionisten eine gemeinsame Operation zusammen mit Arabern durchführen.“ Die israelische Internetseite „The Mideast Beast“ zitiert unter der Überschrift „Israel beteiligt sich an der Saudi-Koalition gegen den Jemen“ den Obersten Yossi Fluffer, der die Motivlage erörterte: „Wir hatten genug davon, dass Leute Moslems bombardieren, ohne uns den Vortritt zu lassen.“

Von diesem freimütigen Geständnis abgesehen gibt es auch gegenständliche Beweise für die israelische Beteiligung an dem Luftkrieg. Gegen Ende Mai schossen die Houthi-Rebellen zwei Kampfjets vom Typ General Dynamics F-16 „Fighting Falcon“ ab. Als Fachleute die Wrackteile genauer betrachteten, stellte sich heraus, dass die Jets zu einer Bauart gehörten, von denen im Nahen Osten nur Israel Exemplare erhielt. Allerdings hatte sich die israelische Luftwaffe die Mühe gemacht, die Hoheitskennzeichen ihrer Kampfflugzeuge frisch zu übermalen – mit dem Saudischen Emblem.

50 Juden lebten noch im Jemen

Von der Lust, Araber zu bombardieren, abgesehen, scheinen die Israeli noch einen Grund gesehen zu haben, im Jemen einzugreifen. Bis das Land begann, im Chaos zu versinken, lebten dort nach Angaben der Jewish Agency noch 50 Juden. In den Jahren 1949/50 waren knapp 50000 aus dem Jemen nach Israel gebracht worden. Jetzt also ging es darum, die letzten von ihnen heimzuholen.

Mit beteiligt an der Geheimaktion war das US State Department. Das bot sich nicht zuletzt deswegen an, weil die meisten der verbliebenen jemenitischen Juden in der Hauptstadt Sanaa in einer geschlossenen Anlage neben der US-Botschaft lebten. Nachdem sie nun zurückgeholt worden sind, sprach Nathan Scharanski, der Leiter der Jewish Agency, vom „Ende einer historischen Mission.“ *FS*

Kriegsverbrechen

Bombardements und Seeblockade der Golf-Koalition

Wie so oft, sind es auch im Jemen die Zivilisten, die am meisten unter dem Krieg zu leiden haben. Ganz unmittelbar erfuhren das Mitte März die Menschen in der Hauptstadt Sanaa, als mitten auf dem Marktplatz über 100 Einwohner durch ein saudisches Bombardement getötet wurden. Kurze Zeit davor waren auf einem Markt und in einem in der Nähe gelegenen Restaurant in der Provinz Hadscha 44 Menschen durch Bomben der Golf-Koalition ums Leben gekommen.

Dass es sich bei dem wahllosen Bombardieren von Zivilisten um ein Kriegsverbrechen handelt, daran kann kein Zweifel bestehen. Doch es ist nicht das einzige, dessen sich die Golf-Koalition und damit im Hintergrund die Vereinigten Staaten von Amerika schuldig machen. Opfer an Menschenleben, deren Zahl allerdings kaum zu ermitteln ist, fordert auch eine andere unmenschliche Maßnahme, die Seeblockade gegen den Jemen.

Selbstverständlich war die US Navy mit dabei, als die Saudis vor einem Jahr beschlossen, die

> Es fehlt an Lebensmitteln und Medikamenten

Handelsschifffahrt, soweit sie jemenitische Häfen berührt, rigoros zu kontrollieren. Der Zweck ist, das Land auszuhungern. Deshalb werden neben Hilfsgütern aller Art auch Lebensmittellieferungen, die den Houthi zugutekommen könnten, zurückgewiesen. Ein Land, das seine Lebensmittel zu annähernd 90 Prozent einführen muss, trifft eine solche Maßnahme mitten ins Leben. Durch die Blockade kommt es regelmäßig dazu, dass Frachter mit Hilfsgütern zurückgewiesen wurden. Deshalb finden sich immer weniger Banken zu einer Kreditfinanzierung der Lebensmittellieferungen bereit.

Was für die Lebensmittel gilt, gilt ebenso für Medikamente. Ein Grippevirus hat von Anfang Januar bis Mitte Februar 16 Todesopfer gefordert. Die Ärzte wissen nicht, wie sie die Gefahr bannen sollen. Es fehlt nicht nur an Virostatika, sondern an so gut wie allem: an Insulin, Betablokkern und Krebsmedikamenten, aber auch an Blutkonserven und Opiaten. Nur noch ein Viertel aller Krankenhäuser im Land kann einen geregelten Betrieb aufrechterhalten. *F.S.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Das Wunder von Potsdam

»München des Ostens«: Die alte preußische Residenzstadt erlebt einen rasanten Aufstieg



Magnet für Prominente, Familien und Studenten: In Potsdams attraktiver Innenstadt ist das preußische Erbe zu neuer Pracht erblüht

Bild: Colourbox

Noch zu Beginn der 90er Jahre sah es so aus, als würde die Stadt Potsdam ihre Chancen verspielen. Eine ignorante einheimische Verwaltung und ortsfremde Baulöwen waren auf dem besten Wege, das historische Erbe zu verschandeln. Mittlerweile hat sich das Bild völlig gewandelt. Geht es um die Zukunftsaussichten von Potsdam, ist bereits von einem „München des Ostens“ die Rede.

Dass die Entwicklung der Stadt Potsdam seit der Jahrtausendwende immer mehr einer Erfolgsgeschichte gleicht, liegt an einem Bündel von Faktoren, die erst im Laufe der Zeit zusammengekommen sind. Ausgezahlt hat sich zum einen die Nähe zu Berlin. Viele Hauptstädter haben sich in den vergangenen 25 Jahren nicht nur für einen Tagesausflug auf den Weg zu „Berlins schönstem Vorort“ aufgemacht, sondern sind vielfach gleich nach Potsdam umgezogen.

Zusammen mit dem Zuzug aus dem übrigen Bundesgebiet hat dies dazu geführt, dass die Einwohnerzahl von Brandenburgs Landeshauptstadt seit 2000 wieder gestiegen ist. Nach der deutschen Vereinigung war die Bevölkerungszahl zunächst auf 129 000 im Jahr 1999 abgefallen. Während andernorts in den Neuen Bundesländern ganze Viertel leer stehen und verfallen, leben in Potsdam heute wieder rund 167 000 Menschen.

Im Rathaus geht man inzwischen davon aus, dass die Stadt bis zum Jahr 2030 auf über 190 000 Einwohner anwachsen wird. Ursachen sind vor allem der positive Wanderungssaldo sowie ein hoher Geburtenüberschuss. Eine hohe Kaufkraft, eine niedrige Arbeitslosigkeit und geringe Leerstandsraten haben dazu geführt, dass in Potsdam rege an neuen Wohnquartieren gebaut wird.

Im bundesdeutschen Vergleich zur Spitzengruppe gehört die Havelstadt mittlerweile bei Kriterien wie den neu gebauten Wohnungen (1. Platz im Jahr 2014), bei der Geburtenrate, den Eheschließungen und Studentenzahlen (jeweils 2. Platz) sowie dem Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (3. Platz) pro Kopf der Bevölkerung zu den führenden Städten Deutschlands.

> Einwohnerzahl von 129 000 auf 167 000 gestiegen

Der anhaltende Zuzug brachte obendrein eine Besonderheit mit sich: Auffallend viele Prominente haben den Charme der alten preußischen Residenzstadt für sich entdeckt. Nur durch die Havel von Berlin getrennt, ist Potsdam wieder zu einer ersten Adresse für Künstler, Adlige, Diplomaten und Unternehmer geworden. „Die Leute kaufen sich in eine Sozialstruktur ein, die sie in Berlin nicht finden“, so die Einschätzung eines Immobilienmaklers.

Zu den Neu-Potsdamern gehören der TV-Moderator Günther Jauch, der Modemacher Wolfgang Joop ebenso wie Friede Springer oder der Mitgründer des Softwarekonzerns SAP, Hasso Plattner. Die gutbetuchten Neubürger sorgten nicht nur für die Sanierung von Bürgerhäusern und Villen, sondern betätigten sich auch als Mäzene und hatten auch entscheidenden Anteil daran, dass das Potsdamer Stadtschloss wieder aufgebaut wurde.

Nicht zu unterschätzen ist obendrein die ideelle Wirkung. Die prominenten Zuzügler haben mit bewirkt, dass sich in Potsdam ein spürbarer Bürgersinn entwickelt hat. Das Interesse bekannter Persönlichkeiten für Potsdam ließ auch bei manchem Alteingesessenen den Stolz auf die Stadt wachsen.

Dazu gesellte sich glücklicherweise ein Phänomen, das bereits beim Wiederaufbau des Berliner Schlosses zu beobachten war: Erst als in Berlin durch eine kulissenhafte Nachbildung für jedermann sichtbar wurde, welche Bedeutung das Hohenzollernschloss für das Stadtbild hatte, gab es einen Stimmungsumschwung zugunsten des Schlossaufbaus.

Auch in Potsdam hat es einen ähnlichen Moment gegeben. In der alten Preußenresidenz machte die teilweise Freilegung des in den 60er Jahren zugeschütteten Stadtkanals den alten Stadtgrundriss wieder nachvollziehbar. Viele Potsdamer der Nachkriegsgeneration bekamen erst damit eine Vorstellung, welches städtebauliche Juwel das alte Potsdam einmal gewesen war. War bis dahin oft der Satz „Potsdam soll kein Museum werden“ zu hören, so hat sich die Einstellung seitdem grundlegend gewandelt.

In der Stadtmitte wird bei Bauprojekten mittlerweile eine Wiederannäherung an das historisch gewachsene Stadtbild angestrebt. Dabei steht der Gedanke, Altes zu rekonstruieren, nicht mehr unter Rechtfertigungsdruck. Stattdessen müssen sich heute diejenigen verteidigen, die meinen, dass moderne Architektur per se zum Zuge kommen müsse.

Mittlerweile gilt das im Vergleich zu Berlin eher beschauliche Potsdam sogar als Geheimtipp in der Immobilienbranche. Bereits im Jahr 2014 bescheinigte eine Studie der Postbank der brandenburgischen Landeshauptstadt die zweitbesten Zukunftsaussichten für Immobilien unter allen Städten der Neuen Bundesländer – gleich nach Jena, aber noch vor Berlin, das in einem Ranking auf Platz sechs landete. Die Prognos-Studie im Auftrag der Postbank hatte untersucht, in welchen Regionen Deutschlands Wohnraum zur Miete und zum Kauf für verschiedene Einkommensgruppen sowie Wohnungs- und Hausgrößen bezahlbar ist.

Als Pluspunkte Potsdams gelten unter anderem die Nähe zu Berlin und ein hohes Freizeitangebot. Das Ergebnis einer Umfrage, bei der mehr als 90 Prozent der Potsdamer die Lebensqualität in der Stadt als gut oder sogar sehr gut bezeichnet haben, spricht für sich.

Norman Hanert

Die SPD als Partei der Autofahrer

Von Theo Maass

Ein Dreivierteljahr vor der Berliner Landtagswahl kann die regierende SPD laut Umfrage mit ganz leichten Gewinnen rechnen. Woran mag das liegen? Sind die Berliner schon zufrieden, wenn es keine allzu großen Fehlleistungen in der Politik gibt? Freuen sie sich schon, wenn Versprechungen wenigstens nicht völlig in ihr Gegenteil verkehrt werden?

Die SPD gab nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2011 der CDU den Vorzug als Koalitionspartner wegen der autofahrerfeindlichen Politik der Grünen. Es ging damals um den Weiterbau der Autobahn A 100 bis nach Treptow, der mittlerweile begonnen wurde. Ansatzweise sieht es so aus, als wüsste man bei der SPD, was die Steuern zahlenden Bürger interessiert.

Das zeigt sich nun am weiteren Ausbau der Autobahn A 100 in den Ostteil der Stadt. Während die SPD der CDU die Senatorenposten überlassen hat, mit denen wenig zu „gewinnen“ ist (Inneres, Soziales, Justiz, Wirtschaft). Die Christendemokraten haben sich samt und sonders nicht profiliert oder sind nur durch Fehlleistungen aufgefallen.

Der SPD-Verkehrssenator Andreas Geisel hingegen kann nun mit dem Weiterbau der Autobahn A 100 punkten. Der Bundesverkehrswegeplan fördert den A 100-Bau bis zur Frankfurter Allee. Für eine Verbreiterung der Avus gibt es ebenfalls Bundesmittel. Schon ertönt das Wehgeschrei der Frosch- und Lurch-Fraktion bei Grünen, Piraten, Linkspartei und in den Redaktionsstuben der meist grün orientierten Hauptstadtpresse. Welche Partei muss also der Bürger mit Auto wählen, wenn er will, dass der Berliner Autobahn-Innenstadtring geschlossen wird? Die CDU? Nee, eben nicht, weil sie für die kommenden Wahlen außer der Option eines Bündnisses mit der SPD keine Machtoption hat und die SPD ohnedies den Verkehrssenator stellt.

Nach der letzten Umfrage des wegen seiner „Zielgenauigkeit“ inzwischen eher unglaubwürdigen Instituts Forsa soll die AfD in Berlin auf sieben Prozent kommen. Bei der letzten Wahl in Sachsen-Anhalt „verschätzte“ sich Forsa bei der AfD um sechs Punkte. Ein weit besseres Abschneiden der Petry-Partei in Berlin aber könnte sogar Rot-Schwarz unmöglich machen.

Darauf scheinen die klugen Sozis abzuzielen: Seht her, liebe Autofahrer. Rot-Rot-Grün wird gar nicht so schlimm, wir sorgen dafür, dass die Infrastruktur auch für euch weiter ausgebaut wird. Das könnte eine Eigendynamik gewinnen und die SPD am Ende über 30 Prozent tragen. Nach der gescheiterten rot-grünen Koalition in Berlin 2011 werden die Grünen inzwischen das „Krötenschlucken“ gelernt haben und sich bei den Koalitionsverhandlungen aktiv zeigen.

Integrationsplan schon tot

Beraterfirma zieht sich nach Filzverdacht gegen Politik zurück

Berlins großer Plan für die Integration von Zuwanderern ist geplatzt, bevor er beginnt: Die vom Senat mit dem „Masterplan Integration“ beauftragte Beraterfirma McKinsey beendet nach Filzvorwürfen die bisherige Zusammenarbeit.

Seit Tagen häufen sich Filz-Vorwürfe: McKinsey bekam den Auftrag übereilt und ohne Ausschreibung und Lutz Diwell als Vertrauter des Bürgermeisters im Gegenzug eine überteuerte Beschäftigung. Die Opposition will nun wissen, ob der fast 238 000 Euro teure Auftrag von Anfang an mit einer Tätigkeit für den einstigen Staatssekretär Diwell verknüpft oder eine Gefälligkeit für vorherige unentgeltliche Leistungen der Firma war, und was Bürgermeister Michael Müller (SPD) von alledem wusste.

„Bis heute weiß ich nicht, wann der Vertrag von McKinsey und Herrn Diwell geschlossen wurde“, behauptete der Chef der Senatskanzlei, Björn Böhning, am 23. März vor dem Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses. Weder habe er Diwell vorgeschlagen, noch gegenüber McKinsey dessen Einstellung verlangt. Nur McKinsey sei Ansprechpartner gewesen. Die Firma hatte am Freitag zuvor bekanntgegeben, ihre seit Sommer laufende unentgeltliche Beratung zur Umgestaltung des Landesamtes Gesundheit und Soziales (Lageso) sofort einzustellen. Nähere Gründe nannte das Unternehmen zunächst nicht.

> Chef der Senatskanzlei unter Druck

Später beriefen sich Medienberichte auf Aussagen von McKinsey-Mitarbeitern, der Senat habe den Auftrag sehr wohl mit einem Job für Diwell verknüpft. McKinsey dementierte. Bröckelt diese Front, könnte Böhning für den Bürgermeister unhaltbar werden.

Der handwerklichen Ausführung seines Masterplans stellte der Senat bei der Befragung ein schlechtes Zeugnis aus. SPD-Haushaltssprecher Torsten Schneider räumte ein: „Die freihändige Vergabe sehen wir vom Haushaltsrecht als gedeckt. Ob sie politisch klug war, ist eine andere Frage.“

Es habe schnell gehen müssen, sagte Böhning, der Zweifel indes nicht ausräumen konnte. Laut dem Chef der Senatskanzlei hat Diwell ein Gutachten zur Beschleunigung von Asylverfahren erstellt: „Ich habe dann entschieden, sich mal Landesgesetze anzuschauen, inwiefern da eine Vereinfachung möglich ist. Deshalb habe ich Herrn Diwell beauftragt, verfahrensrechtliche Vereinfachungen auf Landesebene zu begutachten – unterhalb der Schwelle zur Ausschreibung.“ *SG*

»Buschprämie« zieht nicht

Brandenburg: Lehrermangel im ländlichen Raum verschärft sich

Eine von Brandenburgs Landesregierung eigens bereitgestellte Prämie lockt nicht wie geplant Lehrer in abgelegene ländliche Gebiete. Die Zulage ist seit einem Jahr möglich, Lehrer könnten bis zu drei Jahre lang 300 Euro mehr im Monat verdienen. Doch das Angebot wirkt nicht, wie durch eine Anfrage der CDU im Potsdamer Landtag herauskam. Dem Bildungsministerium gelingt es demnach nicht, Lehrer in die Lausitz, die Uckermark oder die Prignitz-Region zu locken. Die Landesregierung bleibt optimistisch: Die Einstellung für Pädagogen beginne gerade erst. Die Opposition fordert nun „dringend Lösungen“ statt eines Prämiensystems.

Im Frühjahr 2015 führte Bildungsminister Günter Baaske (SPD) die „Brandenburg-Prämie“, spöttisch „Buschzulage“ genannt, ein. Rund 70 Stellen von Lehrern und 25 von Schuldirektoren galt es damals zu besetzen. Besonders in den Raum jenseits des Berliner Speckgürtels wollen Lehrer nicht ziehen. Brandenburgs Regierung steht vor einem sich zuspitzenden Problem, denn 2015 und 2016 gingen oder gehen insgesamt rund 700 Lehrer in Pension. Der Krankenstand ist zudem hoch.

> Auch für 300 Euro zusätzlich wollen sie nicht in die Prignitz

Mit Werbefilmen versuchte die Landesregierung bisher, Lehrernachwuchs aufs Land zu locken. Im Jahr 2014 brachte eine überregionale Werbekampagne mehrere Tausend Bewerbungen, doch das Land köderte vor allem dort Lehrer weg, wo es keine Verbeamtung gibt, beispielsweise in Berlin.

Die Verbeamtung von Lehrern, laut Opposition schon Anreiz genug, schuf bisher nicht den anhaltenden Andrang, um den Bedarf zu decken. Die aktuelle Anfrage zur Prämie beantwortete Baaske so: „Da die Einstellungen der Lehrkräfte für das Schuljahr 2016/17 gerade erst angelaufen sind, bedurfte es noch keiner zuschlagsbehafteten Einstellungsangebote.“ Im Klartext: Nicht ein Lehrer bezieht bisher die Prämie. Baaske hatte sie für Stellen eingeführt, die seit längerer Zeit nicht nachbesetzt werden können.

„Der Bildungsminister sollte dringend ernsthafte Lösungen erarbeiten, statt weiter auf die offenbar nicht umsetzbare Buschprämie zu hoffen“, so der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Gordon Hoffmann. Andere Oppositionelle kritisieren, Brandenburg habe auf die seit Jahren absehbaren Engpässe mit einer Ausweitung der Lehrerausbildung im eigenen Land reagieren müssen – das sei aus Kostengründen unterblieben, was sich nun räche. *SG*

MELDUNGEN

Asylantrag wegen Krankheit

Pristina – Der kosovarische Premier Isa Mustafa hat bestätigt, dass sein Bruder im vergangenen Jahr in Deutschland einen Asylantrag gestellt hat. Sein Bruder hätte ihn darüber informiert, dass er Asyl beantragt habe, um wegen einer „schwierigen Krankheit“ behandelt zu werden, die im Kosovo nicht geheilt werden könne, so der Regierungschef. Die kosovarische Internetseite „Insajderi.com“ hatte zuvor berichtet, Ragip Mustafa sei über Serbien und Ungarn nach Frankreich gereist. Dort sei sein Asylgesuch abgelehnt worden, woraufhin er sich nach Deutschland begeben und dort am 24. Juni in Rheinland-Pfalz einen Asylantrag gestellt habe. Nur wenige Tage später wurde er von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin empfangen. *N.H.*

Klage gegen Glyphosat-Verbot

Washington – Während die EU sich anschickt, die Genehmigung für das Pestizid Glyphosat des Chemie- und Lebensmittelriesen Monsanto zu verlängern, klagt in den USA der Konzern gegen den Bundesstaat Kalifornien. Dort gilt seit 1986 ein Gesetz, das es verbietet, Stoffe in die Umwelt zu bringen, die Krebs oder Erbkrankheiten verursachen können. Da Glyphosat unter dieses Verdikt fällt, soll das Gesetz rückwirkend außer Kraft gesetzt werden, so der Wille des Konzerns. Der Staat stützt sich auf Ergebnisse der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) und der Weltgesundheitsorganisation, wonach Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft wird. Monsantos Anwälte argumentieren, eine staatliche Institution dürfe sich nicht auf Erkenntnisse einer internationalen Organisation verlassen. Im vergangenen Jahr hat Monsanto allein mit Glyphosat rund fünf Milliarden US-Dollar verdient. *FS*

Briten auf ganzer Linie gespalten

Uneinigkeit über »Brexit« nicht nur zwischen Regierung und Opposition, sondern auch innerhalb der Lager

Am 23. Juni stimmen die Bürger Großbritanniens über einen Verbleib in der Europäischen Union ab. Das Volk ist gespalten und die Torys, die regierenden Konservativen, sind es auch.

„Beide Seiten kämpfen um die politische Existenz“, schrieb die britische Tageszeitung „The Guardian“ vor einigen Tagen. Die schärfsten Gegner von Premierminister David Cameron, der sich vehement gegen einen „Brexit“ ausspricht, sitzen nicht etwa in der Opposition, sondern in der eigenen Partei. Der Londoner Bürgermeister Boris Johnson ist Anführer derjenigen, die Großbritannien aus der EU führen wollen. Er war von 1999 bis 2005 Herausgeber des konservativen Nachrichtenmagazins „The Spectator“ und man sagt ihm Ambitionen nach, seinen Partei-„Freund“ Cameron beerben zu wollen. Die Zeit dafür könnte schneller kommen, als es Beobachter des britischen Politikbetriebs lange Zeit für möglich gehalten haben.

„Bo-Jo“ nennen die Briten den populären Bürgermeister vom rechten Parteiflügel aufgrund dessen extravaganten Auftretens. Der giftet gerne und oft gegen „seinen“ Premier, nannte ihn kürzlich ein „trojanisches Pferd der politischen Linken.“ Außer Frage steht, dass Cameron vielen in seiner Partei als zu liberal gilt. Er ist vehementer EU-Befürworter, er hat für die Anerkennung homosexueller Partnerschaften gekämpft. Und: Er ist ein begnadeter Wahlkämpfer. Vor gut einem Jahr sicherte er seinen Torys die absolute Mehrheit der Parlamentssitze – und dies entgegen aller Prognosen. Die Sympathie der Funktionsriege erlangte er damit allerdings nur vorrübergehend. Ende Februar trat eine Gruppe von Cameron-Gegnern an die Öffentlichkeit. An ihrer Spitze: „Bo-Jo“ Johnson: Es sei „Zeit, ein neues Verhältnis zu Europa anzustreben“, erklärte der Londoner Bürgermeister. Er gilt als einer der wenigen Politiker, die den Nerv des Volkes treffen.

Rechts der Torys trommelt der EU-Kritiker Nigel Farage mit seiner Unabhängigkeitspartei zwar kräftig für einen „Brexit“, doch dessen Töne sind vielen Briten zu schrill. So ist Bo Johnson zum profiliertesten Nein-Sager des Königsreiches geworden. Der Stachel, dass ausgerechnet er sich an die Spitze der internen Gegner gestellt hat, sitzt bei Cameron tief. Lange hatte der 49-Jährige versucht, seine Wegbegleiter vom Nobel-Internat Eton und der Elite-Universität Oxford auf seine Linie einzuschwören. Nun ist die Enttäuschung groß: „Ich habe keine eigene Ambition, sondern handle im Interesse des Landes“,

> Für beide Seiten geht es um die politische Existenz

sagte Cameron, der frühzeitig angekündigt hat, bei den nächsten regulären Wahlen im Jahr 2020 nicht mehr antreten zu wollen. Seine Freunde glauben, dass sich Johnson bewusst als Nachfolgekandidat in Stellung bringen will.

Doch was passiert, sollte die Mehrheit der Briten am 23. Juni tatsächlich mit „No“ stimmen? Einen Rücktritt hat Cameron bisher kategorisch ausgeschlossen. Doch kürzlich eskalierte die Situation. Ohne jegliche Vorwarnung warf Arbeitsminister Iain Duncan Smith das Handtuch. In einem zweiseitigen Brief, den er zur besten Sendezeit im Fernsehen veröffentlichte, warf Smith dem Schatzkanzler George Osborne vor, bei Sparvorhaben nicht das wirtschaftliche Wohl des Landes im Auge zu haben, sondern politisch Punkte schinden zu wollen. Osborne, der als engster Vertrauter des Premierministers gilt, hatte kurz zuvor seinen Nachtragshaushalt vorgestellt. Dabei waren unter anderem Kürzungen bei Leistungen für Behinderte vorgesehen. Nach einem öffentlichen Aufschrei zog er dieses Vorhaben schnell zurück. Doch für Duncan Smith offenbar nicht schnell genug. Die Nachrichtenagentur DPA zitiert eine Mitarbeiterin, die behauptet, hinter seinem Rücktritt stehe in Wirklichkeit die Europa-Politik. Duncan Smith war einer der Vorgänger Camerons an der Parteispitze, er hielt nicht lange durch, galt als zu blass und zu bieder. Mehr oder weniger freiwillig hat er sich später vom Alpha-Tier zur Seite drängen lassen, eine Schmach, die er offenbar nie vergessen hat.

Nun hat er sich der Gruppe um Johnson angeschlossen, der dem Premierminister öffentlich widerspricht. „Wir sind größer, besser und bedeutender als sie vorgeben. Wir brauchen die EU nicht“, sagt Johnson und giftet, der Regierungschef würde bevorzugt „baloney“ (Unsinn) von sich geben. Cameron dagegen verteidigt die in Brüssel erzielten Zugeständnisse. Diese würden der Insel eine „Sonderstellung innerhalb der EU“ und „die beste beider Welten“ bescheren. Die Mitgliedschaft in der EU mache sein Land „sicherer, stärker und wohlhabender“. Die Spaltung seiner Partei lähmt mittlerweile die Regierungsarbeit, mehrere wichtige Gesetzesvorhaben wurden auf die zweite Jahreshälfte verschoben. Unterstützung erhält Cameron ausgerechnet von der Opposition. Die sozialdemokratische Labour-Party bietet ihm Wahlkampf-Hilfe während des Referendums an. „Wir haben die Leute dafür“, sagt die Labour-Abgeordnete Emma Reynolds. Ihre Partei trage die Verantwortung, bei dem Referendum die Labour-Anhänger dazu zu bewegen, für einen Verbleib in der EU zu stimmen. Die Gemüter bei den Konservativen beruhigt das nicht. „Vielleicht findet er ja am 24. Juni dort eine politische Heimat“, höhnt „Bo-Jo“ Johnson. Und meint damit seinen Parteifreund Cameron. *Peter Entinger*



Foto: action press

Noch amüsiert er sich über seinen innerparteilichen Widersacher Boris Johnson: Premier David Cameron (re.)

Bündnis alter Feinde

Erstarken des IS zwingt Israel und Jordanien zur Kooperation

Die palästinensischen „Yarmuk-Märtyrerbrigaden“ kontrollieren mittlerweile die Hälfte der syrischen Grenze auf den Golanhöhen. Seit sie im vergangenen Jahr dem IS die Treue geschworen haben, beobachtet man die Entwicklung in Jerusalem und Amman mit Sorge und plant sogar gemeinsame militärische Aktionen.

Als der syrische Bürgerkrieg immer mehr religiös-konfessionelle Züge annahm, begann die Loyalität der Palästinenser gegenüber dem Assad-Regime zu schwanken, zumal sie anders als der Präsidentenklan keine Schiiten, sondern Sunniten sind. Große Teile der bewaffneten Palästinenser schlossen sich daraufhin der Freien Syrischen Armee (FSA) an. Diese palästinensischen Kämpfer, die den theatralischen Namen „Liwa Shuhada' al-Yarmouk“(„Yarmuk-Märtyrerbrigade“) annahmen, halfen der FSA dabei, im Süden Syriens weite Gebietsteile der Assad-Armee zu entreißen. Es gelang ihnen auch, die gesamte südliche Grenze zu den israelisch besetzten Golanhöhen für die FSA zu erobern. Der vom Westen unterstützten FSA waren diese Eigenmächtigkeiten der Palästinenserarmee, die eigentlich lieber gegen den Erzfeind Israel als gegen ihren alten Förderer Assad kämpfen wollte, jedoch ein Dorn im Auge. Deshalb wechselten die Palästinenser in Syrien im Dezember 2014 mit Hilfe der bereits in der Gegend aktiven Al Nusra Front, dem syrischen Ableger des Al Kaida Terrornetzwerkes, wieder einmal die Fronten und schlossen sich dem IS an.

Die Yarmuk-Märtyrerbrigade hat sich als IS-Ableger in den letzten Monaten in der Provinz Deraa an der Grenze zu Jordanien und in unmittelbarer Nähe zu den israelischen Golanhöhen in etwa 30 Dörfern etabliert und bedroht damit

> Islamisten kontrollieren Hälfte der syrischen Grenze auf dem Golan

nicht nur Jordanien, sondern auch Israel. Da allerdings keine direkte territoriale Verbindung zu dem großen IS-Territorium im Osten und Norden Syriens besteht, hat sich in dem Miniatur-Gottesstaat an der Grenze zu Israel ein nicht ganz so striktes Islamverständnis wie in den IS-Hochburgen ausgebreitet. So gilt hier beispielsweise noch kein so striktes Alkohol- und Rauchverbot.

Der Süden Syriens wird von vielen oft gegeneinander kämpfenden Kräften kontrolliert und terrorisiert, auch die Assad-Truppen halten immer noch große Teile der Region bis hin zu Teilen der Stadt Deraa. Viele dieser Enheiten sympathisieren mit den Islamisten des IS und der Al Nusra Front, auch wenn sie sich förmlich zur FAS bekennen. So kommt es, dass über solche sympathisierenden Gruppen immer noch Versorgungsgüter und Waffen vom großen IS-Territorium zu ihrem palästinensischen Verbündeten im Südwesten gelangen.

In Jerusalem beobachtet man die Lage aufmerksam und nicht ohne Sorge. Der israelische Generalstabschef Gadi Eizenkot hat angeordnet, dass die Daten israelischer Aufklärungsdrohnen an Jordanien übermittelt werden. Jerusalem hat Amman zudem 16 Helikopter des Typs „Cobra“ geliefert, mit denen die Grenzregion überwacht werden soll. Israel baut angesichts der IS-Bedrohung im Grenzgebiet seine militärische Kooperation mit Jordanien offenbar immer weiter aus. Auch dies ist erstaunlich, wenn man bedenkt, dass der Judenstaat und das haschemitische Königreich Jordanien, das den größten Teil der palästinensischen Flüchtlinge nach 1948 und 1967 aufgenommen und die Heilige Stadt Jerusalem an Israel verloren hat, einst die erbittertsten Feinde waren. *Bodo Bost*

Tibets freie Stimme

Geheimsender informiert über Lage in China und der Welt

Als Bundespräsident Joachim Gauck vergangene Woche in China weilte, hat er pflichtgemäß das Thema Menschenrechte angesprochen, zu dem auch die Unterdrückung der Tibeter gehört. Diese kämpfen unverdrossen für ihre Unabhängigkeit von der Volksrepublik, wozu sie sich auch der Mittel der Propaganda bedienen.

Hinter den Mauern des äußerlich unscheinbaren Gebäudes in der Kirkegatae 5 in Oslo arbeitet seit fast 20 Jahren kaum von der Öffentlichkeit bemerkt die Zentrale des Radiosenders „Die Stimme Tibets“. Seine Aufgaben sind primär die internationale Repräsentation, Fragen der Finanzen und technische Probleme. Die eigentliche Redaktion befindet sich im Narthang-Gebäude im indischen Dharamala mit 14 Tibetern, welche die wichtigsten Heimatdialekte beherrschen. Sie senden seit Mai 1996 für die rund sechs Millionen Tibeter auf dem „Dach der Welt“, aber ebenfalls für die aus ihrem Land geflüchteten Tibeter in Bhutan, Nepal und Indien. Das Programm , das mehrfach wiederholt wird, umfasst täglich 30 Minuten in Tibetisch und 15 Minuten in Chinesisch-Mandarin. Sein Inhalt besteht hauptsächlich aus der Darstellung der allgemeinen aktuellen Menschenrechtslage in der Welt sowie aus Neuigkeiten aus Tibet und Informationen über die wachsenden innenpolitischen Probleme Chinas. Von Wichtigkeit für die Hörer sind auch Sendungen, welche die traditionelle Musik der Tibeter pflegen und über wichtige Gesundheitsfragen aufklären. An zwei Wochentagen werden Ansprachen des Dalai Lama ausgestrahlt. Zum offenen Widerstand gegen die Chinesen ruft der Sender jedoch nicht auf.

Bekanntlich will jede Diktatur die totale Kontrolle gerade auch über alle Medien besitzen. Die von

> Chinesische Behörden sind machtlos

anderen Informationen fast völlig abgeschnittenen Zwangsuntertanen sollen durch bewusst wahrheitswidrige Propaganda ein falsches Bild über die tatsächlichen Zustände im eigenen Lande sowie über die Außenwelt bekommen. Da spielen freie Radiosendungen eine ganz entscheidende Rolle.

Die entscheidende Frage nach einem Echo auf „Die Stimme Tibets“ ist nur sehr schwer abzuschätzen: Briefe aus Tibet nach Oslo oder Dharamala zu schreiben, ist angesichts der strengen Postzensur der chinesischen Machthaber gefährlich. Hilfreich sind deshalb Deckadressen in der nichtkommunistischen Welt. Recht häufig sind auch Mitteilungen von Tibet-Touristen und Flüchtlingen, die sich zumeist bei der UN-Aufnahmestelle in Katmandu (Nepal) melden.

Eine Bestätigung für die Wirksamkeit des Senders ganz anderer Art sind die Reaktionen Pekings. Die Verfassung stellt es unter Strafe, „die Einheit des Landes zu untergraben“, worunter das Regime bereits das Abhören „feindlicher“ Sender zählt. Bereits vor drei Jahren leistete der von Peking eingesetzte KP-Chef Tibets, Chen Quanguo, im Parteiorgan „Qiushi“ den feierlichen Treueschwur „zu sichern, dass die Stimmen feindlicher Kräfte und die Dalai-Gruppe weder gesehen noch gehört werden“. Derzeit dürften auf dem „Dach der Welt“ weit mehr als 100 chinesische Störsender installiert sein, die sich aber technisch umgehen lassen. Auch erfolgen die Sendungen von Tibets freier Stimme über verschiedene Orte in Asien, die häufig wechseln.

„Wer weiß, was die Zukunft bringen wird“, sagte einmal der Leiter der Zentrale in Oslo. „Ich weiß nur, dass ‚Die Stimme Tibets‘ niemals aufgeben wird. Bis zu dem Tage, an dem wir nicht länger benötigt werden.“ *F.-W. Schlomann*

Pensionskassen vor globalem Desaster

Altersvorsorge-Kassen in 20 OECD-Ländern dramatisch unterfinanziert – Zinspolitik verschärft das Problem

Ein marodes und unterfinanziertes Rentensystem gilt als eines der Hauptprobleme Griechenlands. Möglicherweise ist das Land allerdings nur Vorreiter einer Entwicklung, die auf alle westlichen Industrieländer zukommt.

Nach einer Studie der US-Großbank Citigroup sind in den staatlichen Rentensystemen von 20 OECD-Ländern Pensionsverpflichtungen in Höhe von 78 Billionen US-Dollar ungedeckt oder unterfinanziert. Diese Lücke entspricht fast dem Doppelten der offiziell ausgewiesenen Staatsverschuldung dieser Länder, zu denen unter anderem die USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien, und Großbritannien gehören. von insgesamt 44 Billionen Dollar.

Hinzukommen noch Pensionsverpflichtungen von Unternehmen. Nach Ansicht der Citigroup sind in den USA und Großbritannien die meisten Pensionsprogramme von Firmen ebenfalls als unterfinanziert anzusehen. Laut der vorgelegten Analyse wiesen allein in den USA die im wichtigen „S&P 500"-Börsenindex gelisteten Unternehmen Ende 2015 eine Lücke in ihren Pensionsprogrammen von 403 Milliarden Dollar auf. Für Großbritannien und den dortigen Börsenindex „FTSE 350" wird der Fehlbetrag immerhin noch auf 119 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Als Gegenmaßnahmen schlägt die Citigroup unter anderem ein so simples Mittel wie die Veröffentlichung der Finanzierungslücken in den Rentensystemen vor. Gefordert wird ebenso das Anheben des Renteneintrittsalters.

Auch wenn Studien von Finanzinstitutionen wie der Citigroup wegen möglicher Interessenskollisionen mit einiger Skepsis zu sehen sind, ist das Problem generell nicht zu leugnen. Mehr noch: Die aktuell von den Zentralbanken verfolgte Niedrigzinspolitik wird dafür sorgen, dass sich die Rentenproblematik drastisch verschärfen wird. Um einen Ausgleich für das schwache staatliche Rentensystem zu schaffen, müsste in vielen Fällen nämlich eine private Vorsorge für das Alter getroffen werden, etwa über kapitalgedeckte Rentenpläne.

Genau diese Vorsorgemöglichkeit ist unter den Bedingungen von Negativzinsen allerdings schwer unter die Räder gekommen. Verschärfend kommt hinzu, dass auch die staatlichen – soweit nicht umlagefinanziert – und betrieblichen Rentensysteme wegen der Zinspolitik weiter unter Druck geraten werden.

Wie sehr die EZB-Politik der Negativzinsen die Vermögensbildung und die Altersvorsorge in Deutschland gefährdet, machen Berechnungen des langjährigen Ifo-Chefs Hans-Werner Sinn deutlich. Demnach hat die Niedrigzinspolitik Deutschland bislang schon einen dreistelligen Milliardenbetrag gekostet. „Wir haben dank riesiger Exportüberschüsse

> Verpflichtungen über 78 Billionen Dollar ungedeckt

das zweitgrößte Nettoauslandsvermögen aller Länder der Erde aufgebaut. 2015, also vor den neuerlichen Zinssenkungen, haben die niedrigen Zinsen im Vergleich zu 2007 Deutschland in seiner Gesamtheit – staatliche und private Instanzen zusammengenommen – etwa 89 Milliarden Euro gekostet", warnt Sinn. Aufsummiert dürfte seit 2008 „Deutschland als Ganzes 327 Milliarden Euro verloren haben", so der Ökonomie-Professor in einem Gastbeitrag in der „Wirtschaftswoche".

Auch Unternehmen droht hierzulande langfristig ein Problem. Einstellen dürfte sich ein Phänomen, das bislang vor allem aus den USA bekannt war. Dort haben Firmen immer wieder mit der Last ihrer unterfinanzierten Pensionsprogramme für Mitarbeiter zu kämpfen. Insgesamt ist damit die Gefahr groß, dass in den westlichen Industrieländern Altersarmut zu einem Massenphänomen wird.

Deutschland droht dabei sogar noch ein ganz besonderes Problem. Wie sich einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Deutschen Bundesbank entnehmen lässt, halten viele Deutsche trotz grundlegend veränderter Bedingungen nämlich an ihrem gewohnten Anlageverhalten fest. Durch die Geldpolitik der EZB sind in den letzten Jahren vor allem Immobilienpreise und Aktienkurse in Deutschland stark gestiegen.

Im internationalen Vergleich wird allerdings deutlich, dass die Deutschen wenig auf Aktien und Immobilien zur Vermögensbildung setzen. Festgehalten wird stattdessen meist an Sparbüchern und Lebensversicherungen. Drohende Folge ist eine schleichende Enteignung von Sparern und Rentnern über Nullzinsen und negative Realzinsen.

Norman Hanert



Alt und arm: Ein Rentner sitzt niedergeschlagen auf einer Parkbank Bild: pa

MELDUNGEN

Einigung über HSH Nordbank

Hamburg – Die EU-Kommission und die Bundesrepublik Deutschland haben sich offiziell über die Rettung der HSH Nordbank geeinigt. Demnach darf das 2003 durch Fusion von hamburgischer und schleswig-holsteinischer Landesbank entstandene Geldhaus notleidende Schiffskredite im Wert von 8,2 Milliarden Euro an die beiden Bundesländer sowie über den Markt abgeben. Im Gegenzug muss die Bank innerhalb von zwei Jahren verkauft oder abgewickelt werden. Die HSH Nordbank stand 2008 kurz vor der Pleite. Die beiden Länder als Haupteigentümer stellten damals eine Verlustgarantie über zehn Milliarden Euro zur Verfügung, um sie zu retten. *U.M.*

Deutsche Bank vor Herabstufung

Frankfurt/M. – Die US-Ratingagentur Moodys erwägt, die Bonität der Deutschen Bank herabzustufen. Grund für die Überprüfung ist der Verlust in Höhe 6,7 Milliarden Euro, den die Bank im vergangenen Jahr verbuchen musste. Fortdauernde Rechtsstreitigkeiten und der erneute Konzernumbau belasten weiter die Bilanz, sodass auch für dieses Jahr mit einem Verlust zu rechnen ist. Eigenen Angaben zufolge prüft Moody's auch die Deutsche-Bank-Tochter Postbank. *U.M.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.026.485.850.933 €
Vorwoche: 2.026.418.075.932 €

Verschuldung pro Kopf:
24.877 €
Vorwoche: 24.876 €

(Dienstag, 29. März 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Nur Verlierer

EU-Richtlinie legt Regeln für Baudarlehen fest

So günstig wie nie zuvor scheinen momentan die Bedingungen beim Kauf einer Immobilie zu sein, denn die laxe Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) hat Baugeld extrem günstig gemacht. Doch auch die Banken profitieren davon, denn Baukredite stellen für sie eine sichere Einnahmequellen dar. Folgt man der Darstellung der EZB, dann ist die Herausgabe von Krediten auch genau das, was mit ihrer momentanen Geldpolitik erreicht werden soll. Eine Richtlinie der EU, die mit Wirkung vom 21. März 2016 in deutsches Recht überführt wurde, droht allerdings genau die gegenteilige Wirkung zu entfalten.

Die sogenannte EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie (WKR) setzt sowohl für Banken als auch für Verbraucher neue Spielregeln bei der Baufinanzierung fest. Verbraucher sollen bei einer so weitreichenden Entscheidung wie einer Immobilienfinanzierung umfassender beraten werden. Ausgeschlossen wurde zudem, dass ein Darlehen mit anderen Finanzprodukten gekoppelt wird. Außer Bauspar- und Riesterverträgen dürfen keine weiteren Produkte zusammen mit dem Darlehen verkauft werden. In der Vergangenheit war es durchaus üblich, günstige Darlehen im Doppelpack mit eher ungünstigen Versicherungspolicen anzubieten.

Zudem werden die Banken gezwungen, die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden noch strenger zu prüfen als bisher ohnehin schon üblich. In die Bewertung verpflichtend einfließen sollen künftig nicht nur der Wert der zu finanzierenden Immobilie, sondern auch Faktoren, die Einfluss auf die Rückzahlung des Darlehens haben können. Speziell geprüft werden

> Finanzierung wird schwieriger, Banken fürchten Einbußen

soll etwa, ob es Umstände gibt, die möglicherweise zu einer Verringerung des Einkommens des Kreditnehmers führen könnten. Im Vergleich zu Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst könnten es damit bestimmte Berufsgruppen in konjunkturell anfälligen Branchen künftig schwerer haben, ein Darlehen zu erhalten. Wie sich die neue EU-Richtlinie in der Praxis ansonsten auswirken wird, ist umstritten. Aus Sicht des Bundesverbands deutscher Banken (BVB) wird mit der Neuregelung lediglich festgeschrieben, was in Deutschland „gelebte Praxis" ist. Zu rechnen sein wird in jedem Fall mit Schwierigkeiten bei eiligen Baufinanzierungen, da die neue Richtlinie mit einigem bürokratischen Mehraufwand verbunden ist.

Verbraucherschützer warnen noch vor einer anderen Gefahr: Kreditnehmern könnten es künftig schwerer haben, nach zehn Jahren eine Anschlussfinanzierung zu bekommen. Selbst wenn bis dahin der Immobilienkredit immer korrekt bedient wurde, sind die Banken gezwungen, einen Anschlusskredit zu verweigern, wenn die Rückzahlung auch nur theoretisch gefährdet zu sein scheint. Ein bislang vorhandener Ermessensspielraum ist mit der EU-Richtlinie für die Banken verschwunden. Sollte die langfristige Folge sein, dass dadurch nennenswertes Geschäftsvolumen verloren geht, droht der Bankwirtschaft ein weiteres Problem. Bisher sind Baufinanzierungen nämlich eine sichere Ertragsquelle. Diese wird aus Sicht der Banken dringend gebraucht. Gestiegene Regulierungsauflagen, die Negativzinspolitik der EZB und alternative Anbieter, die Überweisungen oder Kreditvermittlungen über das Internet anbieten, setzen die Banken ohnehin immer mehr unter Druck. *N.H.*

Weg von nationalen Lösungen

Schweizer Skyguide tritt Allianz europäischer Flugsicherungen bei

Der Zusammenstoß zweier Flugzeuge bei Überlingen am Abend des 1. Juli 2002 war mit 71 Opfern eines der folgenschwersten Flugunglücke im deutschen Luftraum. Das Unglück warf ein Schlaglicht auf die Organisation der Flugsicherung in Europa und führte zu zahlreichen Diskussionen über die Flugsicherung und die Flugsicherungssysteme. Im Mittelpunkt der Untersuchungen stand Skyguide, die private Flugsicherungsorganisation der Schweiz, die nicht nur für den gesamten Schweizer, sondern auch für den süddeutschen Raum zuständig ist.

Der europäische Luftraum ist einer der am dichtesten beflogene Lufträume der Welt. Allerdings ist seine Kontrolle immer noch überwiegend Sache der einzelnen Staaten. Rund 17 verschiedene Behörden sorgen für geordnete Verkehrsströme am Himmel über Europa. Das führt immer wieder zu Verspätungen und Abstimmungsproblemen. Zudem sorgt das konstante Wachstum des Luftverkehrs dafür, dass dieser zersplitterte Zustand an seine Grenzen stößt. Nun ist der Harmonisierungsprozess einen Schritt vorangekommen, denn Skyguide hat eine Kooperation mit der europäischen Allianz der Flugsicherungsorganisationen beschlossen.

In dieser Allianz arbeiten die Flugsicherungen von Deutschland, Spanien, Frankreich, Finnland, Großbritannien und den meisten anderen europäischen Ländern zusammen, um gemeinsame Standards und Arbeitsverfahren sowie neue Technologien für einen zukünftigen einheitlichen europäischen Luftraum zu entwickeln. Die Allianz bietet ein Dach für gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für eine einheitliche europäische Flugsicherung. Für

> Wichtiger Beitrag zu mehr Sicherheit und Effizienz

diese Vorhaben gibt es, europatypisch, ein eigenes Programm und einen eigenen Namen: SESAR 2020. Das steht für „Single European ATM Research", wobei ATM für „Air Traffic Management" oder Flugsicherung steht.

Mit dem Beitritt von Skyguide wird dieser Prozess weiter vorangetrieben. Nun kann sich auch die Schweiz an gemeinsamen Projekten auf europäischer Ebene beteiligen. Diese gemeinsamen Forschungsvorhaben sollen helfen, den europäischen Luftraum sicherer zu machen und die Steuerung der Verkehrsströme über den Wolken effektiver zu gestalten. Daniel Weder, der Geschäftsführer von Skyguide, begrüßt die künftige Zusammenarbeit: „Bei SESAR 2020 und insbesondere bei der Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der A6-Allianz finden wir Antrieb zur Erschließung neuer Dimensionen in der europäischen Flugsicherung durch echte Innovationen. Wir sehen dies als die beste Gelegenheit, einen großen Schritt nach vorne zu machen."

Bereits im Dezember 2010 unterzeichnete die Schweiz zusammen mit fünf anderen mitteleuropäischen Ländern einen Staatsvertrag zur Bildung eines gemeinsam kontrollierten Luftraumblocks. Nach und nach soll der Luftraum über Europa in einige wenige derartige Blöcke mit einheitlicher Flugsicherung aufgeteilt werden. Bisher folgt seine Kontrolle immer noch überwiegend nationalen Grenzen, was einer effizienten Verkehrsführung im Wege steht. Der europäische Luftraum zerfällt in rund 650 einzelne Sektoren. Hinzu kommen nationale Lösungen im Hinblick auf Arbeitsverfahren, Technologien, Computersysteme und Datenaustausch. SESAR 2020 bietet nun den Rahmen für die gemeinsame Technologieentwicklung. *Friedrich List*

Die Empörungsmaschine läuft

Von Ingo von Münch

Der Sachverhalt ist einfach – die Empörung ist gewaltig. Was ist geschehen? Die Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach hat im Internet über Twitter ein (nicht neues und auch nicht von ihr aufgenommenes) Foto verbreitet, das ein blondes Kind zeigt, das von einer Gruppe von Mädchen mit dunkler Hautfarbe gefragt wird: „Woher kommst du denn?“ Das Foto habe ihr, so Steinbach, ein besorgter Vater aus Frankfurt am Main geschickt, dessen Kind in seiner Klasse nur noch zwei weitere deutsche Mitschüler hat. So gesehen entspricht das Foto, obwohl in Indien aufgenommen, dem Alltag auf nicht wenigen deutschen Schulhöfen – also schlicht deutscher Realität.





Screenshot: Twitter-Seite von Erika Steinbach

Der Tweet war kaum erschienen, als auch schon die Empörungsmaschine auf Hochtouren anlief. Als Maschinisten betätigten sich Vertreter vieler Parteien – in christlicher „Solidarität“ auch der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion Volker Kauder, der CDU-Generalsekretär Peter Tauber und der Fraktionsgeschäftsführer der CDU Michael Grosse-Brömer. Der SPD-Parteivize Ralf Stegner twitterte: „Frau Steinbach ist nicht mehr bei Trost ...“ Die Grünen schwangen die bei ihnen besonders beliebte Rassismuskeule: Für den Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen Anton Hofreiter stellte sich die Frage, „wie Frau Steinbach ihre rassistischen Äußerungen mit ihrer Funktion als Sprecherin für Menschenrechte vereinbaren kann“; die Grünen-Vorsitzende Simone Peter bezeichnete Steinbachs Beitrag als „widerlich, rassistisch, ketzerisch“; und ausgerechnet der damalige innenpolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, forderte die CDU auf, ein Parteiordnungsverfahren gegen Erika Steinbach wegen „rassistischer Hetze“ einzuleiten. Zur Erinnerung: Gegen Volker Beck hat die Berliner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen verbotenen Drogenbesitzes eingeleitet. Der auf frischer Tat Ertappte versuchte sich damit zu rechtfertigen, er sei schon immer für eine liberale Drogenpolitik eingetreten. Verschwiegen hat Beck allerdings das jedenfalls Verwerfliche seines Tuns, nämlich, dass er mit dem Kauf der Droge das schmutzige und nicht selten todbringende Geschäft des Drogenhandels unterstützt hat.

Die Empörung über Steinbachs Tweet beschränkte sich im Übrigen nicht auf kritische Äußerungen, sondern gefordert wurden auch handfeste Sanktionen. Volker Becks Ruf nach einem Parteiordnungsverfahren (im Ergebnis also Rüge oder Ausschluss) ist bereits erwähnt. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion „Die Linke“, Dietmar Bartsch, erwartet vom CDU-Fraktionschef Volker Kauder, „dass er derartige rassistische Entgleisungen nicht ohne Konsequenzen für Frau Steinbach lässt“; der Vorsitzende der Partei „Die Linke“, Bernd Riexinger, wurde noch deutlicher: Es sei „unvermeidlich, Steinbach als Sprecherin für Menschenrechte abzusetzen“ und „nötiger“, sie aus der „Fraktion zu werfen“.

Zurück zum Vorwurf des Rassismus. Ein Foto einer Gruppe von Mädchen mit dunkler Hautfarbe allein kann den Vorwurf des Rassismus nicht begründen; denn eine andere Hautfarbe als Weiß ist nun wirklich nichts, aber auch überhaupt nichts Negatives. „Black is beautiful“ ist ein bekannter Spruch aus der Werbung. Fotos von dunkelhäutigen Künstlern, Sportlern, Models, aber auch von Menschen wie Du und ich begegnen uns deshalb täglich, ohne für Empörung zu sorgen.

Allerdings lässt sich nicht bestreiten, dass es einen Zusammenhang geben kann, der auf eine diskriminierende Absicht hinzielt. Wollte Erika Steinbach mit ihrem tweet provozieren? Auf eine solche Absicht könnte die Überschrift über dem gescholtenen Foto hindeuten: „Deutschland 2030“ und das Zahlenverhältnis zwischen den mehreren dunkelhäutigen Mädchen einerseits und dem allein stehenden blonden Kind andererseits. Eine begründete kritische Interpretation wäre demnach die, dass Erika Steinbach vor einer in der Zukunft (2030) drohenden Überfremdung warnen wollte. Diese Einstellung würde sich nahtlos in die von Steinbach geäußerte Kritik an der Asylpolitik der Bundesregierung einpassen, der sie vorwarf: „Seit September alles ohne Einverständnis des Bundestages. Wie in einer Diktatur.“ Dieser Vergleich war allerdings nicht nur dümmlich, sondern abwegig; Steinbach hat dann auch den von ihr verwendeten Begriff „Diktatur“ im Nachhinein als eine überspitzte Formulierung bezeichnet, ohne sich zugleich von ihrer Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu verabschieden. Solange eine solche Kritik nicht in aggressive und damit nicht hinnehmbare Fremdenfeindlichkeit übergeht, muss in einem demokratischen Rechtsstaat Kritik an einer bestimmten Flüchtlingspolitik wie auch an einer bestimmten demographischen Entwicklung möglich sein. Demokratie und das Grundrecht der freien Meinungsäußerung leben gerade vom Widerstreit entgegengesetzter Meinungen.

Wenn die Empörungsmaschine zum Stillstand gekommen sein wird, lassen sich aus der Affäre um die Frage der Kinder „Woher kommst du denn?“ drei Schlussfolgerungen ziehen, nämlich:

1. Die Gesellschaft in Deutschland ist gespalten in Menschen, die sich für gut halten („die Anständigen“) und solche, die für böse gehalten werden (die Unanständigen?). Erika Steinbach gehört als ehemalige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen zu letzteren.

2. Der von Jürgen Habermas zu Recht eingeforderte „herrschaftsfreie Diskurs“ wird außer Kraft gesetzt, wenn in einer politischen Diskussion nicht mehr Argumente ausgetauscht werden, sondern strafende Sanktionen für nicht der political correctness entsprechende Meinungsäußerungen (wie erwähnt) angedroht werden. Man fühlt sich hierbei an Peter Sloterdijks Prognose über unsere Diskussionskultur erinnert, die lautet: „Auf Wahrheit soll künftig die Höchststrafe stehen: Existenzvernichtung.“

Der Shitstorm gegen Erika Steinbach

3. Vom Mainstream abweichende Ansichten führen – wie der Fall Steinbach zeigt – nicht selten zu fast hysterischen Ausbrüchen. Politisches Engagement sollte jedoch kein Gegensatz zu Gelassenheit sein, auch nicht zu Sinn für Humor. Eine überhaupt nicht fremdenfeindliche, kluge Frau kommentierte mir gegenüber den Anblick des „Woher kommst du denn?“-Fotos mit den Worten: „Ich habe gelacht.“

Frei gedacht



Europa in Angst – was tun?

Von Eva Herman

Es war ein Osterfest, wie wir es hier in Europa zuvor wohl noch nicht erlebten. Seit den Terroranschlägen in Brüssel ist die Angst groß, dass weitere Attentate folgen könnten. Ein Angriff auf Europa war es gewesen, auf den angeblich so starken Zentralstaat. Die Gefahr des islamistischen Terrors ist so hoch wie niemals zuvor, sämtliche Sicherheitsbehörden sind mit den Ermittlungen und dem Schutz der Bevölkerung, den doch niemand gewährleisten kann, ausgelastet, öffentliche Gebäude, Atomkraftwerke, Publikumsveranstaltungen werden von bis an die Zähne bewaffneten Milizen bewacht. Die Sicherheit ist dahin, das trügerische Gefühl einer angeblichen Sicherheit erst recht. Viele Bürger sind jetzt in Sorge, alles ist unkalkulierbar geworden. Doch genau die Angst ist es, die uns jetzt überhaupt nicht weiterhilft, im Gegenteil, sie wird zum ärgsten Feind, wenn wir nicht achtgeben. Die Gebilde, die unsere Angst überhaupt erst formt, sind von ganz übler Art. Sie lagern über der Menschheit wie eine unsichtbare Macht, alles zerstörend, was Lebendigkeit und Bewegung bedeutet.

Denken wir einmal an die Geschichte des chinesischen Wegbereiters Laotse, der im sechsten Jahrhundert vor Christi gelebt hatte. Dieser war nach einer langen, spirituellen Ausbildung als gelber Lama aus den kargen Hallen eines altehrwürdigen, tibetischen Klosters ausgezogen, um in seiner Heimat die Chinesen von der Dämonenfurcht zu befreien. Zuvor musste er jedoch die Mechanismen selbst kennenlernen, mit denen die gewaltigen, furchterregenden Fratzen, die das alte China beherrschten, zustande kamen. Dieser Weg dauerte lange, für jeden neuen Schritt zur Erkenntnis wurde Laotse ein bestimmter Meister zur Seite gestellt.

Als er eines Tages in eine große Stadt kam, war die Aufregung überall zu spüren: Hier herrschten besonders üble, riesige, furchteinflößende Phantome. Die Menschen waren von blanker Angst getrieben, wie aufgescheuchte Rinder stoben sie durch die Straßen. Als der Wegbereiter einen alten Tempel betrat, kam ihm ein greiser Gelehrter entgegen, der ihm in leisen Worten anheim legte, das Gebäude so schnell wie möglich zu verlassen, denn groß sei die Gefahr, dass auch er von den Angstgebilden verfolgt würde. Laotse, dessen Auftrag es war, standhaft zu bleiben, spürte plötzlich, wie auch in ihm langsam ein kaltes Grausen hochkroch, angesichts der verzerrten, hasserfüllten Gebilde. Je stärker dieser Eindruck ihn in Beschlag nahm, umso größer wurde die Lähmung, die ihn gleichzeitig erfasste. Plötzlich erblickte er hinter dem alten Mönch, der vor eine kleine Gruppe ängstlich in einer Ecke kauernder Menschen getreten war, furchterregende Gestalten. Je lauter die armen Menschen wimmerten, je größer auch Laotses Furcht nun wurde, um so riesiger bildeten sich die Scheußlichen weiter aus, die mit höhnischem Grinsen sich nun wieder und wieder auf die Menschen herunter stürzten. Auch der Wegbereiter spürte, wie sich eine kalte Hand an sein Herz legte und ihm die Atemluft abdrücken wollte, als er schlagartig gewahr wurde, dass er selber es zu sein schien, der mit der inneren Angst genau diese böse lachenden Dämonengebilde erst heranzog.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Laotse hatte in den vielen Jahren hinter Tibets Klostermauern die perfekte Körperbeherrschung gelernt, die unabdingbar ist für jemanden, der mit festem Schritt allen Herausforderungen des Lebens Meister werden will. Augenblicklich zwang er die Angst in sich nieder. Dies gelang ihm deswegen, weil er um die unendliche Gnade des Schöpfers wusste, der er teilhaftig werden konnte, wenn er den Höchsten nur um Hilfe rief. Als er dies getan hatte, formten seine Lippen folgende Worte, die er an die wütenden Dämonen richtete, die sofort spürten, dass sich ihnen gegenüber eine unbekannte Macht aufbaute, die weitaus größer war als sie. Lao-Tse sprach: „Im Namen des Allmächtigen befehle ich euch, ihr Dämonen, zu vergehen. Aus Angst seid ihr geboren, aus unreinen Gedanken emporgewachsen. Ich sage euch: Löst euch jetzt auf, wie Angst und Unreinheit vergehen müssen.“

In diesem Moment konnte jeder, der dieser widerlichen Ausgeburten angesichtig geworden war, selbst mit ansehen, wie diese an Größe plötzlich einbüßten, nachließen, immer kleiner wurden. Ihr höhnisches Grinsen wich, nun bekamen sie selbst Angst. Mit kläglicher Miene suchten sie verzweifelt, dem hohen Befehl des Lama auszukommen, doch es war nicht möglich: Die Kraft, die den Meister umgab, war unwiderstehlich, sie zwang die Dämonen, in Nichts zu vergehen.

Laotse hatte mit gebieterischer Miene und klarer Stirn den Vorgang bis zum Ende gebracht, kühnen Blickes hatte er abgewartet, bis auch die letzten Stäubchen der Horde von Teufeln verschwunden waren. Seine innere Haltung duldete keinen Widerspruch, wie auch seine äußere machtvoll wirkte, so sehr die Dunklen sich auch anschickten, durch Auswege zu entkommen: Die Kraft des Erhabenen, die dem unverbrüchlichen Vertrauen, ja, dem Wissen des weisen Lama entsprang, überwand alle finsteren Gegenkräfte spielend.

Ungläubig hatten die eben noch vor Angst schlotternden Menschen den Vorgang verfolgt, hatten erlebt, wie ein einzelner Menschengeist Unglaubliches vollbracht hatte: Sämtliche Dämonen waren fort! Langsam erhoben sie sich aus der dunklen Ecke, taumelten dem Wegbereiter entgegen. Auch der alte Mönch hatte sich von seinem Erstaunen erholt und ging auf Laotse zu, wissen wollend, wie ihm dieses Wunder wohl gelungen sei. Dieser verneigte sich mit einem Lächeln und gab mit leiser, doch fester Stimme zum Ausdruck, dass es nicht seine Kraft gewesen sei, sondern er diese von oben herbeigebeten habe. Nur die Angst des Menschen selbst mache die Entstehung der Dämonen erst möglich. Je größer die Angst der Menschen werde, umso größer die Gebilde, die sie schließlich hartnäckig verfolgten. Je größer das Vertrauen in den Allmächtigen jedoch, umso schneller müssten sie vergehen.

Die Menschen sahen sich erstaunt an: Die Dämonen entsprangen den Hirnen der Menschen? Man müsse nur den Hocherhabenen anrufen und ihm vertrauen?

Schon 2600 Jahre liegt das Geschehen zurück. Es war Laotse in der Tat gelungen, für eine Zeit lang sein riesiges Heimatland von der Dämonenfurcht zu befreien. Doch was er, der Weise aus dem fernen Osten, geschafft hatte, wäre heute noch genauso möglich. Angesichts der aktuell immer gefährlicheren Lage in Europa, angesichts auch der Tatsache, dass wir *keine* Lösungen mehr parat haben, um das Schiff aus schweren Gewässern herauszuführen, müssten wir da nicht vielleicht ganz neue Wege suchen, um mit diesen Zuständen irgendwie zurechtzukommen? Das letzte, was wir tun dürfen, ist doch jetzt, in Angst zu verfallen. Wer diese immer größer werden lässt, der blockiert sich selbst und sein Umfeld, kann niemals Meister werden über sein Schicksal.

Vertrauen in den Schöpfer: Vielleicht bleibt uns bald keine andere Option mehr? Es könnte uns wichtigstes Gebot werden, um die bevorstehenden, schweren Zeiten irgendwie zu überstehen, in einem gebeutelten Land, das in Händen von Politikern liegt, die von allen guten Geistern verlassen zu sein scheinen.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Sein Name sei Frisch

Zwei deutsche Autoren haben den Nobelpreis ihrem Durchbruch in den 1950er Jahren zu verdanken: Günter Grass und Heinrich Böll. Ein Schweizer Zweigestirn, das zu jener Zeit ebenfalls hell aufleuchtete, wartete hingegen vergeblich auf die hohe Ehrung. Neben Friedrich Dürrenmatt, der mit „Besuch einer alten Dame“ einen Bühnenklassiker schuf, galt Max Frisch lange Zeit als heißer Anwärter auf den Nobelpreis. Vielleicht hätte er ihn bekommen, wäre er nicht am 4. April vor 25 Jahren kurz vor seinem 80. Geburtstag am Mai 15. Mai 1991 wegen einer Krebserkrankung in seiner Geburtstadt Zürich gestorben.

Mit „Stiller“ hat Frisch ein inzwischen als „Jahrhundertroman“ gepriesenes Werk geschaffen. Als es 1954 erschien, markierte das einen Wendepunkt in Frischs Leben. Zum einen verabschiedete er sich von seinem Brotberuf. Er war wie sein Vater Architekt und entwarf in den 40er Jahren das heute seinen Namen tragende Schwimmbad im Zürcher Letzigraben. Doch als „Stiller“ erschienen war, verkaufte er sein Architekturbüro. Es war ein riskantes Unterfangen, denn der Roman verschaffte ihm anfangs zwar Ruhm, aber kaum Einnahmen. Erst als er zur Schulbuchlektüre heranreifte, erreichte er als erster Roman des Suhrkamp-Verlags eine Millionenauflage.

Zum anderen hatte Frisch mit dem Buch sein Thema gefunden: Identitätskrise und Rollenverständnis. „Ich bin nicht Faber“,



„Stiller“ Autor: Max Frisch

lautet der Einstiegssatz im Roman, in dem der Titelheld behauptet, ein anderer zu sein, als der, den man in ihm sehen will. Er will selbst Herr über seine Lebensgeschichte sein und sich auch in der kriselnden Ehe mit einer Ballerina zu keinem Idealbild formen lassen. Das Bibelwort „Du sollst dir kein Bildnis machen“ sowie sein Kampf gegen Vorurteile und Klischees variierte Frisch auch im nachfolgenden Roman „Homo Faber“ und dem Erfolgsdrama „Andorra“, in dem der junge Held das Opfer einer ihm angedichteten jüdischen Identität wird.

Und auch privat markierte „Stiller“ einen Wendepunkt in Frischs Leben. Er ließ sich von seiner Frau scheiden und lebte kurze Zeit mit der Schriftstellerin Ingeborg Bachmann in Rom. Während sie beider Beziehung in ihrem Roman „Malina“ aufarbeite, tat er es 1964 in „Mein Name sei Gantenbein“. In der Folgezeit ließ seine Schaffenskraft abgesehen von der autobiografischen Erzählung „Montauk“ (1975) nach. Als Autor, der Einladungen zur Gruppe 47 regelmäßig ablehnte und sich auch nie als politischer Lautsprecher verstand, suchte er dennoch die Nähe zu den Mächtigen. Er war Gastredner beim SPD-Bundesparteitag 1977 und gehörte während der Schleyer-Entführung zu jenem Kreis von Intellektuellen, mit denen sich Helmut Schmidt im Bonner Kanzleramt beriet. Dieses politische Engagement erwürgte langsam seine dichterische Phantasie. *H. Tews*

Der zweifelnde Mann

Geheimdienst-Agent und »seltsamer Gläubiger« – Vor 25 Jahren starb der Schriftsteller Graham Greene

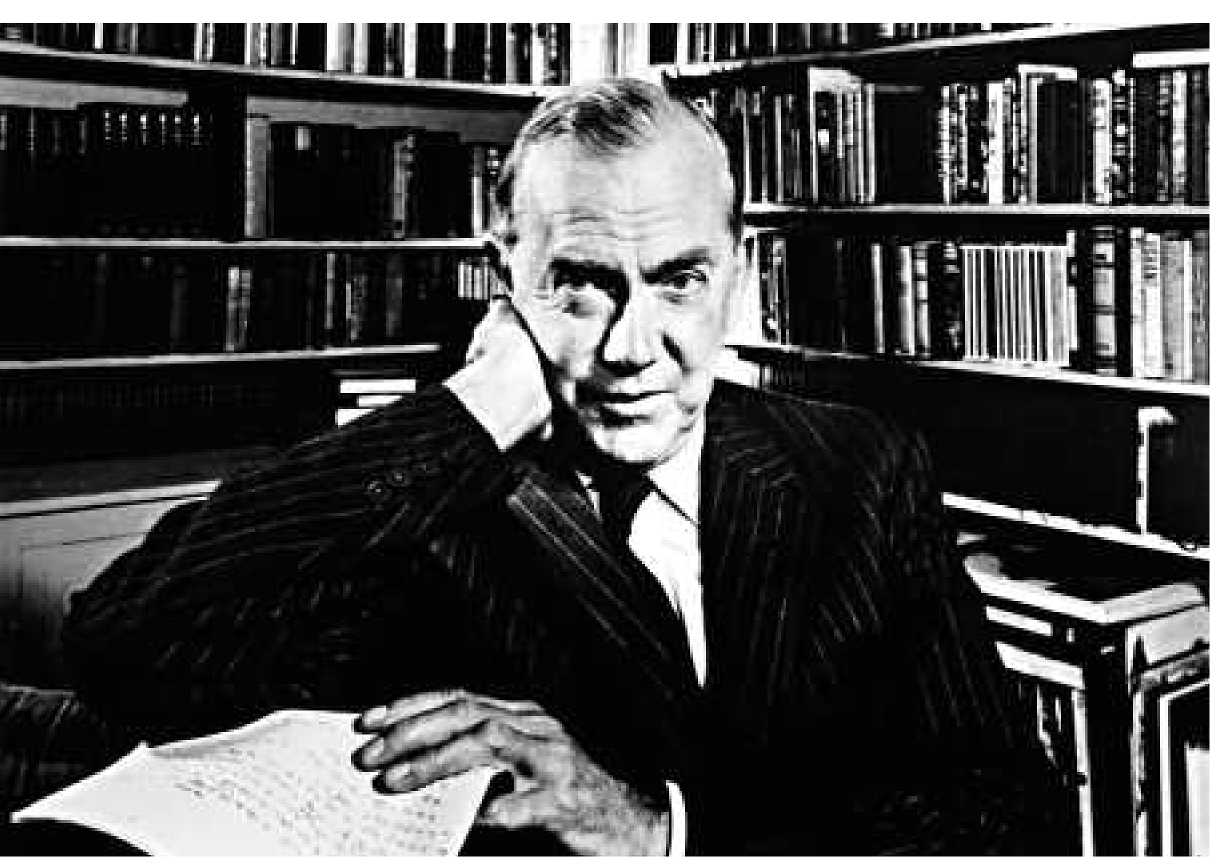
Mit Thrillern wie „Der Orientexpress“ oder dem mit Orson Welles verfilmten Roman „Der dritte Mann“ avancierte Greene zu einem der erfolgreichsten Schriftsteller seiner Zeit. Seine Romane spielen am Abgrund des Lebens.

Für Graham Greene selbst übte „der gefährliche Rand der Dinge“ eine große Anziehungskraft aus. Obwohl über ihn mehrere Biografien erschienen sind und obwohl der Brite selbst zwei Autobiografien verfasst und sich zahlreichen Interviews gestellt hat, bleibt doch manches in seinem Leben dunkel und mehrdeutig. Er liebte es nun einmal nicht, sich in die Karten schauen zu lassen.

Doch die labilen, ruhelosen, innerlich zerrissenen und von Schuld und Scheitern geprägten Protagonisten seiner Romane geben wohl ebenso viel von ihm selbst, dem Autor, preis, wie er andererseits in seinen Autobiografien zurückhält. Sie spiegeln seine eigenen Neurosen, seine eigenen Zwiespälte nur zu deutlich wider. Diese mögen bereits in seiner traumatischen Kindheit angelegt worden sein. Über seine Mutter, eine kühle, auf Distanz bedachte Frau, meinte Greene später: „Ich hatte sie gern, obwohl mir zur gleichen Zeit bewusst war, dass es mir nichts ausmachen würde, sie monatelang nicht zu sehen. Sie ihrerseits dürfte das gleiche Gefühl gehabt haben.“

Und dann war er auch noch Sohn eines Schulrektors, der es sich zu einer Lebensaufgabe gemacht zu haben schien, die Schuljungen durch ein ausgeklügeltes Kontroll- und Überwachungssystem vor vermeintlichen sittlichen Schäden zu bewahren. Die vorgegebene Konstellation barg naturgemäß ein schier unlösbares Konfliktpotenzial in sich: hier der fordernde Vater, da die Mitschüler, die den Rektor verachteten. Gefühle der Spaltung und wechselhaften Loyalitätszwänge sollten fortan wie eine Konstante Greenes Leben wie auch sein gesamtes dichterisches Werk durchziehen.

Seine Werke beschreiben aber nicht nur eine Welt, in der der Einzelne in Entfremdung zu sich selbst und seinen Mitmenschen lebt, sondern auch in Entfremdung zu Gott. Damit baute Greene neben der Mischung aus Verrat und Verbrechen, Erotik und Unmoral noch eine zusätzliche Komponente ein, nämlich die Dimension des Glaubens und Göttlichen. Am deutlichsten wird das in den Romanen „Das Herz aller Dinge“ sowie in „Die Kraft und die Herrlichkeit“.



Dichter und Geheimdienstdenker: Graham Greene Bild: action press

Greene selbst war 1926 vor seiner Heirat mit der jungen Lyrikerin Vivien Dayrell-Browning, einer überzeugten Katholiken, zur Katholischen Kirche übergetreten. Es ist durchaus möglich, dass er zu der Zeit tatsächlich mit seinem bisherigen atheistischen Wirklichkeitsverständnis gebrochen hatte. Er verfasste sogar fromme Essays und wurde als „katholischer“ Dichter von Papst Paul VI. empfangen. Dennoch zeigte es sich im Verlauf seines Lebens nur zu sehr, dass ihn existenziell der christliche Glaube nie wirklich erfasst hatte und er in Halbherzigkeiten stecken blieb.

Schon früh und dann zeitlebens hatte er sich einem ausschweifenden, exzessiven Lebensstil hingegeben. Das betraf nicht nur seinen Alkohol- und Tablettenkonsum. So hinderte ihn auch seine Ehe nicht daran, Beziehungen zu Geliebten zu haben und mit vielen Prostituierten zu verkehren. Es war bei ihm wie ein Zwang.

Greene war sich im Übrigen bewusst gewesen, dass sein Lebensstil mit seinem Glauben nicht übereinstimmte. So verneinte er einmal die ihm in einem Interview gestellte Frage, ob er zur Kommunion gehe, mit der freimütigen Begründung: „Ich habe gegen Vorschriften verstoßen; gegen Regeln, die ich respektiere … Würde ich zur Kommunion gehen, müsste ich beichten und Besserung geloben. Ich ziehe es vor, mich selbst zu exkommunizieren.“

Man hat bei Greene den Eindruck, dass er von einer ruhelosen Angst getrieben war, er könnte etwas im Leben verpassen. Und dass er alles, was das Leben an Abwechslung (und Ablenkung) zu bieten hat, meinte unbedingt mitnehmen, mitmachen zu müssen, um sein seltsames Grundgefühl der „Langeweile“ – durch depressive Schübe zeitweise noch verstärkt – zu überspielen, zu verdrängen.

Auch seine rastlosen Reisen rund um den Globus – zum Teil mit einem Reportage-Auftrag für eine Zeitschrift verbunden – stellten für Greene eine Möglichkeit dar, um sich selbst zu entfliehen. Mit Vorliebe reiste er in die Länder, die von Revolutionswirren und anderen Krisen erschüttert waren. Dabei lernte er Politgrößen wie Fidel Castro, Salvador Allende, Ernesto Cardenal und José Ortega persönlich kennen und kritisierte die wirtschaftliche und machtpolitische Einflussnahme der USA auf die lateinamerikanischen Länder. Zugleich inspirierten ihn diese Reisen zu meisterhaften Spionagethrillern wie „Der stille Amerikaner“ und „Unser Mann in Havanna“, die beide auch verfilmt wurden.

Es ist durchaus möglich, dass nicht wenige seiner vielen Reisen in die Krisengebiete der Welt vom britischen Geheimdienst SIS finanziert worden sind. Greene war stets bemüht gewesen, die Bedeutung seiner Spionageaktivitäten herunterzuspielen. Er sprach nur davon, dass er im Zweiten Weltkrieg für den SIS tätig gewesen sei, und zwar zunächst in Liberia und Sierra Leone und dann von seinem Heimatland aus. Heute weiß man, dass Greene auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch lange Zeit für den Secret Intelligence Service als eine Art informeller Mitarbeiter gearbeitet hat.

Greene starb am 3. April 1991 86-jährig in Vevey in der Schweiz. Hinter ihm lag ein aufregendes, aber auch ein aufreibendes Leben. Ein glückliches, erfülltes Leben war es wohl nicht. Ulrich Greiwe resümiert in seiner 2004 erschienenen Greene-Biografie: „Greene war katholisch und unmoralisch, er war Sünde und Beichte, er war als Dichter Himmel und Hölle in einem … Er war ein bescheidener Geheimdienstmann und ein seltsamer Gläubiger, aber er war vor allem ein geheimnisvoll ergreifender Erzähler.“ *Matthias Hilbert*

Kinotipp

Aus Skandinavien erreichen uns regelmäßig kleine cineastische Perlen. Gerne erinnern wir uns an den norwegischen Film „Elling“ über ein schrulliges, aber sympathisches Muttersöhnchen, oder an die schwedische Komödie „Kops“ über den gelegentlich doch recht aufregenden Alltag von ein paar Dorfpolizisten.

In eine ähnliche komödiantische Richtung zielt auch der am 7. April in unseren Kinos startende Film **„Ein Mann namens Ove“**. Die schwedische Literaturverfilmung erzählt von einem Einzelgänger, dessen eintöniges Leben durcheinandergewirbelt wird. Es geht um einen Eisenbahningenieur, der kurz vor dem Ruhestand arbeitslos wird und der mit seinem pedantischen Ordnungssinn ein Wohnghetto tyrannisiert. Der böse Ausdruck „Blockwart“ ist in seinem Fall nicht ganz unpassend, gibt er sich doch alle Mühe, die Hassfigur der Nachbarn zu sein, wenn er in der Siedlung Eingänge kontrolliert und Falschparker notiert.

Aber es sind Kinder, die den nach dem Tod seiner Frau verbitterten Alten langsam erweichen lassen. Die in Rückblenden geschilderte Tragik seines Lebens kontrastiert dabei wirkungsvoll mit der Alltagskomik, die sich zwischen ihm und den zum Teil migrantischen Nachbarn entwickelt. Auch wenn letzteres dem Zeitgeist geschuldet ist, so ist daraus ein charmanter filmischer Leckerbissen entstanden, bei dem man zwischen Lachen und Weinen hin- und hergerissen ist. *H. Tews*

Ein »D« für die Liebe

Mit seinen D-Paintings manifestierte Max Ernst sein Eheglück

Künstlerehen gelten oft als exzentrisch. Dass sie auch Bestand haben können, dafür lieferten Dorothea Tanning und Max Ernst den Beweis. Der vor 125 Jahren, am 2. April 1891, in Brühl im Rheinland geborene und vor 40 Jahren einen Tag vor seinem 85. Geburtstag in Paris gestorbene Dadaist und Surrealist konnte sein dauerhaftes Glück allerdings erst im vierten Anlauf schmieden.

Gerade mit der New Yorker Kunstsammlerin Peggy Guggenheim in dritter Ehe verheiratet, ließ diese Max Ernst 1942 für eine Ausstellung nach Bildern junger begabter Malerinnen suchen. Eine folgenreiche Entscheidung. Mit der „Exhibition by 31 Women“ präsentierte Peggy Guggenheim in der Folge in ihrer Galerie „Art of this Century“ 1943 zwar eine großartige Bilderschau, musste dafür aber ihren Ehemann hergeben.

Die Suche hatte Ernst ins Atelier der 19 Jahre jüngeren Malerin Dorothea Tanning geführt. Kaum angekommen, hatte er ein Schachbrett entdeckt, auf dem sie bald wie besessen spielten. Eine Woche später kam er wieder, um für immer zu bleiben. 34 Jahre sollten die beiden von da an miteinander verbringen. 1946 feierten sie in Beverly Hills zusammen mit Man Ray und Juliet Browner Doppelhochzeit.

Zuerst lebte und arbeitete das Paar fast zehn Jahre in einem selbsterbauten Haus in Sedona/Arizona, danach ab 1954 in der französischen Touraine in Huismes und später im südfranzösischen Seillans. Dort entstand nach den Plänen Tannings ein Wohnhaus mit zwei Ateliers.

Max Ernst im Jahr 1947 Bild: Max-Ernst-Museum Brühl

Neben der gemeinsamen Pariser Wohnung in der Rue de Lille wurde Seillans damit zum Arbeitsplatz von Ernsts letzten Lebensjahren.

Wie ihr Ehemann war die am 25. August 1910 in Galesburg, Illinois, geborene Tanning nicht nur Malerin, sondern auch Bildhauerin und Schriftstellerin. Daneben entwarf sie Bühnenausstattungen und Kostüme für Ballett und Theater. Nach dem Tod ihres Mannes kehrte sie in die USA zurück und lebte in New York City, wo sie im hohen Alter von 101 Jahren am 31. Januar 2012 starb.

Künstlerischer Beweis ihrer Liebe sind die D-Paintings: 36 zumeist kleinformatige Bilder, die Ernst zu jedem Geburtstag seiner Frau am 25. August, zur Hochzeit und Silberhochzeit als Liebeserklärung schuf. Bis zu ihrem 90. Geburtstag hatte sich Tannings nie von diesen Geschenken getrennt. So war es eine Sensation, als die D-Paintings im März 2000 erstmals komplett in Brühl gezeigt werden konnten. Heute bilden die Bilder das Herzstück des dort 2005 eröffneten Max-Ernst-Museums.

In jedem Werk, ob Öl auf Leinwand und Holz, Assemblage oder Collagen, ist der Buchstabe „D“ enthalten. Das Ensemble spiegelt facettenreich sowohl Ernsts Werk wider als auch die Beziehung des Künstlerpaares zueinander. Häufiges Thema ist die illuminierte Nacht, die Zeit der Träume. Oder auch die Nacht der Liebe, die Nacht der Erkenntnis, der magische Zauber der Liebe. *Helga Schnehagen*

MELDUNGEN

Meisterradierer aus Holland

Bremen – Erstmals präsentiert die Kunsthalle Bremen in Deutschland vom 6. April bis 3. Juli das vollständige druckgrafische Werk Adriaen van Ostades (1610–1685). Er war neben Rembrandt ein herausragender Künstler des holländischen Goldenen Zeitalters und stellte in seinen Radierungen das einfache zeitgenössische Leben dar. Werke unter anderem von Rembrandt und van de Velde ergänzen die Ausstellung „Kinder, Kerle, Charaktere“. Internet: www.kunsthalle-bremen.de *tws*

Aufgetauchtes Wandgemälde

Köln – Im Jubiläumsjahr des vor 40 Jahren gegründeten Museums Ludwig ist vom 9. April bis 3. Juli „Fernand Léger. Malerei im Raum“ zu sehen. Es die erste Überblicksausstellung, die das Augenmerk auf Wandgemälde und Wandmalereien des französischen Künstlers (1881–1955) richtet. Ausgangspunkt der Präsentation ist das Wandgemälde „Les Plongeurs“ (Die Taucher, 1942), welches Léger für das Privathaus eines New Yorker Architekten realisierte und das sich seit 1986 im damals eröffneten Museumsneubau befindet. Internet: www.museum-ludwig.de *tws*

Die Täter nannten es »Aussiedlung«

Vor 70 Jahren wurden die Ungarndeutschen aus ihrer angestammten Heimat vertrieben

In der 1949 entstandenen Bundesrepublik wurden 225 000 Ungarndeutsche amtlich registriert. Die dafür verantwortliche Vertreibung der deutschen Volksgruppe aus Ungarn ist leider nicht einzigartig, der Umgang des heutigen Ungarn damit hingegen schon.

In dem von Polizei umstellten Budapester Vorort Wudersch (Budaörs) wurden die „Schwaben“ aus den Betten geholt. Nur das Allernötigste durften sie zusammenklauben, bevor sie zum Bahnhof getrieben wurden. In bereitstehenden Viehwaggons verließen 1058 Bewohner die Ortschaft; zehn Tage später kamen sie in Aalen an. Ein zweiter Transport mit 1054 Menschen erreichte Anfang Februar 1946 Göppingen. Binnen fünf Wochen sahen sich 6753 Wuderscher wie Vieh nach Württemberg und Baden verfrachtet. Das benachbarte Wudigess (Budakeszi) mussten 3800 „Schwaben“ im März 1946 in vier Transporten Richtung Süddeutschland verlassen.

Dorf für Dorf, Komitat (Bezirk) für Komitat, in denen die Schwaben (svábok), wie die Ungarndeutschen stets genannt wurden, seit Generationen lebten, leerte sich. In der Volkszählung vom 21. Dezember 1941 hatten 477 057 Personen „deutsch“ als ihre Volks- oder Sprachzugehörigkeit angegeben; 161 636 ungarische Staatsbürger deutscher Nationalität verließen bis Dezember 1946 das Land. Der US-amerikanische General Lucius D. Clay hielt 168 000 als Zahl der Ankömmlinge in seinem Besatzungsgebiet fest. Auf seine Anordnung hin endete am 1. Dezember 1946 die „Aussiedlung“ in den US-amerikanisch besetzten Teil Deutschlands. Aber zwischen Frühjahr 1947 und Sommer 1948 verbrachte man noch einmal gut 50 000 Deutsche aus Ungarn in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), von denen viele den Weg in die Westzonen wählten. In der 1949 entstandenen Bundesrepublik wurden 225 000 Ungarndeutsche amtlich registriert. Neben Vertriebenen gehörten dazu auch Heimkehrer aus der Sowjetunion. 64 000 „Schwaben“ waren dorthin zur Zwangsarbeit deportiert worden. 16 000 überlebten diese Deportation und Zwangsarbeit nicht.

Die „Aussiedlung“ (kitelepítés) – so der beschönigende amtliche Sprachgebrauch – war im Staatsanzeiger (Magyar Közlöny) Nr. 211 vom 29. Dezember 1945 veröffentlicht und über die Verordnung Nr. 12 330 bekanntgemacht worden. Sie berief sich auf die Legitimierung durch die Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945. Aus Sitzungsprotokollen der Alliierten geht indes hervor, dass die Vertreibung der Ungarndeutschen ursprünglich gar nicht vorgesehen war, sondern von der damaligen ungarischen Regierung beantragt und erst nach „Genehmigung“ – nicht „auf Weisung“, wie Zoltán Tildy, ein reformierter Pfarrer, Ministerpräsident bis 1946, danach bis 1948 Staatspräsident, in der von ihm unterzeichneten Verordnung behauptet hatte – durch die Alliierte Kommission ermöglicht worden war.

Es sind auch nicht die Kommunisten allein gewesen, welche die Ungarndeutschen kollektiv büßen ließen. Alle den „Schwaben“ geltende Maßnahmen – Entrechtung, Enteignung, Vertreibung, Umsiedlung Verbleibender innerhalb Ungarns – wurden zwischen 1945 und 1947 ergriffen, als in Budapest überwiegend ungarisch-nationale Parteien das Sagen hatten. Die Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte, die in der Wahl zur Nationalversammlung am 4. November 1945 57,03 Prozent der Stimmen erhalten hatte, bildete mit Sozialdemokraten (17,41 Prozent), Kommunisten (16,95 Prozent), Nationaler Bauernpartei (6,87 Prozent), Demokratischer Partei (1,62 Prozent) sowie den Radikalen (0,12 Prozent) eine (von der sowjetischen Besatzungsmacht angeordnete) Allparteienregierung, von deren 16 Ministern die Kommunisten vier stellten.

Den aus Moskau zurückgekehrten führenden ungarischen Kommunisten war der Gedanke kollektiver Bestrafung selbstredend nicht fremd. Enthalten war er im Konzept für eine radikale Bodenreform, das der nachmals berühmte Imre Nagy, seinerzeit Agrarreferent der „Moskowiter“, vor Bildung der provisorischen Regierung in Debrecen 1944 ausgearbeitet hatte. Es sah vor, „Vaterlandsverräter, Kriegsverbrecher, Mitglieder des deutschen Volksbunds und Personen, die in der Wehrmacht gedient haben, vollständig und entschädigungslos zu enteignen“. Andererseits propagierten nationalistische Kreise die „Kollektivbestrafung der Schwaben“. Besonders die Nationale Bauernpartei rührte die Trommel. Generalsekretär Imre Kovács wetterte am 7. April 1945: „Sie haben sich selber aus dem Körper der Nation herausgerissen und in allen ihren Taten bewiesen, dass sie mit Hitler-Deutschland fühlen. Nun sollen sie auch Deutschlands Schicksal tragen. Wir werden sie aussiedeln.“ Und das Parteiorgan der Kleinlandwirte „Kis Újság“ stimmte ein: Das „deutsche Gift“ müsse „ausgeleitet, das deutsche Geschwür aus dem nun heilenden Körper der Nation herausgeschnitten“ werden, hieß es in der Ausgabe vom 18. April 1945. Außenminister János Gyöngyösi überreichte schließlich am 26. Mai die formell an die Sowjetunion gerichtete Note: „Die ungarische Regierung ist zu dem Entschluss gelangt, dass es notwendig ist, jene Deutschen, die die Sache Ungarns verrieten und in den Dienst Hitlers traten, aus dem Lande zu entfernen, weil nur auf diese Weise sicherzustellen ist, dass der deutsche Geist und die deutsche Unterdrückung nicht mehr darin Herr werden.“ Sie ersuche „die Sowjetunion um ihr Einverständnis, die zu entfernenden Deutschen – 200 000 bis 250 000 an der Zahl – nach Deutschland auszusiedeln.“

Seit zehn Jahren erinnert in Wudersch die Landesgedenkstätte zur Vertreibung der Ungarndeutschen an das Verbrechen



Auf dem Alten Friedhof der ungarndeutschen Gemeinde zu Wudersch: Ungarns Landesgedenkstätte zur Vertreibung der Ungarndeutschen

Bild: Stadt Budaörs

Was während der kommunistischen Ära ein Tabu war, dafür hat sich das erste frei gewählte ungarische Parlament 1990 in aller Form entschuldigt. Und das ungarische Verfassungsgericht annullierte alle Bestimmungen, auf denen die Vertreibung fußte. Andernorts steht derlei aus, ja trotz EU-Mitgliedschaft sind in Tschechien sowie in der Slowakei die Beneš-Dekrete, in Slowenien die Avnoj-Bestimmungen nach wie vor Bestandteile der geltenden Rechtsordnungen. Seit 1993 ist in Ungarn ein Minderheitengesetz in Kraft. Alle Minoritäten, so auch die deutsche, verfügen seit 1995 über Selbstverwaltungsorgane. Laut der Volkszählung von 2011 bekennen sich knapp 186 000 Personen zur deutschen Nationalität, was 1,9 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. 92 000 geben Deutsch als ihre Muttersprache an.

Am 18. Juni 2006 wurde die Landesgedenkstätte zur Vertreibung der Ungarndeutschen auf dem Alten Friedhof zu Wudersch eingeweiht. Dort legte Viktor Orbán, der weithin im Westen verhasste ungarische Ministerpräsident, aus Anlass des von seiner Regierung vor zwei Jahren eingeführten Gedenktags für die vertriebenen Deutschen, den es in keinem anderen ehemaligen Vertreiberstaat gibt, auch dieses Jahr einen Kranz nieder.

Mit den Worten „Im Namen der ungarischen Regierung wünsche ich unseren in Ungarn lebenden deutschen Mitbürgern, dass sie das Andenken ihrer Ahnen bewahren und ihre Kinder als in der deutschen Kultur aufgewachsene gute Ungarn erziehen sollen. Ehrfurcht den Opfern. Gebührende Erinnerung an die Leidenden. Ein Verneigen vor der Erinnerung an die Unschuldigen. Anerkennung und Ruhm jenen, die den in Not geratenen Ungarndeutschen geholfen hatten. Alles Gute unseren mit uns zusammenlebenden deutschen Mitbürgern“, schloss er seine Ansprache – dort, wo 70 Jahre zuvor alles begonnen hatte.

Reynke de Vos

Wie Sachsen zu den Wettinern kam

Die Verschiebung eines Namens von Heinrich dem Löwen zu Friedrich dem Streitbaren

Den Sachsen scheint traditionell eine Kultur des Widerstandes eigen zu sein. Im 8. Jahrhundert leisteten sie unter ihrem Herzog Widukind in den sogenannten Sachsenkriegen Karls des Großen Widerstand gegen den Frankenkönig. Im 12. Jahrhundert versagte der sächsische Herzog Heinrich der Löwe Kaiser Barbarossa letztlich die Gefolgschaft. Im 20. Jahrhundert ging von Sachsen die friedliche Revolution in der DDR aus. Und im 21. Jahrhundert artikuliert sich in Sachsen der Protest gegen die Zuwanderungspolitik der sogenannten Volksparteien so deutlich wie in wohl keinem anderen Bundesland.

Während die Sachsen des 20. und 21. Jahrhunderts jedoch im Süden Mitteldeutschlands siedeln, haben wir jene des 8. und 12. Jahrhunderts im Norden zu verorten, ihre Nachfahren sind vor allem die Niedersachsen. Doch wie kam Sachsen aus der heutigen Altbundesrepublik in die heutigen Neuen Länder? Angesichts der Kontinuität der Aufmüpfigkeit scheint eine Völkerbeziehungsweise Volkswanderung nahezuliegen, doch die Erklärung ist eine andere.

Entsprechend einer Vereinbarung auf einem Hoftag in Frankfurt am Main im Jahre 1142 wurde dem Welfen Heinrich dem Löwen in jenem Jahr das Herzogtum Sachsen übertragen. Nachdem Heinrich seinem Kaiser Barbarossa 1176 die Heeresfolge verweigert und das kaiserliche Heer anschließend die Schlacht von Legnano verloren hatte, wurde auf einem Hoftag in Gelnhausen 1180 über Heinrich zu Gericht gesessen. Er selber wurde als Majestätsverbrecher verurteilt und seine Reichslehen wurden eingezogen. Das Reichslehen Sachsen wurde geteilt. Den westlichen Teil erhielt als neu geschaffenes Herzogtum Westfalen-Engern Erzbischof Philipp von Köln, den östlichen der Graf von Askanien und Ballenstedt sowie Herr zu Bernburg, Bernhard III., unter der alten Bezeichnung Herzogtum Sachsen. Dem neuen Herzog von Sachsen gelang es jedoch nicht, eine weiträumige Territorialherrschaft über sein Herzogtum Sachsen aufzubauen. So kam es zu einer Trennung zwischen Titel und Herrschaftsgebiet. Der Herzog von Sachsen residierte in Wittenberg.

Trennung von Titel und Territorium unter Bernhard III.

Nach dem Tode Bernhards 1212 übernahm dessen Sohn Albrecht I. das Herzogtum. Nach dessen Tod knapp vier Jahrzehnte später regierten seine beiden Söhne Johann I. und Albrecht II. das Herzogtum zunächst gemeinsam, bis sie es schließlich teilten. Johann wurde Herzog von Sachsen-Lauenburg, Albrecht Herzog von Sachsen-Wittenberg. 1298 starb Albrecht und sein Sohn Rudolf I. wurde sein Nachfolger. In Rudolfs Regierungszeit fiel die Goldene Bulle. Rudolf hatte das Seine dazu beigetragen, dass Karl IV. Kaiser hatte werden können, und nun machte dieser den Herzog von Sachsen-Wittenberg zum Erzmarschall und dessen Herzogtum zum Kurfürstentum. Noch im selben Jahr, in dem er Kurfürst wurde, starb Rudolf.

Ihm folgten sein Sohn Rudolf II., dessen Halbbruder Wenzel I., dessen Sohn Rudolf III. und schließlich dessen Bruder Albrecht III. Letzterer starb 1422 ohne legitimen Erben und das Lehen fiel wieder an den Kaiser, der es nun neu vergeben konnte. Als Dank dafür, wie Friedrich IV., der Streitbare, Markgraf von Meißen und Landgraf von Thüringen, ihn im Kampf gegen die Hussiten unterstützt hatte, belehnte Kaiser Sigismund 1423 den Wettiner mit dem Herzogtum Sachsen und der dazugehörigen Kurwürde. Damit war der sächsische Herzogstitel in den Besitz eines Landesherren gelangt, dessen territorialer Besitz schwerpunktmäßig im heutigen Sachsen lag.

Nun setzte etwas ein, was wir auch aus der preußischen Geschichte kennen. Nachdem der preußische Königstitel die höchste Würde der Hohenzollern geworden war, wurde ihr Territorium zu Preußen. Analog wurde, nachdem der sächsische Herzogstitel zur höchsten Würde der Wettiner geworden war, ihr Besitz zu Sachsen. In den Generationen nach Friedrich dem Streitbaren erreichte der Besitz der Wettiner an etwa den Stand, den wir heute als Sachsen kennen.

Manuel Ruoff



Mit seiner Ehefrau: Friedrich der Streitbare

Bild: Archiv

»Es war mehr, als das Herz fassen konnte«

Die Schneekoppe war über zwei Jahrhunderte lang Preußens höchster Berg – Königin Luise besuchte ihn mit ihrem Ehemann

Die Schneekoppe im Riesengebirge ist mit ihren 1603 Metern über dem Meeresspiegel nicht nur der höchste Berg der Sudeten, der Mitteleuropäischen Mittelgebirgsschwelle und der Tschechischen Republik, sondern war auch seit der Erwerbung Schlesiens durch Friedrich den Großen der höchste Berg Preußens.

Im Ersten Schlesischen Krieg eroberte Friedrich der Große sowohl Ober- als auch Niederschlesien. Hierdurch kam Preußen 1742 in den Besitz des Nordteils des Riesengebirges, während der Süden beim Habsburgerreich verblieb. Dabei verlief die Grenze entlang des Hauptkamms der Bergkette, der in der Schneekoppe gipfelt, die nun zur höchsten Erhebung Preußens avancierte.

Die fast schon alpin anmutende Spitze, deren synonyme Bezeichnung „Schniekuppe“, „Riesenkoppe“ oder einfach nur „Koppe“ lautete, zog die Menschen bereits sehr zeitig in ihren Bann. So stieg 1456 ein venezianischer Kaufmann auf das Massiv hinauf, um Edelsteine zu suchen – ungeachtet aller schauerlichen Geschichten vom hier umgehenden Berggeist Rübezahl. Den Spuren des Italieners folgte später unter anderem der Oberlandeshauptmann von Schlesien, Graf Christoph Leopold von Schaffgotsch. Selbiger ließ sich 1697 in einer Sänfte nach oben bugsieren, begleitet von rund 100 Mann Gefolge sowie seinem Hofprediger Eustachius Kahl. Dieser zelebrierte dann eine Messe in der auf dem Gipfel der Schneekoppe gelegenen St. Laurentiuskapelle, die zwischen 1668 und 1681 auf Initiative des Grafen errichtet worden war und seither den Mönchen der Hirschberger Zisterzienser-Propstei Warmbrunn als Gebetsstätte an Kirmes- und Ablasstagen diente.

Nach der Säkularisierung der schlesischen Klöster im Jahre 1810 wurde das schlichte Gotteshauses zunächst von Randalierern entweiht und schließlich 1824 durch Carl Siebenhaar in eine „Restauration“ mit Übernachtungsmöglichkeit für Wanderer umgewandelt. Von denen kamen mittlerweile jedes Jahr mehr, was nicht zuletzt daran lag, dass der Berg inzwischen einige höchst prominente Besucher gehabt hatte, darunter Johann Wolfgang von Goethe, den sechsten US-Präsidenten, John Quincy Adams, sowie schließlich Preußens König Friedrich Wilhelm III.

Der Monarch bestieg die Schneekoppe im August 1800 während eines Erholungsaufenthaltes im Schloss Erdmannsdorf in Begleitung seiner damals 24-jährigen Ehefrau Luise von Mekklenburg-Strelitz, des Herzogs von Leuchtenberg, einer russischen Großfürstin sowie Vertretern des Grafengeschlechts derer von Schaffgotsch. Zeitgenössischen Berichten zufolge ritt Friedrich Wilhelm III. den größten Teil des Weges, während seine Gattin im Tragesessel auf die rund zwölf Hektar große Gipfelfläche gelangte. Dort wartete trotz des wenig einladenden Wetters eine riesige Menschenmenge, um dem Paar zu huldigen. Während dieser Zeremonie spielten unter anderem uniformierte schlesische Bergleute auf und es erklang ein dreimaliges „Vivat“, dem sich drei Kanonenschüsse Salut anschlossen. Später schrieb die Königin über ihre Gefühle während des Aufenthalts am höchsten Punkt Preußens: „Es war zuviel auf Einmal; mehr als das Herz fassen konnte ... Dieser Augenblick ist einer der seligsten meines Lebens, es war mir, als wäre ich, erhoben über die Erde, Gott näher.“

»Dieser Augenblick ist einer der seligsten meines Lebens, es war mir, als wäre ich, erhoben über die Erde, Gott näher«


Die Schneekoppe: Darstellung von Carl Theodor Mattis (1789–1881) aus dem Jahre 1815 Bild: Archiv

Aufgrund des wachsenden touristischen Zustroms platzte die Hütte auf der Schneekoppe bald aus allen Nähten. Deswegen musste 1850 eine neue, größere Herberge gebaut werden. Deren Betreiber war Friedrich Sommer. Der Koppenwirt hatte in der Folgezeit einiges an Fehlschlägen zu verkraften. So fiel seine Baude 1857 Brandstiftern zum Opfer und 1862 zerstörte ein Blitz das Gebäude abermals. Der daraufhin notwendig gewordene dritte Neubau wechselte 1875 in die Hände der Familie Pohl, die das Haus kontinuierlich erweiterte. So fanden die Übernachtungsgäste zur Jahrhundertwende bereits um die 300 Betten vor. Letztere waren stets enorm nachgefragt – nicht zuletzt vonseiten der 11000 Mitglieder des Riesengebirgsvereins.

Weil die Schneekoppe derart stark frequentiert wurde, eröffnete die Deutsche Reichspost am 22. Mai 1872 eine Poststelle auf dem Gipfel. Von hier aus gingen vor allem speziell abgestempelte Ansichtskarten in alle Welt, so allein zwischen dem 9. und 16. August 1900 sagenhafte 10228 Stück. Deren Transport ins Tal besorgte tagtäglich ein spezieller „Koppenbriefträger“ des Postamts von Krummhübel.

Nach längeren Verhandlungen mit Emil Pohl entstand 1880 die erste – noch relativ einfach ausgestattete – Wetterstation auf dem „Dach Preußens“, die dann im Juli 1900 durch eine wesentlich größere Wetterwarte ersetzt wurde – seinerzeit übrigens die höchstgelegene nördlich der Donau. Beim Bau des turmartigen Gebäudes, das 45000 Mark kostete und bis zu seinem Abriss im Jahre 1967 die Silhouette des Berggipfels entscheidend mitprägte, kamen zumeist Träger zum Einsatz, welche die benötigten Balken und Ziegel auf ihrem Rücken hinauf schleppten.

Dass sich die Meteorologen für die Verhältnisse auf der Schneekoppe interessierten, lag nicht zuletzt an den extremen klimatischen Bedingungen dort oben, 400 Meter über der Baumgrenze. So beträgt das Jahresmittel der Temperatur lediglich 0,2 bis 0,4 Grad. Dazu ist der Gipfel an 200 Tagen in Wolken gehüllt. Und Stürme mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 200 Stundenkilometern kommen ebenfalls vor. Noch gefährlicher sind freilich die häufigen Lawinenabgänge, die in den letzten 300 Jahren 67 Tote gefordert haben. Das erste namentlich bekannte Opfer der Schneekoppe war dabei ein gewisser Vaclav Renner, welcher bereits 1798 verunglückte. Ihm folgte 1828 der Warschauer Student Jozef Odrowaz-Pieniazek, an den noch heute eine Gedenktafel an der 1850 wiederhergestellten Laurentius-Kapelle erinnert.

Seinen letzten Tribut an Menschenleben zur Zeit der Zugehörigkeit zu Preußen forderte der Riesengebirgsgipfel während der Belagerung von Breslau durch die Rote Armee. Am 23. Februar 1945 geriet eine Ju 52 des 7. Transportgeschwaders der deutschen Luftwaffe unter dem Kommando von Oberfeldwebel Emil Hannemann mit vier Besatzungsmitgliedern und 24 Verwundeten an Bord auf dem Flug nach Dresden in schweres Schneetreiben und prallte dann gegen 4 Uhr morgens frontal gegen den Berg. Hierdurch kamen 23 Soldaten ums Leben.

Wolfgang Kaufmann

Wer sind die legitimen Erben Alexanders des Großen?

Streit zwischen der Republik Mazedonien und der Republik Griechenland um die Nachfolge der antiken Mazedonier

Griechenland belässt trotz Millionenhilfen von der EU die gestrandeten Asylbewerber unter menschenunwürdigen Verhältnissen direkt an der mazedonischen Grenze, um Druckpotenzial gegen seinen ungeliebten Nachbarn Mazedonien aufzubauen. Hintergrund ist ein Namensstreit mit Geschichte.

Vieles, was an der griechisch-mazedonischen Grenze infolge der Schließung der Balkanroute passiert, erscheint auf den ersten Blick rätselhaft. Griechenland, an jahrelanges Durchwinken von Immigrantenmassen gewohnt, ist auf einmal erstaunt, dass das Nachbarland Mazedonien, das gar nicht zur Europäischen Union gehört, seine Grenzen schützt und keine Unberechtigten mehr durchlässt. Es hat den Anschein, als ob Athen die Menschen an der Grenze als Druckmittel gegenüber dem Nachbarland und der gesamten EU einsetzt. Der Asylkonflikt hat alte Wunden zwischen den beiden Ländern wieder geöffnet.

Griechenland, bereits seit 1981 EU-Mitglied, hatte seit dem Zerfall Jugoslawiens 1991 gegen den Staatsnamen der neuen Republik Mazedonien protestiert, weil sich angeblich aus diesem Namen Gebietsansprüche auf die nordgriechische Region Mazedonien mit der zentralen Stadt Thessaloniki ableiten ließen. Athen erreichte, dass bei den internationalen Institutionen Mazedonien immer noch „Former Yugoslav Republic of Makedonia“ (FYROM, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) heißt. Die slawischen Bewohner Mazedoniens seien gar nicht mit den antiken Mazedoniern unter Alexander dem Großen verwandt, in dessen Tradition sich Mazedonien sieht, behauptet Griechenland. Mazedonische Politiker bestreiten allerdings Gebietsansprüche gegenüber dem Nachbarn, missverständliche Passagen der Verfassung wurden Anfang der 1990er Jahre geändert. Sie beharren jedoch auf einer mazedonischen Identität auch griechischer Gebiete, so waren beuispielsweise die Brüder Kyrill und Method aus Thessaloniki, die im 9. Jahrhundert das erste slawische Alphabet schufen, die Bibel ins Kirchenslawische übersetzten und damit die Grundlage der heutigen Orthodoxie schufen, slawische Mazedonier und keine Griechen.


Bild: action press Bild: Archiv
Beide beanspruchen Alexander den Großen für sich: Statue in Thessaloniki und in Skopje (v.l.)

Als der Balkan sich im 19. Jahrhundert gegen die türkische Fremdherrschaft erhob, versagte der Berliner Kongress von 1878 den Mazedoniern einen eigenen Staat. Erst 1913, im zweiten Balkankrieg, wurden die Türken aus Mazedonien vertrieben, aber die bereits vorher unabhängigen Nachbarstaaten Griechenland, Bulgarien und Serbien teilten das mazedonische Gebiet untereinander auf. Als 1991 der jugoslawische Kunststaat auseinanderfiel und auch die Mazedonier ihre Unabhängigkeit proklamierten, stieß der neue Staat vor allem in Griechenland auf Ablehnung, Athen fürchtet Ansprüche auf seinen Teil Mazedonien, selten auch „Griechisches Makedonien“ oder „Ägäis-Makedonien“ genannt. Dort im Norden Griechenlands lebten bis zur Teilung 1913 etwa gleichviel Griechen, Mazedonier und Türken. Nach dem Lausanner Vertrag von 1923 wurden die Türken ausgesiedelt, an ihre Stelle kamen vertriebene Pontusgriechen aus Kleinasien, und die Mazedonier wurden einer massiven Graezisierung ausgesetzt, die alle Bereiche des öffentlichen Lebens betraf und bis heute fortdauert.

Griechenland spricht heute von nur noch 12000 Mazedoniern, die in Griechenland leben, Mazedonien dagegen noch von 250000. Die Republik Mazedonien ist das beliebteste Feindbild Griechenlands geworden.

1994 verhängte Griechenland ein Handelsembargo gegen Mazedonien. 2008 versuchte Griechenland, die Aufnahme Mazedoniens in die Nato unter Hinweis auf die ungeklärte Namensfrage zu verhindern. Der Namensstreit ist auch einer der Gründe dafür, dass Mazedonien in den letzten Jahren nicht recht vorangekommen ist in seinem Bestreben, Mitglied der EU zu werden. Geht es nach Athen, wird es ein Land namens Mazedonien in der EU niemals geben. Der Stillstand in den EU-Beitrittsverhandlungen führte auch zu Unruhe innerhalb Mazedoniens, wo die albanische Minderheit, die ein Drittel der Bevölkerung ausmacht, sich durch den Namensstreit um ihre Chance auf einen schnellen EU-Beitritt gebracht sieht. Sollte das Kosovo oder gar Albanien vor Mazedonien der EU beitreten, würde das zu einer weiteren Zerreißprobe in Mazedonien führen.

Bodo Bost

Nur Flüchtlinge?

Zu: „Nazi-Keule“ ist abgeprallt (Nr. 11)

Die Sprecherin für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehemalige BdV-Präsidentin, Erika Steinbach, vertritt Menschenrechte, Rechte auf Heimat und Leben. Und sie bemüht sich auch, hinter die Kulissen zu schauen. So muss es ihr sicher schwerfallen, die Menschen, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur geflüchtet sind, sondern auch aus ihrer Heimat vertrieben wurden und unsagbares Leid in Form von massenhaften Vergewaltigungen hinnehmen mussten oder schlichtweg ermordet wurden, mit all den Menschen zu vergleichen, die heute als „Flüchtlinge“ auftreten.

Gewiss, auch Frau Steinbach erkennt, dass Menschen aus Kriegsgebieten, die ähnlich denen der Nachkriegszeit in Deutschland um ihr Leben zu fürchten hatten, ein Recht auf Leben und Schutz haben. Doch sie unterscheidet zwischen den damals geflüchteten und denen, die heute in unser Land kommen. Selbst wenn man unberücksichtigt lässt, dass in den Jahren ab 1945 Menschen der selben Nationalität, Kultur und Religion in das Restgebiet Deutschlands kamen, so ist doch ein Unterschied festzustellen, dass die Menschen, die jetzt zu uns strömen, nicht nur auf diesen drei Gebieten anders sind, es handelt sich zum Großteil nicht einmal um Flüchtlinge im eigentlichen Sinn, es sei denn sie werden als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet. Dann aber passen sie nicht unter den Begriff, der auf Grausamkeit beruht, sie wollen schlichtweg ein besseres Leben. Dies ist auch zu verstehen, doch nur dann, wenn diese Menschen nicht unter dem Deckmantel „Flüchtling“ illegal einreisen und Forderungen stellen.

Wir sind überzeugt, dass Steinbach eine Angst auszusprechen wagt, die sich jüngst bei der Drei-Länder-Wahl gezeigt hat. Anstatt sie auszugrenzen, sollte man ihre Befürchtungen ernst nehmen, denn sie spricht das aus, was bei einem nicht geringen, aber schweigenden Teil der Bevölkerung gedacht wird. Beginnen wir doch, auch auf die schweigende Gruppe unserer Mitmenschen zu hören, die ansonsten versucht wird, sich bei anstehenden Wahlen in extremen Richtungen zu artikulieren.

Edmund Ferner und Gerhard Hahl, Burg auf Fehmarn

All die anderen Nationalitäten machen keinen »Dschihad«

Zu: Belgien – der „gescheiterte Staat“ (Nr. 12)

Seit den Anschlägen im November 2015 in Paris mit 130 Toten und über 350 teils schwer verletzten wird Europa von einer beispiellosen Terrorserie heimgesucht. Nun schlagen die Terroristen in Brüssel abermals zu und wieder gibt es viele Tote und Schwerverletzte.

Dabei nutzen die Terroristen Kriegswaffen und gehen in kleinen Terrorkommandos auf Zivilisten los. Mit dieser Taktik bringen die Terroristen die urbane Kriegsführung in europäische Großstädte. Ihr Ziel, möglichst viele unschuldige Zivilisten zu töten sowie Angst und Chaos zu stiften, geht mit dieser Taktik auf. Und anscheinend schrecken sie selbst nicht davor zurück, Kernkraftwerke anzugreifen.

In den Medien wird fleißig mit irgendwelchen Terrorexperten diskutiert, wie man diese perfide Situation in den Griff bekommt. Die Vorschläge der Terrorexperten sind immer die gleichen. Mal spricht man von „Erweiterten Befugnisse der Polizeibehörden sowie der Nachrichtendienste“, mal vom Einsatz der Bundeswehr im Innern, der Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung, der Abschaffung des Bargeldes oder der Ausrüstung der Polizei mit Kriegswaffen.

Diese Vorschläge werden zum Nachteil der friedlich zusammenlebenden Europäern gemacht, um dem Terror zu bekämpfen. Ganz zu schweigen von dem so hoch gelobtem Flüchtlingsdeal mit der Türkei, zur Sicherung der EU-Außengrenze. Die EU ist nicht einmal in der Lage, ihre eigenen Grenzen zu sichern, und laut dem Chef des Bundesamtes für Migration weiß unsere Bundesregierung nicht einmal, wer sich von wo wo aufhält.

Mit diesen Mitteln wird der Kampf gegen den Terror ein „Griff ins Klo“, und da bringen auch die tollen Vorschläge der Terrorexperten wenig. Vielmehr sollte man mit radikaleren Mitteln gegen all jene Menschen vorgehen, die unsere Freiheitliche Demokratie zu stürzen und sie durch die Sharia zu ersetzen versuchen. Doch gerade diese Menschen nehmen, wie der in Brüssel gefasste Terrorist, unsere rechtlichen, demokratischen Werte in Anspruch, um ihre Auslieferung nach Frankreich zu verhindern.

Natürlich hört man auch immer wieder, dass wir Europäer bei der Integration der Muslime versagten und diese jungen guten Menschen, die so perspektivlos dahin vegetierten, geradezu zum „Heiligen Krieg“ trieben, da sie ja anscheinend keine andere Wahl hätten.

Aber wie sieht es mit anderen Konfessionen und Nationalitäten aus, die hier in Europa leben, zum Beispiel die Latinos, Chinesen, Japaner und Inder? All die anderen Nationalitäten machen keinen „Dschihad“, sie leben friedlich mit uns zusammen, auch wenn sie unter sich bleiben. Es gibt nur mit einer Volksgruppe, den Türken und Arabern, einen Integrationsgipfel auf Bundesebene, damit das Zusammenleben „funktioniert“, mit anderen Nationen oder Konfessionen gibt es so etwas nicht. Wenn das alles so weitergeht, werden die bewaffneten Konflikte in die europäische Gesellschaft getragen und es kommt zu einem Bürgerkrieg, dessen Anfänge schon deutlich zu spüren sind. Nur noch Gutmenschen, linke Politiker und Bahnhofsklatscher sehen das Unheil nicht kommen.

Thorsten Schneider, Bellheim



Nach dem Terror in Belgien: Wie kann die Demokratie die von Islamisten geführte urbane Kriegsführung gewinnen? Bild: action press

Von wegen Lob

Zu: Mazedonien sei Dank (Nr. 11)

Im Artikel wird gesagt, der Bundesinnenminister Thomas de Maizière hätte die Sperrung der Balkanrote für „Flüchtlinge“ gelobt. Wenn man allerdings die Taten beziehungsweise die Untätigkeit dieses Herren in dieser Sache verfolgt hat, muss man zur gegenteiligen Ansicht gelangen.

Erstens: Im Herbst, einige Zeit nach Öffnung der deutschen Grenze, verkündete der Innenminister dem verehrten – nein, naiven –Publikum, Einreisende würden wieder kontrolliert. Seine Untergebenen, die Bundespolizei, wies er im Stillen allerdings an, keinen der sogenannten Flüchtlinge anzuhalten.

Zweitens: Im Januar erzählte der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer im ARD, er hätte der Regierung in Berlin angeboten, die unbewachten Grenzübergänge zu Österreich von der bayerischen Polizei kontrollieren zu lassen, da die Bundespolizei aus Personalmangel nur an dreien stationiert sei. Minister de Maizière habe abgelehnt. Ein neuerlicher Vorstoß der bayerischen Regierung in dieser Sache hat sich wohl aufgrund der Sperrung der Balkanroute erledigt.

Drittens: Österreich gab im Februar bekannt, täglich nur noch 80 „Asylbewerber“ ins Land zu lassen, und kündigte gleichzeitig an, nur noch 2700 (meiner Erinnerung nach) Asylsuchende nach Deutschland durchreisen zu lassen. Herr de Maizière hat sich darauf bei der österreichischen Innenministerin wegen dieser Begrenzung bedankt – nein, Pustekuchen (und ich musste es zweimal in der österreichischen Presse lesen), er hat sich beschwert, das seien viel zu wenige.

Und diesem Herrn soll man ein solches Lob glauben?

Dr. Werner Kurz, Rosengarten

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Der Niedergang begann schon früh

Zu: „Einflussloser Verein“ (Nr. 10)

Gernot Facius bedauert, dass die Sudentendeutsche Landsmannschaft den Wiedergewinnungspassus ersatzlos gestrichen hat. Dazu kann folgendes bemerkt werden:

Der Niedergang der Landsmannschaften begann schon in den 60er Jahren. Zu dem Zeitpunkt war die Integration der Vertriebenen weitgehend abgeschlossen. Hilfreich war hier insbesondere das Häuslebauprogramm der Bundesrepublik.

Die Ostverträge anfangs der 70er Jahre markierten das inoffizielle politische Aus der Landsmannschaften. Die nicht stattgefundene Wende Helmut Kohls in den 80er Jahren marginalisierte die Landsmannschaften weiter. Der Anschluss der DDR an die Bundesrepublik fand gänzlich ohne die Landsmannschaften statt. Dies war im Grunde ihr offizielles politisches Aus.

Seitdem haben die Landsmannschaften nur noch Platz in den Nischen Erinnerungskultur und Brauchtumspflege. Politischer Einfluss ist nicht mehr gegeben. Von daher sagt der tschechische Präsident Miloš Zeman zu Recht und richtig, dass die Sudetendeutsche Landsmannschaft ein Verein sei, der einflusslos ist und über den die Zeit hinweggegangen ist.

Das Kapitel Vertreibung, Ostgebiete und so weiter ist politisch komplett abgeschlossen. Es wird keinerlei Ausgleich geben, nicht einmal symbolisch. Es kann einzig und allein noch ein gewisses kulturelles und bildungspolitisches Anliegen sein.

Erfolgreiche Politik kann sich nur an den Realitäten orientieren. Bayern geht hier den richtigen Weg. Von München aus ist es nicht weit nach Prag und nach Wien, Berlin ist weiter weg. Nicht nur nach Kilometern.

Norbert Schadel, Gerhardshofen

Um sich greifendes Gehirngespinst

Zu den Leserzuschriften zum Thema „Zuwanderung“

In jeder Ausgabe erfreue ich mich der Leserzuschriften zum Thema: Völker-Wanderung, aus allen Teilen der Welt. Und wo wollen sie hin? Nur nach „Germany“. Dieser Massenansturm kann wohl kaum durch die persönliche Einladung durch Gauck und Merkel erfolgt sein, der lawinenartige Ansturm von jungen Männern, Frauen und Kindern unter oft unmenschlichen Bedingungen bis zu Todesopfern scheint mir von anderen Seiten geplant zu sein. Das dieser Masseneinfall auch eine europäische Grundordnung aus angestammten Gesetzen verdrängen muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Mit anderen Worten: Wie kann ein Staat mit so vielen zusätzlichen Verpflichtungen und Verbindlichkeiten Forderungen erfüllen, dieser Wahnsinn kann nur mit einem Chaos enden.

Und wo bleibt die deutsche Rechtsprechung? Unsere Frauen und Mütter verdienen mit dem Erhalt der Familien das höchste Maß an Verehrung. Wer also seine Füße auf deutschen Boden stellt, hat sich bedingungslos deutschen Sitten, Gebräuchen und der Rechtsprechung zu unterstellen, jeder Widerspruch im sexualen Bereich sollte eine sofortige Ausweisung nach sich ziehen. Noch steht unser Volk vor einer Himmelsleiter und der Gesetzgebung, wie der Kölner Karneval es verdeutlicht hat. Noch haben wir das Recht, mit einer polizeilichen Überwachung diese selbstmörderische Zukunft mit eisernen Maßnahmen zu verhüten.

Was hier zum Nachdenken anregen sollte, ist die Tatsache, dass gerade aus dem Pastoren-Milieu gegenstaatlich an Boden gewinnt, wie das um sich greifende Gehirngespinst: Der Islam gehört zu Deutschland! **Gerhard Mittelstaedt, Sutton, Quebec/Kanada**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 13 – 1. April 2016

MELDUNGEN

Attraktion für Briten

Allenstein – Das südliche Ostpreußen war für britische Touristen bis vor Kurzem kaum erreichbar. Mit der Eröffnung des Flughafens in Schiemanen gewann die Region an Bedeutung für interessierte Engländer. Wenn das Angebot günstig ausfällt, können die ersten großen organisierten Touristen-Gruppen das südliche Ostpreußen schon in zwei Jahren besuchen. Die positiven Meinungen über die Region hatte zuletzt eine britische Kampagne „Masuren, Wunder der Natur“ gefördert. *PAZ*

Pillau hinkt hinterher

Pillau – Die Infrastruktur in der Hafenstadt Pillau lässt zu wünschen übrig: Strom- und Wasserleitungen stammen noch aus der Vorkriegszeit und müssten dringend modernisiert werden. Das ist auch laut dem regionalen Programm der Genralüberholung von Gebäuden so vorgesehen, doch fehlt der Stadt Pillau das nötige Geld. Für die Bürger bedeutet das, dass die Wohnnebenkosten die höchsten im Gebiet sind. Das gilt insbesondere für die Heizung. Die Tarife für Gas erheben die Kommunen individuell. Mehrfach haben sich die Pillauer sowohl bei der Stadt, beim Gouverneur und sogar beim Präsidenten beklagt. Sie vermuten, dass sie für die Wärmeversorgung einen höheren Tarif zahlen müssen, weil die Stadt so Mittel für die vorgeschriebenen Haussanierungen hereinholen will. Von 511 Häusern, die gelistet sind, wurden 2013 lediglich fünf, 2014 sieben und 2015 14 Häuser saniert. In diesem Jahr sollen 24 Wohngebäude modernisiert werden. Die Mittel aus dem Gebietshaushalt wurden schon dreimal gekürzt und Pillau kann eigene Mittel nicht aufbringen. *MRK*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elbląg] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 59: Moythienen [Mojtyny], Brückenbauarbeiten. Straße Nr. 63: Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Brückenbauarbeiten. Straße Nr. 65: Goldap [Goldap] – Treuburg [Olecko], Brückenbauarbeiten. *PAZ*

Neu gebaut und schon marode

Pregelpromenade nahe der Holzbrücke noch nicht fertig – Bauunternehmer prellen die Stadt Königsberg

Seit vergangenem Jahr wird das Pregelufer im Bereich der Holzbrücke und der Sackheimer Hinterstraße neu gestaltet. Bis zum 1. April müssen die Bauarbeiten abgeschlossen sein, doch die Inbetriebnahme verzögert sich um Monate.

Die Inbetriebnahme der Uferpromenade in Königsberg im Bereich von der Holzbrücke bis zur zweiten Hochbrücke entlang der Sackheimer Hinterstraße [Admirala Tributsa] war eigentlich für April dieses Jahres geplant. Die Bauarbeiten sollen in Kürze auch abgeschlossen werden. Sollte das Bauobjekt nicht bis zum 1. April fertig werden, droht die Stadt den beauftragten Bauunternehmen, die zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Haushalt zurückzuziehen, da die Finanzierung zum Teil aus dem Föderalen Zielprogramm zur Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft erfolgte. Es geht umgerechnet um knapp sechs Millionen Euro.



Fast fertig: Neue Pregelpromenade entlang der Sackheimer Hinterstraße mit Bootsanleger Bild: J.T.

Inzwischen müssen die beteiligten Baufirmen nicht nur die Promenade zu Ende bauen, sondern auch die Schäden beseitigen, die bereits auf einem Teil des bereits frei gegebenen Abschnitts entstanden sind. Obwohl der erste Abschnitt der Promenade erst im Frühjahr 2015 eröffnet wurde, haben die Gehwegplatten dem Regen nicht standgehalten, und der Frost hat ein Übriges dazu beigetragen, sie zu zerstören. Die Promenadenplatten senken sich ab, das Wasser kann nicht abfließen und es bilden sich Pfützen.

Als er den Ort besuchte, reagierte Gouverneur Nikolaj Zukanow sehr emotional: „Was für eine Schande! Man baut ein neues Objekt und es sieht schon wie ein altes aus!“ Die Stadtverwaltung begutachtet derzeit die Qualität der im vergangenen Jahr erstellten Bauarbeiten im Uferbereich und die Stadt hat den Generalunternehmer gerichtlich belangt. Der wiederum hat erklärt, sein Unternehmen sei pleite. Bemerkenswert, dass dies schon der zweite Bauträger ist, der Insolvenz angemeldet hat.

Der erste Vertrag wurde 2013 mit der Firma „Mosinschstroj“ abgeschlossen. Die Geschäftsbeziehung wurde dann aber wegen der Insolvenz der Baufirma beendet. Einen neuen Vertrag schloss die Stadt 2014 mit der Firma „Juggasneftesnab“, einer Firma von der Krim, ab. Zwar konnte der von ihr gebaute Promenadenabschnitt im April 2015 in Betrieb genommen werden, es gab aber immer wieder Reklamationen wegen mangelhafter Ausführung der Arbeiten. Im Herbst vergangenen Jahres ging auch diese Firma plötzlich in Konkurs.

Schlechte Qualität wegen Termindrucks

Der Leiter des städtischen Bauamts, Arthur Krupin erklärte nun, dass die Bauarbeiten zwar bis zum 1. April fertig würden, aber die offizielle Inbetriebnahme noch einige Monate dauern würde. Nachdem der Gouverneur die Bauarbeiten am Pregelufer ein „trauriges Schauspiel“ genannt hatte, machte er sich selbst ein Bild vom Stand der Dinge. Es zeigte sich,dass die Stadt ständig defekte Bänke reparieren lassen, gestohlene Lampen ersetzen und den Promenadenbelag von Schmutz säubern lassen muss, der nach Regenfällen vom Rasen auf den Weg geschwemmt wird.

Vor Kurzem haben die Behörden damit begonnen, sich um die Belange von Menschen mit Behinderungen zu kümmern. Rampen für Rollstuhlfahrer sind nichts Ungewöhnliches mehr. An einigen Orten gibt es Aufzüge für sie.

Auch an der Pregelpromenade wurde ein solcher Aufzug gebaut. Er befindet sich in der Nähe des Eingangs zur Kinderklinik. Als der Bürgermeister den Aufzug inspizierte, setzte der sich jedoch nicht in Bewegung. Es hieß, Kinder hätten den Mechanismus beschädigt. Alexander Jaroschuk schlug vor, das Bedienpult im Empfang der Kinderklinik zu hinterlegen, um den Aufzug per Fernbedienung zu aktivieren. Auf die Frage, wie denn ein Rollstuhlfahrer ohne Begleitung zur Anmeldung der Klinik und zurück gelangen solle, um den Aufzug zu aktivieren, sagte der Bürgermeister: „Wenn er allein ist, muss er jemanden bitten, eine andere Wahl hat er nicht.“

Die neue Uferpromenade wird eine Länge von 1,7 Kilometer haben. Bei der Erneuerung ist eine Fußgängerzone geplant, fünf Treppenaufgänge mit Aufzügen sowie der Bau von 17 Aussichtsplattformen und Erholungflächen. Außerdem sollen eine Anlegestelle für kleine Boote, ein Radweg und ein Parkplatz entstehen.

Wegen der Verzögerung durch die Winterschäden an den Gehwegplatten wird mit Hochdruck gearbeitet, um den Termin 1. April einzuhalten. Von daher würde es nicht wundern, wenn nach der Eröffnung des nächsten Bauabschnitts der Pregelpromenade sich die Granitplatten erneut verschieben würden. *Jurij Tschernyschew*

Vorsorge für Jedermann zum Nulltarif

Königsberg führend bei Tuberkulosefällen – Erstmals auch kostenlose Brustkrebsvorsorge für Frauen

Ende 1945 wurde eine vorläufige Behörde für zivile Angelegenheiten geschaffen, der auch das Gesundheitsministerium unterstand. Sie wurde mit der Organisation eines allgemeinen Gesundheitssystems in der neuen Oblast betraut. In der ersten Zeit leisteten größtenteils medizinische Sanitäter an verstreuten Verpflegungspunkten medizinische Hilfe. Deshalb wurde Ende vergangenen Jahres das 70. Jubiläum der Gesundheitsversorgung im Gebiet gefeiert. Seit dieser Zeit wurden in jedem Bezirk der Region Krankenhäuser, Entbindungskliniken, Rettungsstationen und Prophylaxe-Einrichtungen eröffnet, die die Versorgung mit Arzneimitteln sicherstellen sollen,

Regelmäßig findet auf dem Hansaplatz ein „Tag des Spenders“ statt, an dem jeder Blut spenden kann. Vor der Abgabe wird jeder Spender gescreent. Anlässlich des Jubiläumsjahrs hielt die Gesundheitsbehörde eine Überraschung für die Bürger bereit. Dort, wo in der Regel die Blutspende stattfindet, gab es einen Bus, der ein voll ausgerüstetes Medizinzentrum war. Jeder, der wollte, hatte die Möglichkeit, eine mehrstündige Untersuchung in dem Bus auf dem Platz in Anspruch zu nehmen. Die Bürger konnten ihre Zucker- und Cholesterinwerte bestimmen lassen, Augendruck, Gewicht und den Puls messen lassen, eine kardiologische Beratung und allgemeine Empfehlungen für eine gesunde Lebensweise und Vorbeugung vor verschiedenen Krankheiten erhalten. Darüber hinaus konnten sich die Patienten während der Untersuchung einen weiteren Termin für eine kostenlose Konsultation im Zentrum für medizinische Prävention und Rehabilitation holen.



Mobiler Einsatz: „Medizinbusse“ auf dem Hansaplatz Bild: J.T.

216 Personen ließen sich in dem mobilen Medizinkomplex untersuchen. Bei 28 wurden erhöhte Zucker- und Cholesterinwerte festgestellt. Ihnen wurden zusätzliche Untersuchungen empfohlen.

Es ist erwähnenswert, dass im vergangenen Jahr über 3000 Menschen an verschiedenen Aktivitäten des Zentrums für Präventivmedizin teilgenommen haben. Die diesjährige Veranstaltung war vom russischen Präsidenten als nationaler Kampf gegen Herz-Kreislauf-Krankheiten erklärt worden.

Gleichzeitig war Königsberg die dritte Stadt, in der die gesamtrussische Kampagne des „Rosa Bandes“ durchgeführt wurde, in deren Rahmen kostenlose Untersuchungen zur Früherkennung von Brustkrebs durchgeführt wurden. Die Screenings nahmen Ärzte aus St. Petersburg vor. Frauen jeden Alters mit einem Pass und einer gesetzlichen Krankenversicherung konnten eine Mammographie vom Spezialisten erhalten. Diese sporadischen Maßnahmen ersetzen allerdings keine umfassenden Präventivmaßnahmen, um chronische und lebensbedrohliche Krankheiten zu reduzieren. Dazu muss man wissen, dass die Brustkrebserkrankungen im Königsberger Gebiet höher sind als im Durchschnitt in Russland und eine der häufigsten Todesursachen bei Krebserkrankungen.

Das regionale medizinische Zentrum für Prävention und Rehabilitation führt Informationsveranstaltungen über eine gesunde Lebensweise bei Schülern und Studenten durch sowie Arbeitskreise für Pädagogen. Während solcher Veranstaltungen sprechen die Referenten unter anderem über positives Denken als eines der wichtigsten Prinzipien zur Vorbeugung von Krankheiten.

Doch wie soll man optimistisch bleiben, wenn man um einen Termin beim Facharzt kämpfen muss? Um einen Termin zu bekommen, müssen die Patienten sich oft wie früher in lange Warteschlangen einreihen. Die Einführung der elektronischen Terminvergabe per Internet hat das Problem bislang nicht gelöst. Das Auftreten verschiedener Krankheiten außer Krebs ist im Königsberger Gebiet höher als der gesamtrussische Stand, zum Beispiel ist es bei Tuberkulose-Erkrankungen führend. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist schon erstaunlich, wie sich in unserer Familienarbeit Vergangenheit und Gegenwart vereinen, wie längst vergessen Geglaubtes plötzlich wieder an Aktualität gewinnt. Manchmal genügt nur ein Hinweis auf ein Zeugnis der geschichtlichen Abläufe vor der Vertreibung – und schon beginnt der Stein zu rollen, der zwar keine Lawine, aber ein erfreulich informatives Echo auslöst. Dafür können wir heute ein anschauliches Beispiel bringen, das in Folge 3 mit einem Bericht über zwei Soldatengräber im samländischen Germau begann. Herr **Bernd Dauskardt** hatte sie auf einer seiner Ostpreußenreisen entdeckt, und es hatte ihn besonders berührt, dass auf dem Gedenkstein für den im Januar 1944 gefallenen Hauptmann **Peter Hayn** steht: Gefallen für Deutschland. Er hat sich bemüht, das Schicksal dieses vermutlichen Jagdfliegers zu erforschen, kam aber bisher nicht weiter. Aber nun bekommt Herr Dauskardt Informationen aus erster Hand: Es meldete sich bei uns die Nichte des gefallenen Hauptmanns. Sie hatte das Bild von dem Gedenkstein im *Ostpreußenblatt* gesehen und trägt nun mit diesem Schreiben zur Aufklärung bei:

„In der Ausgabe vom 22. Januar haben Sie einen Gedenkstein von Peter Hayn gezeigt. Mein Name ist **Andrea Hennings** geborene **Braemer** aus Nowischken. Peter Hayn ist der einzige Bruder meiner Mutter gewesen. Der Gedenkstein stand bei Lyck und sah damals auch anders aus. Ich habe noch Bilder von der Grabstelle. Er ist nicht im Luftkampf gegen die Russen gefallen, sondern in Hessen. Sein Kamerad konnte, weil er nicht verletzt war, noch aussteigen. Mein Onkel ist Ausbilder gewesen. Er hat sich seinen Jungs angeschlossen, um ihnen zu helfen.“ Soweit die Auskunft von Frau Hennings in Kürze. Sie will gerne Herrn Dauskardt für weitere Nachfragen zur Verfügung stehen. Ich bin Frau Hennings sehr dankbar für diese schnelle und authentische Auskunft.

Auch Herr **Theodor Preuss** aus Immenstaad hat sich mit den Stelen von Germau beschäftigt und gibt brauchbare Hinweise. Sein Kommentar zu der Inschrift auf dem Gedenkstein von Peter Hayn: Die Russen haben wahrscheinlich ein weniger verkrampftes Verhältnis zur Geschichte als unsere politisch korrekt umerzogenen deutschen Gutmenschen. Zu dem Zeichen auf dem Gedenkstein von Major **Hans-Dieter von Basse**, das die ineinander verschlungenen Buchstaben GD zeigt, bemerkt Herr Preuss, dass dieser Bataillonskommandeur der Elitedivision Großdeutschland gewesen war. Auch daran hätte von russischer Seite bisher niemand Anstoß genommen.

Der Soldatenfriedhof Germau [Russkoje] wurde schon während des Zweiten Weltkrieges von deutschen Truppen angelegt. Nach der russischen Okkupation wurde er zum ersten Sammelfriedhof der Russischen Föderation, hatte also bereits eine geschichtliche Bedeutung im Geschehen der Nachkriegszeit. Er gehört zu den acht Soldatenfriedhöfen, die der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge in diesem Jahr auf einer achttägigen Reise in das ehemalige Ostpreußen aufsuchen will, um dort an Feierlichkeiten teilzunehmen, die vor allem zwei Friedhöfen gelten: dem Soldatenfriedhof in Tilsit, der vor zehn Jahren eingeweiht wurde, und der Kriegsgräberstätte in Insterburg, die seit 20 Jahren besteht. Seit 1993 wurde dieser Friedhof durch drei Jugendlager des VDK neu gestaltet und drei Jahre später eingeweiht. Er birgt über 600 Gefallene des Ersten Weltkrieges und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zum Sammelfriedhof für den ganzen Ostbereich des russischen Teils Ostpreußens. Auf dieser Feierstunde in Insterburg soll auch der Opfer von Flucht und Vertreibung gedacht werden. Sie wird, wie bereits die Gedenkveranstaltung im dänischen Esbjerg im vergangenen Jahr, künstlerisch von dem Schauspieler Herbert Tennigkeit mitgestaltet, der von ihm ausgewählte Verse und Worte von ostpreußischen Literaten sprechen wird. Ihn wird es berühren, dass er in Tilsit – nur 30 Kilometer von seinem memelländischen Elternhaus entfernt, das er als kleiner Junge verlassen musste – dieser Feierstunde nun die „Stimme der Heimat“ vermitteln kann. Über die vom 15. bis 22. Juni stattfindende Volksbundreise werden wir noch in weiteren Folgen berichten.



Bild: privat

Nach Ostern begann die Einschulung: Renate Koch geborene Schlesiger aus Königsberg

Was hier in diesen Tagen vor nunmehr 71 Jahren geschah, beschäftigt auch Herrn **Dietmar Wrage**, Kirchspielvertreter von Pobethen, und deshalb interessierten ihn der ebenfalls in Folge 3 veröffentlichte Frontbericht von **Ludwig Ranziger**, den Herr **Karl-Heinz Gast** in einem Trödelladen entdeckt hatte. Herr Wrage kann sich auf einen analogen Bericht stützen, der von dem Kommandeur der Panzerjägerkompanie 1001, **Günter B.**, geschrieben wurde. Ein 48 Seiten starkes Originalmanuskript über die Kapitulation Königsbergs, beginnend am 9. April 1945, das seinen Soldaten gewidmet ist wie die Titelinschrift besagt: „Mit diesen Bildern aus den Untergangstagen der Stadt Königsberg in Preußen verbinde ich den schuldigen Dank an meine Panzerjägerkompanie 1001“. Es handelt sich nicht – wie man annehmen könnte – um fotografische Aufnahmen, sondern um glänzend geschriebene Schilderungen dieser letzten Tage der sterbenden Stadt. Eine kleine Leseprobe:

„Der 6. April in Ponarth und südlich davon. Ich sehe die zerstörte Kaserne in der Pulverstraße, in der wir vor vier Jahren glückliche Leutnantstage verbracht hatten, sehe mich an der Endhaltestelle der Linie 15 vor einem rasenden Feuerüberfall in einem Haufen schwarzer Asche Schutz vor Splittern suchen, sehe die kleinen Blutflecken auf der Treppe eines Hauses in der Zellerstraße, wo der alte Mann sein Leben beschloss, weil er nicht in den Keller wollte. Die Splitter seiner im Kreuz eines Treppenhausfensters krepierenden Granate hatten ihn getroffen. Sehe im heulenden rauchig brandenden Abend – wir mussten zurück – meinen Chefpanzer sich mit Zivilisten füllen, während L. und ich, gleichsam geduckt, im Volkswagen lossausen. Die große Brücke über das Eisenbahngelände war vor einer Stunde in die Luft geflogen ...“ Leider sind viele Seiten des Manuskriptes beschädigt und kaum noch lesbar – und die Unterschrift erst recht nicht. Und das ist der Grund, warum sich Herr Wrage an uns wendet. Es geht um den Nachnamen des Kompanieführers Günter B., *10. April 1916, den Herr Wrage nicht entziffern kann. „Wenn Sie auch hier den Familiennamen erforschen, wäre ich dankbar“, schreibt unser samländischer Landsmann, der uns schon oft bei der Lösung so mancher Frage geholfen hat. Ich hoffe, das trifft nun auch für ihn zu. (Dietmar Wrage, Am Steinkreuz 7 in 22941 Bargteheide, Telefon 04532/400910, Fax 04532/400980, E-Mail: pobethen-dietmar@t-online.de)

Zu einem anderen Thema, das Herr **Karl-Heinz Gast** uns mit der Bitte um Veröffentlichung übergeben hatte und das in unserer Kolumne in Folge 1 erschien, hat sich Frau **Renate Koch** aus Landsberg gemeldet. Zuerst möchte ich mich aber bei der Königsbergerin für die herzliche Gratulation zu meinem 100. bedanken, mit der sie mir Kraft und Tatendrang für die Aufarbeitung unserer ostpreußischen Vergangenheit wünscht. „Die meisten noch Lebenden, so wie ich, können sich doch nur noch bruchstückhaft erinnern“, schreibt die heute fast 80-Jährige, und zum Beweis fügt sie solch ein „Bruchstück“ bei, das aber doch mehr ist als ein Fragment. Es betrifft die Medizinische Universitätsklinik in der Drummstraße in Königsberg, für die Herr Gast dokumentarisches Material sucht, weil in dem noch erhaltenen Gebäude ein Denkmal für den Anatom **Karl Ernst von Baer** entstehen soll, wie es die seinen Namen tragende Stiftung projektiert. Doch darüber haben wir in der ersten Folge dieses Jahrganges ausgiebig berichtet, so dass wir uns heute auf die Zuschrift von Frau Koch und das beigelegte Foto konzentrieren wollen. Ein Kind mit Schultüte – und dieses Mädchen ist Frau Koch, damals **Renate Schlesiger**, die sich stolz an ihrem ersten Schultag, dem 18. März 1941, fotografieren lässt. Ein hübsches Bild, das viele Leserinnen an ihre Einschulung erinnern wird. Für uns ist aber der Platz wichtig, an dem die Aufnahme gemacht wurde. Dazu liefert Renate Koch eine präzise Erklärung – und ein paar liebevolle Erinnerungen dazu:

„Auf diesem Bild, das meine Tochter von einem geretteten Foto abfotografiert hat, sehen Sie mich an meinem ersten Schultag auf der obersten Stufe des Bauernberges stehen. Im Hintergrund befindet sich die Drummstraße, und die Hausecke mit der Linde davor ist das Medizinische Institut, Ecke Oberrollberg. Wir wohnten gegenüber dem Institut in der Nummer 21. In der Drummstraße gegenüber dem Institut, Ecke Copernikusstraße, befand sich in einem Park die Frauenklinik. Um Lärm zu vermeiden, war die Copernikusstraße mit Holzasphalt gepflastert. Im Vorgarten des Medizinischen Instituts befanden sich viele Linden, von denen uns der aus den Blüten bereitete Tee im Winter nach einer langen Rodelpartie auf dem Butterberg erwärmte. Der Bauernhofberg zur Laak, wo sich die Simon-Dach-Schule befand, war mein täglicher Schulweg. Im Geiste gehe ich noch heute den Oberrollberg zur Roten Mauer entlang. Im Sommer saßen wir alle mit einem Eis in der Hand und sahen dem regen Verkehr auf dem Kaiser-Wilhelm- Platz zu – zur Weihnachtszeit auch auf dem wunderschönen Gesekusplatz. Es war für mich eine traumhafte Zeit.“

Die unvergessen blieb für das Mädchen mit den blonden Zöpfen, und die nun wieder lebendig wurde durch ein in unserer Kolumne behandeltes Thema.

Wenn bei einer Suchfrage keine Anschrift angegeben ist, stehen wir als Empfänger zur Verfügung. So meldete sich bei uns Herr **Erwin Feige** aus Chemnitz bei uns, der einen Hinweis auf eine von Frau **Ute Priebisch** gestellte und in Folge 9 veröffentlichte Frage geben konnte. Allerdings eben nur einen Hinweis, denn eine direkte Spur zu den Personen, die im Jahre 1963 im *Ostpreußenblatt* eine Suchanzeige aufgaben, dürfte sich nach so langer Zeit kaum finden lassen. Es handelte sich um die Großeltern von Frau Priebisch, **Ernst** und **Berta Hundsdörfer** geborene **Naujoks** aus Groß-Waldeck, Gemeinde Mostitten und ihre Kinder **Eva**, **Hella** und **Rudi**, die damals gesucht wurden – aber von wem? Frau Priebisch, Tochter von Eva Hundsdörfer, möchte es gerne wissen, weil sie in den Auftraggebern weitere Verwandte oder gute Freunde der Familie Hundsdörfer vermutet. Leider konnte ich in Folge 9 nicht die Anschrift von Frau Priebisch angeben, da diese nicht vorlag. Deshalb wandte sich Herr Feige an uns und wies daraufhin, dass es in Tilsit im „Feuerwehrblock“ einen Feuerwehrmann Hundsdörfer mit Familie gab. Falls nun weitere Leserinnen und Leser genauere Angaben zu der Familie Hundsdörfer aus Groß-Waldeck machen können, wenden sich diese bitte direkt an Frau Ute Priebisch, Dorfstraße 10 in 01844 Neustadt in Sachsen, Telefon (03596) 502655. Bitte bei Anfragen immer Anschrift und Telefonnummer angeben, da in den meisten Fällen Rückfragen notwendig sind und diese schnell und informativ durch einen Anruf getätigt werden können.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Ein bizarres Spiel«

Die PiS will den Erwerb von Ackerland erschweren – zum Schutz vor Deutschen

So ganz wohl ist Bauer Karol aus der Nähe von Schneidemühl [Pila] nicht. Am liebsten möchte er gar nicht sprechen, schon gar nicht die Presse, „und bitte nicht mein Familienname – der ist zu selten hier in der Gegend“. Vielleicht meint er damit jedoch auch nur den deutschen Klang des Namens. Die Presse habe ihm Mitte der 90er Jahre schon einmal das Wort im Munde umgedreht. Bauer Karol hatte sich in der polnischen Presse zum Kauf von Ackerland eines niederländischen Großbauern geäußert. Diese hatte mit dem Hinweis auf den Investor „aus dem Westen“ reißerisch suggeriert, ein Deutscher werde bald die Felder bestellen, womit das Verständnis der Nachbarn für Karol merklich abkühlte. „Letztlich wissen die Leute im Dorf, dass mein Großvater im Ersten Weltkrieg auf der deutschen Seite gekämpft hat“, liefert er gleich eine Erklärung nach, wobei er sich selber doch als stolzer Pole fühle. Karol ist gut über die letzten Jahre gekommen, da er in moderne Geräte investiert hat. Ein Sohn wollte zunächst auch die Arbeit des Vaters fortsetzen, doch der Nebenerwerb in einer Werkstatt in der Stadt läuft nicht schlecht. Und genau hier liegt der Knackpunkt. „Investiere ich selber noch auf meine alten Tage in Land, in der Hoffnung, dass ich meinen Sohn noch mitreiße, oder trete ich mein eigenes Land an andere ab?“, fragt er sich. Beides ist nun mit Hindernissen verbunden.

Die EU hatte Polen eine zwölfjährige Übergangsfrist eingeräumt, in der EU-Ausländern der Grunderwerb verwehrt wurde. „Auch unser Holländer ist ja den sicheren Weg gegangen und hat damals ein Joint Venture gegründet“, sagt Karol. Zum 1. Mai laufen die zwölf Jahre ab. Die den Regierungschef stellende Partei Prawo i Sprawiedliwo (PiS, Recht und Gerechtigkeit) sieht sich nun erneut als Hüter polnischer Interessen. Um einen nicht EU-konformen Ausschluss nichtpolnischer EU-Bürger beim Landerwerb zu umgehen, soll nun die staatliche Agentur für Landwirtschaftsimmobilien die Veräußerung von Akkerland genehmigen. Und zwar nur dann, wenn der Landwirt seit fünf Jahren in der Region lebt und garantiert, noch zehn Jahre Landwirtschaft zu betreiben. Doch die Beschränkung des Umgangs mit dem Land schmeckt vielen sonst treuen PiS-Wählern auf dem Lande gar nicht und trieb sie zur Demonstration in der Hauptstadt.

Wie Karol es dreht und wendet – irgendetwas passt nicht. Zehn Jahre? Ob der Sohn weitermacht, ist ungewiss. „Was bringt es mir da, dass meine Familie hier seit Generationen lebt? Polen leidet an sich schon an zu kleinen landwirtschaftlichen Betrieben und nun soll das Gesetz den Verkauf so erschweren, dass die Preise niedrig bleiben und so auch keiner investieren kann?“, so Karol.

Die betont nationale Karte der polnischen Regierung thematisiert Ryszard Galla nicht. „Hier wird versucht, das Landeigentum einzuschränken“, sagt der Politiker der Deutschen Minderheit, Abgeordnete des Sejm, stellvertretende Vorsitzende der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien, Präsident des Hauses für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit in Gleiwitz und Angehörige des Vorstandes des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, ohne Hinweis darauf, dass die Regelung wohl explizit ersonnen wurde, um deutsche Bauern fernzuhalten. „Es werden Bedingungen gestellt, wer Land und Boden besitzen darf, und man legt dabei auf gut Deutsch den Finger auf die Bodenpreise und blockiert damit den freien Handel. Zugleich ist es ein Eingriff in die Landvererbung und damit ein starkes Instrument für den obersten Vertreter der Agentur für landwirtschaftliches Eigentum, der fortan in vielen Fällen allein entscheiden kann!“, ließ Galla im Organ der Deutschen Minderheit, dem „Wochenblatt“, wissen. Der fehlende nationale Bezug in der Stellungnahme wird der Deutschen Minderheit wenig helfen. Nutznießer wird eher die Bauernpartei sein, die zuletzt gegenüber der PiS an Boden verloren hatte.

Bauer Karol stellt fest: „Wissen Sie, 70 Jahre nach dem Krieg ist das alles doch ein bizarres Spiel. Die, die man vorgibt, national zu schützen, die schädigt man nun. Europa hat uns doch viel Gutes gebracht, obwohl gerade die Bauern am Anfang vehement gegen die EU waren. Doch nicht wir wurden mit Waren aus dem Westen überschwemmt, sondern wir haben mit unseren günstigen Preisen gut exportiert. Wenn jetzt ein Deutscher oder sonst wer Land kauft, dann nützt auch das beiden Seiten – den hiesigen Landbesitzern und damit Polen.“

Am Ende könnte die ganze Situation auch im Streit um das Verfassungsgericht eskalieren. Die Bauern könnten den Staat dort auf Entschädigung verklagen, falls die Bodenpreise auf dem Land dank staatlicher Intervention in die Knie gehen. Ein neues Kräftemessen zwischen Legislative und Judikative also? *Edmund Pander*



ZUM 99. GEBURTSTAG

Bernotat, Ernst, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. April
Symanski, Lydia, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 1. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Böhm, Eleonore, geb. **Maaß**, aus Lyck, am 2. April
Liebe, Dorothea, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 6. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Buttkus, Otto, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 8. April
Karkossa, Anna, geb. **Fortunewitz**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 7. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Girgsdies, Bruno, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 6. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Apfelbaum, Hedwig, geb. **Pillath**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 7. April
Bauermeister, Irmtraut, geb. **Norkeit**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 3. April
Mahsalski, Edith, geb. **Thierbach**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 2. April
Reimer, Gerhard, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 3. April
Schröder, Frieda, geb. **Siebert**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 2. April
Timm, Adolf, aus Medenau, Kreis Samland, am 6. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Domnick, Charlotte, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 4. April
Dyck, Hella, aus Lyck, Prostker Vorstadt, am 4. April
Fischer, Gertrud, geb. **Weiß**, aus Seefeld, Kreis Lötzen, am 1. April
Götze, Elfriede, geb. **Milewski**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 5. April
Janz, Kurt, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 5. April
Kleimann, Marta, geb. **Itzek**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. April
Rauch, Gertrud, geb. **Snoppek**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 5. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hübner, Frieda, geb. **Tanski**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 6. April
Klein, Margarete, geb. **Dorroch**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 4. April
Kruck, Waltraud, geb. **Zielinski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 1. April
Lasars, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 22, am 1. April
Martsch, Willi, aus Pillau, Kreis Samland, am 4. April
Müller, Hans Günter, aus Lötzen, am 3. April
Niederstrasser, Werner, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 2. April
Schendera, Hanna, geb. **Krause**, aus Rossitten, Kreis Samland, am 2. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Abelmann, Hildegard, geb. **Redszus**, aus Streulage, Kreis Elchniederung, am 7. April
Albrecht, Edeltraud, geb. **Wiemer**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 4. April
Bukowski, Ehrenfried, aus Neidenburg, am 5. April
Grochow, Elisabeth, aus Walden, Kreis Lyck, am 2. April
Hess, Liesbeth, aus Lyck, am 7. April
Hintze, Erika, geb. **Krause**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 7. April
Klimkat, Emmy, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 3. April
Krüger, Gerhard, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 4. April
Krzysztofowicz, Ilse, geb. **Denda**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Masuch, Erika, geb. **Karrasch**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 5. April
Medendorp, Christel, geb. **Mauritz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. April
Persian, Arno, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 5. April
Polten, Elisabeth, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, Yorkstraße 34, am 4. April
Poweleit, Ida, geb. **Seller**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 3. April
Schmidt, Friedrich-Wilhelm, aus Lyck, am 3. April
Wöllmer, Frieda, geb. **Rydzewski**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Andrick, Elfriede, geb. **Cirkel**, aus Breitenfelde, Kreis Neidenburg, am 4. April
Borrek, Edith, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. April
Donder, Otto, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 5. April
Fischer, Grete, geb. **Schmakeit**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 1. April
Focken, Waltraut, geb. **Reichert**, aus Gerhardswalde, Kreis Elchniederung, am 1. April
Frenzel, Olga, geb. **Köhler**, aus Ebenrode, am 3. April
Führer, Willi, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 2. April
Kehl, Anna, geb. **Reinecker**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 2. April
Koyro, Heinz, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 7. April
Kubillus, Edith, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 6. April
Marx, Gerda, geb. **Barkschat**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 6. April
Radeck, Horst, aus Eisermühl, Kreis Lötzen, am 8. April
Schmall, Elisabeth, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 7. April
Schumacher, Otto, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, am 2. April
Schweighöfer, Maria, geb. **Köke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. April
Schwencke, Gertrud, geb. **Zabel**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 2. April
Ströhmann, Irmgard, geb. **Malso**, aus Maihof, Kreis Lyck, am 2. April
Wetzel, Hildegard, geb. **Metschulat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 7. April
Woyda, Gerhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 4. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Adomadt, Annemarie, geb. **Erdmann**, aus Treuburg, am 3. April
Baudzus, Werner, aus Lyck, General-Busse-Straße 34, am 2. April
Boerner, Erika, geb. **Schaknat**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 9. April
Bradler, Frieda, geb. **Bardeck**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 6. April
Ehrenberg, Ruth, aus Neidenburg, am 4. April
Felgendreher, Eva, aus Ebenrode, am 4. April
Funk, Elisabeth, geb. **Przygodda**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 5. April
Hoinkes, Erika, geb. **Lyhs**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 5. April
Kaldonek-Eggert, Ilse, geb. **Eggert**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 2. April
Kausch, Fritz, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 2. April
Müller, Herta, geb. **Kurpjuhn**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 7. April
Naujok, Bruno, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 7. April
Ratz, Ewald, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 3. April
Schlage, Lucia, geb. **Lolischkies**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 7. April
Schneller, Theresia, geb. **Schott**, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 5. April
Szill, Gertrud, geb. **Gabbert**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 2. April
Waszulewski, Gustav, aus Millau, Kreis Lyck, am 3. April
Wieczorek, Edelgart, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 2. April
Wieczorek, Irmgard, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 2. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baumeister, Liesbeth, geb. **Geschwendt**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 7. April
Bergmann, Helga, geb. **Böhnke**, aus Wehlau, am 3. April
Bitsch, Meta, geb. **Stiemert**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 5. April
Böhn, Traute, geb. **Bagdahn**, aus Kieslau, Kreis Elchniederung, am 1. April
Friederici, Waltraut, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 4. April
Gusek, Rudolf, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Haak, Dora, geb. **Olivier**, aus Altmühle, Kreis Elchniederung, am 5. April
Huschner, Edith, geb. **Behrend**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 1. April
Imber, Roland, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 6. April
Jäger, Herta, geb. **Danielzik**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 1. April
Klimaschewski, Otto, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. April
Korth, Heinz, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 4. April
Koslowski, Irma, geb. **Lojewski**, aus Lyck, Yorkstraße 21, am 3. April
Lumma, Reinhold, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 5. April
Maschlinski, Otto, aus Bobern, Kreis Lyck, am 5. April
Melchin, Walter, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 5. April
Meyer, Reinhold, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 4. April
Morenga, Ernst, aus Lötzen, am 5. April
Sandberg, Gerda, geb. **Koch**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 6. April
Schlomm, Horst, aus Hoverbeck, Kreis Sensburg, am 30. März
Schneemann, Waltraut, geb. **Niklaus**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Schwendowius, Friedrich, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 2. April
Ullmann, Christel, geb. **Jaschewski**, aus Treuburg, am 6. April
Urbczat, Hildegard, geb. **Lasarek**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 5. April
Wamser, Waltraut, geb. **Nowak**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 1. April
Wichmann, Margot, geb. **Ziebach**, aus Ebenrode, am 7. April
Zollgreve, Eva, geb. **Hoffmann**, aus Romitten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bubacz, Edeltraud, geb. **Sanio**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 2. April
Erismann, Dieter, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 4. April
Fenske, Lucia, geb. **Grabowski**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 1. April
Gauer, Stefan, aus Ortelsburg, am 6. April
Grimm, Helga, geb. **Krause**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 7. April
Hauser-Zürcher, Christel, geb. **Zürcher**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 1. April
Jegutzki, Ursula, geb. **Seidler**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 1. April
Kalata, Grete, geb. **Grzymkowski**, aus Lyck, am 2. April
Koch, Ingrid, geb. **Lappe**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 5. April
Lachmann, Anita, geb. **Maczey**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 7. April
Neumann, Heinz, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 5. April
Philipowski, Ernst, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 4. April
Seemann, Renate, geb. **Masurat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. April
Sommerey, Ingrid, geb. **Strache**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, und Kalthagen, Kreis Lyck, am 4. April
Wischnowski, Arno, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 7. April
Witthein, Erika, geb. **Hoffleit**, aus Schorningen, Kreis Elchniederung, am 4. April
Wohne, Roswitha, geb. **Hein**, aus Tilsit, am 7. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Adomeit, Klaus, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 4. April
Barzik, Werner, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 6. April
Buttgereit, Gerd, aus Ebenrode, am 7. April
Dreve, Klaus-Dieter, aus Gutweide, Kreis Ebenrode, am 5. April
Frischmuth, Lothar, aus Kleinrokitten, Kreis Elchniederung, am 7. April
Gaube, Heide, geb. **Malinowski**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 1. April
Grigo, Dr. Heide, aus Pillau, Kreis Samland, am 2. April
Koblitz, Bodo, aus Lötzen, am 3. April
Lorenz, Renate, geb. **Beitat**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 6. April
Lutz, Helga, geb. **Glinxa**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 2. April
Mittelstaedt, Renate, geb. **Dowidat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. April
Muraczewska, Hannelore, geb. **Küssner/Bernatowska**, aus Treuburg, am 2. April
Olschewski, Dietmar, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 2. April
Schelinski, Klaus, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 2. April
Schlageter, Ingetraut, geb. **Freitag**, aus St. Lorenz, Kreis Samland, am 6. April



Hübner, Rudolf, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, und Ehefrau Marga, am 7. April

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2016
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg
15. bis 17. April: Seminar der Kulturreferenten in Helmstedt
18. bis 20. April: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. bis 16. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Helmstedt
18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein
25. bis 26. Juni: IV. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg
2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
1, bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de



Kultur im Hilton

Die Termine der Preußischen Gesellschaft

Die Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg hat es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht preußisch-fridericianisches Gedankengut in Foren, Kolloquien, Podiumsdiskussionen und Einzelgesprächen zu bewahren. „Gepflegt wird die deutsche Kultur, inbegriffen die Sprache Goethes und Schillers“, heißt es von den Preußenfreunden. Intensiv beschäftigt sich ihr Verein auch mit der vielhundertjährigen preußisch-deutschen Geschichte. Ihre Veranstaltungen finden im Hilton-Hotel, Mohrenstraße 30 (Gendarmenmarkt), statt. Beginn ist jeweils um 19 Uhr. Der Eintritt ist frei. Hier die Veranstaltungen für April, Mai und Juni:

Mittwoch, 20. April: Vorstellung des neuen Förderers der Gesellschaft, des kanadischen Bergbauunternehmens Goldendawn Minerals.

Donnerstag, 5. Mai: Beate Ernst, Vorsitzende des Vereins „wirBERLIN“ berichtet über die Arbeit ihrer Initiative, die sich für eine saubere, attraktivere und gastfreundlichere Hauptstadt einsetzt.

Mittwoch, 18. Mai: Der Gründer des Design-Preises „Reddot“, Professor Peter Zec, referiert zum Thema „Deutsche Designer“.

Mittwoch, 15. Juni: Menno Aden referiert über preußische Erfinder.

Weitere Informationen: Steffen Bender, Hilton Berlin, Mohrenstraße 30, 10117 Berlin, Telefon (030) 202302941. E-Mail: kontakt@preussen.org,

Harte Jungs und wilde Schwäne

Gut besucht und voller Vielfalt: Der Ostdeutsche Ostermarkt in Stuttgart

Der diesjährige Ostdeutsche Ostermarkt unter der Regie des wie immer bewundernswert stressfreien Hartmut Liebscher war in mehrfacher Hinsicht eine Besonderheit. Zum 9. Male wurde er im „Haus der Heimat“ in Stuttgart veranstaltet und es herrschte zeitweise eine Besucherdichte, wie sie sonst nur noch auf dem Kürbismarkt in Ludwigsburg zu beobachten ist. Es wurden nachweislich Besucher aus den südlichsten Zipfeln Baden-Württembergs festgestellt.

Besonders machte ihn aber auch ein ungewöhnlicher Ohrenschmaus: Über dem Marktgeschehen schwebte den ganzen Tag ein harmonischer Schleier deutschen Liedgutes. Initiiert hatte ihn ein engagierter Akkordeonspieler der von Stand zu Stand ging, um mit deren Besatzungen sowie den Besuchern Volkslieder zu singen. Es war ein ergreifendes Erlebnis, wie der ostpreußische Professor aus Stuttgart und der Graf aus dem schlesischen Lauban, die südmährische Lehrerin aus Fellbach und die neunköpfige Standbesatzung der Schlesier herzerfrischend und gemeinsam das Lied „Zogen einst fünf wilde Schwäne“ aus dem Memelland schmetterten.

Es waren wieder fast alle Landsmannschaften beteiligt, die mit strahlender Freude die künstlerischen, literarischen, gastronomischen und historischen Erzeugnisse und Leistungen ihrer Heimatregionen zur Schau und überwiegend auch zum Verkauf stellten. Die Landsmannschaft Ostpreußen war ebenfalls mit einem großen Stand zum Thema „textile Volkskunst“ vertreten. Die Jostenbänder, Kreuzstickarbeiten, Doppelgewebe, Handschkes und Bernsteinketten fanden reges Interesse. Besonders die Kinder waren begeistert von den Jostenund Freundschaftsbändern mit den eingewebten Namen und Fußballvereinen. Die Eltern hielten mehr vom ausgeschenkten Bärenfang und selbstgemachtem Nußlikör.

Das „Haus der Heimat“ hatte sich auch wieder eingebracht, indem es nicht nur die Räumlichkeiten zur Verfügung stellte, sondern mit einer Lesung der jungen

Der Graf sang mit dem Professor

Schauspielerin Toni Marie Leisz aus den Jugenderinnerungen des schlesischen Nobelpreisträgers Gerhart Hauptmann das Programm bereicherte, passend zur aktuellen Ausstellung über den Dichter im „Haus der Heimat“.

Auch leibhaftige und werdende Parlamentsabgeordnete der kommunalen bis europäischen Ebene wurden gesichtet und teilweise in das zeremonielle Geschehen des Ostermarkts einbezogen. Die Eröffnung der Veranstaltung oder der Würdigung der „Miss Ostermarkt“ gehörten dazu. Auswärtige Besucher, die den Markt das erste Mal besuchten, waren geradezu überwältigt von der kaum erfassbaren Vielfalt der Kultur der Vertreibungsgebiete zwischen der baltischen Ostseeküste und der Küste des Schwarzen Meeres.

Sehr bewusst erleben dies auch jedes Jahr die beteiligten Vertreter der Landsmannschaften. Man fühlte sich wie ein einig Volk von Brüdern und Schwestern. Auch die Jugend – in größerer Zahl als früher vertreten – staunte ergreifend. Ein besonders findiger Besucher hatte festgestellt, dass nicht weniger als 27 Wurstsorten verkostet werden konnten, und die Schlesier boten neben ihren sonstigen Siebensachen aus ihrer Heimat unter der Überschrift „Harte Kerle aus dem Osten“ zehn hochprozentige Schnäpse aus den gesamten Ostgebieten an. Fürwahr kein Beitrag zur Bekämpfung des Alkoholismus.

Ein Mensch der Medien regte an, neben der Präsentation von allerlei großartigen Kulturleistungen und dem Angebot kostenloser Leckereien vielleicht noch etwas mehr das Marktprinzip des Kaufens und Verkaufens umzusetzen.

Ein großes Dankeschön gebührt wieder dem Initiator und Manager Hartmut Liebscher und seiner durchtrainierten Mannschaft. Der Ostdeutsche Ostermarkt 2016 war wieder eine deutliche Steigerung gegenüber der Vorjahresveranstaltung, sodass sich die meisten Besucher und natürlich in erster Linie die beteiligten Landsmannschaften schon jetzt überlegen werden, mit welchen neuen Spitzenleistungen am 25. März 2017 beim zehnjährigen Jubiläums-Ostermarkt zu rechnen sein wird. *Günther Zimmermann*



Der Stand der Ostpreußen: Marktbesucher konnten hier unter anderem Bernsteinschmuck, Jostenbänder und Schlaufenhandschuhe entdecken Bild: privat

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Sonntag, 19. Juni: Auch in diesem Jahr nimmt der BJO am kleinen Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg bei Solingen mit einem Infostand teil. Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr.

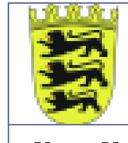
Montag, 8., bis Sonntag, 21. August: BJO-Sommerfahrt ins Memelland. Weitere Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Informationen: www.facebook.com /events/ 1032910313418878/

Sonnabend, 8. Oktober: 21. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg. Informationen: www.facebook.com/events/875 847179173086/

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 13. April, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Stuttgart: Zweiter Wintervortrag.

Mannheim – Wir laden herzlich zur Teilnahme an einer kombinierten Bus- und Schiffsreise vom 19. Juli bis 4. August ein. Von Mannheim geht es mit dem Bus über Frankfurt-Kassel nach Celle zur Zwischenübernachtung. Am 20. Juli gehen wir mit unserem Bus auf die Fähre, kommen am 21. Juli in Memel an und übernachten dort bis zum 28. Juli im Hotel Amberton. In Heydekrug findet am 23. Juli auf dem Gelände von Hugo Scheu ein Treffen aller Memelländer statt. Diverse Rundfahrten durch das gesamte Memelland gehören selbstverständlich auch dazu. Dann geht es am 28. Juli weiter für zwei Nächte nach Nikolaiken in Masuren. Von hier aus unternehmen wir eine Rundfahrt sowie eine Kanufahrt auf der Kruttinna. Am 30. Juli geht es weiter nach Buchwalde (Buczyniec) und von dort machen wir eine Schiffsfahrt auf dem Oberländischen Kanal nach Elbing. Dort übernachten wir auch.

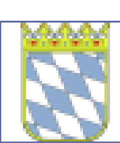
Am 31. Juli geht es nach einer Stadtbesichtigung von Elbing weiter zur Besichtigung der Marienburg und dann zur Übernachtung nach Danzig. Stadtbesichtigungen von Danzig, Zoppot und Gdingen stehen am 1. August auf dem Programm. Am 2. August geht es über die sagenumwogene Bernsteinstraße nach Stettin zur Übernachtung. Von Stettin geht es am 3. August zurück nach Celle zur Zwischenübernachtung und dem Besuch des Heidegartens in Schneverdingen. Am 4. August geht es zurück nach Mannheim.

Der Preis für die gesamte Busfahrt mit allen Rundfahrten und Fährüberfahrt beträgt pro Person 1550 Euro im Doppelzimmer und 1950 Euro im Einzelzimmer. Zu den Leistungen während der 17-tägigen Reise zählen unter anderem sieben Übernachtungen mit Frühstück im Doppelzimmer in Memel, zwei Übernachtungen in Nikolaiken, eine in Elbing, zwei in Danzig, eine in Stettin und zwei in Celle (jeweils mit Halbpension), Grillabend in Nikolaiken, Kanufahrt auf der Krutinna, Schiffsfahrt auf dem Oberländischen Kanal und deutschsprachiger Reiseleiter ab Nikolaiken bis Stettin. Zustiegsmöglichkeiten bestehen in Frankfurt, Kassel, Celle, Hamburg und Kiel. Ohne Übernachtungen in Celle reduziert sich der Preis. Wir hoffen, Ihr Interesse geweckt zu haben und würden uns auf Ihre Anmeldung bei: Uwe Jurgsties, Telefon (06203) 43229 oder E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de freuen.

Stuttgart – Mittwoch, 6. April, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe mit den Berichten des Vorstands. Es gibt einen Ausblick auf den weiteren Jahresverlauf, insbesondere auf die enge Zusammenarbeit mit der Landsmanschaft Westpreußen, Kreisgruppe Stuttgart.

Herr Urbat feiert im April seinen 90. Geburtstag und möchte bei der Jahreshauptversammlung den Vorsitz in jüngere Hände übergeben. Wer ist bereit, das Amt zu übernehmen, das heißt, sich zur Vorsitzenden beziehungsweise zum Vorsitzenden wählen zu lassen? Herr Urbat ist bereit, auch weiterhin am Mitteilungsblatt der LM Ostpreußen KG Stuttgart mitzuarbeiten. Geplant ist auch – sofern die Zeit reicht – einen Film über Ostpreußen anzusehen.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 16. April, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

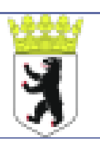
Ansbach – Sonnabend, 16. April, 16 Uhr, Orangerie: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl. Dazu heimatliches Essen.

Bamberg – Mittwoch, 20. April, 15 Uhr, Monatstreffen, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag zum Thema „Der Charakter der Ostpreußen“

München – Freitag, 8. April, 14 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Frauengruppe.

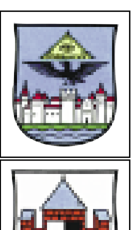
Kitzingen – Freitag, 15. April, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: gemütlicher Kaffeenachmittag mit Ehrungen

Landshut – Dienstag, 19. April, 14 Uhr, Gasthof Zur Insel, Badstraße 16, 84028 Landshut: Infos zu den geplanten Ausflügen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 2. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



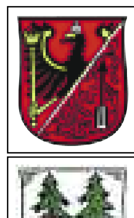
Rastenburg – Sonntag, 10. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 13. April, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Gemeinsames Treffen unter dem Motto „Langsam beginnt der Frühling“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – 15. April, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.

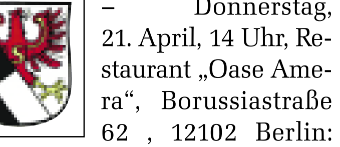


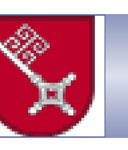
Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 19. April, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Frühlingsfest mit Essen. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.





Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 21. April, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Vortrag zum Thema „Landleben in Ostpreußen“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





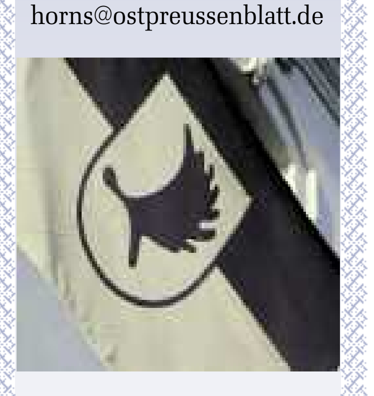
BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Montag, 4. April, 15 Uhr, Raum Indonesien/Ekuador Hotel zur Post, Bahnhofsplatz: Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes. Unter dem Titel „Heute ein Dorf in Polen“ hören die Teilnehmer im An-

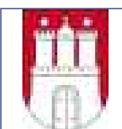
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Texte und Fotos für die Heimatseiten bitte an: *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. H. Frank Horns, Buchstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

schluss einen Erinnerungsbericht von Werner Siemund mit Bildern aus dem dörflichen Leben rund um seinen Heimatort im westpreußischen Kreis Elbing.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 16. April, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Ribling, Fuhlsbüttler Straße 755, 22337 Hamburg: Frühlingsfest. Ein gemütlicher Nachmittag mit gemeinsamer Kaffeetafel sowie Liedern und Erzählungen um den herannahenden Frühling zu begrüßen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk (kommissarisch), Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/M., Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich@gmail.com

Darmstadt/Dieburg – Im von Waltraud Barth und Gisela Keller österlich geschmückten Saal fand am Sonnabend, 12. März, unser Treffen im Luise-Büchner-Haus in Kranichstein statt, zu dem wir erfreulicherweise auch neue Gäste begrüßen konnten.

Schnell ging es in den Thementeil „Projekt über Flucht und Vertreibung" vorgetragen von der Pädagogin Maria Weilandt über. Ihr Vortrag wurde mit großer Spannung verfolgt. Maria Weilandt berichtet von ihrer Arbeit mit Jugendlichen zum Thema Flucht und Vertreibung nach dem zweiten Weltkrieg. Ziel war es dieses Ereignis den jungen Menschen näher zu bringen. Sie berichtete, dass es einige Jugendliche gab die nicht so stark an diesem Thema interessiert waren. Mit Fortschreiten des Projektes änderte sich diese Einstellung und man war mit Begeisterung dabei. Ein Zeichen, wie groß das Interesse der Jugendlichen an diesem Thema letztendlich doch ist. Maria Weilandt würdigte im Rahmen ihre Vortrages auch unser verstorbenes Mitglied Gustav Rupietta, dessen persönliches Engagement sich auch in der Themenhilfe für die Projektarbeit zeigte.



Kassel: Ebenrodes Kreisvertreter Gerhard Kuebart (stehend) berichtete über das Ausnahmegestüt Trakehnen. Sitzend (v.l.): Norbert Leder, Gerhard Landau und Gertraud Nitschky Bild: privat

Anschließend stand sie für Fragen aus dem Zuhörerkreis zur Verfügung. Als alle Wissenslücken dann gefüllt waren, wurde ihr Vortrag mit großem Beifall bedacht. Als Dankeschön überreichte ihr Gerhard Schröder eine Orchidee.

Nach einer kurzen Pause begann mit den Begrüßungsworten von Gerhard Schröder und Christian Keller, der drei Kurzgeschichten zur Begrüßung zum Besten gab, der offizielle Teil unseres Treffens. Mit Bedauern mussten wir erfahren, dass unser ehemaliges Vorstandsmitglied Margot Matern verstorben ist. Sie hat sich, obwohl keine Ostpreußin, als Frau unseres Bernsteinmeisters Winfrid Matern jahrzehntelang engagiert für unsere Landsmannschaft eingesetzt. Ihr zu Ehren legten wir eine Gedenkminute ein.

Nach den geistlichen Worten mit Blick auf das Osterfest von Herrn Turowski wurden die Geburtstags-Kinder der vergangenen vier Wochen beglückwünscht.

Hannelore Neumann ließ es sich nicht nehmen die Bedeutung der Worte ostpeußischer Mundart bei den Anwesenden abzufragen um dem Vergessen vorzubeugen. Am Ende der Veranstaltung wünschte Gerhard Schröder allen einen guten Nachhauseweg und eine schöne Osterzeit bei bester Gesundheit.

Unsere nächste Zusammenkunft findet am Sonnabend, den 16. April, wie gewohnt im Luise-Büchner-Haus statt. Das Thema an diesem Tag lautet „gemeinsam als Mitarbeiter in der Diakonie" und wird vom Ehepaar Karl und Ruth Lask vorgetragen. Wir glauben, dass dieses Thema großes Interesse findet, und freuen uns auf ein Wiedersehen. Auch Nichtmitglieder und Gäste sind bei uns immer gern gesehen.

Kassel – Donnerstag, 7. April, 14.30 Uhr, AWO-Heim, Am Wehrturm 3: „Das Posener Land vom 18. bis zum 20. Jahrhundert" – Vortrag von Dr. Martin Sprungala aus Dortmund.

– Bericht –

Man kann nur staunen, was heutzutage so alles unter Größe und Bereicherung verbucht wird. Da konnte Ostpreußen mit ganz anderen Superlativen punkten. Nehmen wir nur die Pferdezucht, insbesondere das Ausnahmegestüt Trakehnen im Kreis Stallupönen/Ebenrode. 212 Jahre bestand es und galt weltweit als Nummer eins! Hierüber berichtete ein Kenner der Materie, Kreisvertreter Gerhard Kuebart aus Lemgo. Er brachte ein etwa 45 mal 35 Zentimeter großes Bronze-Standbild des seinerzeit berühmtesten Hengstes „Tempelhüter" mit.

Die gute Nachricht: Ein Abguß des nach Moskau verbrachten Originals steht seit zweieinhalb Jahren wieder wie einst in Lebensgröße vor dem Landstallmeisterhaus in Trakehnen. Die Statue schuf übrigens ein Großonkel des Vortragenden: Professor Reinhold Kuebart.

Die Bedeutung der Großplastik ersieht man daran, dass das Kunstwerk in Verbindung mit dem baulichen Umfeld als Weltkulturerbe im Gespräch ist. Um dem sehr interessierten Publikum das großartige Werk von Trakehnen sinnvoll vor Augen zu bringen, wählte der Referent vier Rundgänge. Anhand einer Geländekarte führte er die Zuhörer durch das einstige Gestüt mit seinen etwa 100 meist stattlichen Gebäuden. Nur wenige der bemerkenswerten Bauten können hier Erwähnung finden. Sie lassen ahnen, welche Ausstrahlung vom Pferdeparadies Trakehnen damals ausging. Hier eine kleine Auswahl: Da waren die Paddocks, welche als Sommerhäuser für besondere Pferde fungierten, die Stutenhöfe im Südosten, ein eigenes Gehege war pflegebedürftigen Tieren zugedacht, dann gab es natürlich die Arbeits- und Wohnhäuser für die Fachkräfte, etwa für Veterinäre, für den Ökonomierat, für die Reitstallburschen. Selbstverständlich fanden berühmte Persönlichkeiten ihre angemessene Herberge – man erwähne nur Königin Luise. Es existierte ein Stall für die Hundemeute, ein Fuchsstall und ein 150 Meter langer Boxenstall.

Im bereits erwähnten Landstallmeisterhaus befindet sich heute ein kleines Museum. Manches wäre noch zum seinerzeit bekannten Hotel „Elch" zu sagen, zur „Alten Apotheke", zur alten Schule und zu den Bemühungen, zugezogene Russlanddeutsche in Trakehnen anzusiedeln. Dies misslang weitgehend und war für die Nordostpreußen zumeist nur ein Brückenschlag auf dem Weg in die gelobte Bundesrepublik.

Dr Kuebart bot noch eine Diskussionsrunde an, welche reichlich genutzt wurde und mit kräftigem Applaus endete. Reichtum und Verlust – das war und ist Trakehnen! *G.L.*

Wetzlar – Montag, 11. April, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128: „Notgeld aus Ostpreußen" lautet das Thema des Vortrages beim Treffen der Kreisgruppe. Dazu zeigt Karla Weyland (Rauschenberg) einen Lichtbildervortrag. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441)770559.

Wiesbaden – Dienstag, 12. April, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Heimatnachmittag der Frauengruppe unter dem Motto „Die Natur erwacht". – Donnerstag, 14. April, 12 Uhr, Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert werden Königsberger Klopse. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte bis spätestens 8. April bei Irmgard Steffen. Telefon (0611) 844938, anmelden. Das Haus Waldlust ist über die ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße, zu erreichen.

– Bericht –

Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute, verbunden mit aktuellen Informationen aus Ostpreußen, standen auf dem Programm des „Heimatnachmittags". Nach der Begrüßung informierte der Vorsitzende Dieter Schetat über bedeutende Ereignisse und Entwicklungen im Königsberger Gebiet. So über die sich bemerkbar machenden Konstruktionsschäden am Königsberger Dom, vom Bau des Atomkraftwerks im Raum Tilsit und Ragnit, den die Zentralregierung zunächst nicht weiter verfolgen will, vom Projekt des Königsberger Stadions zur Fußball-Weltmeisterschaft 2018 auf dem sumpfigen Lomsegebiet zwischen den beiden Pregelarmen, für das die staatliche Expertise allerdings noch aussteht, sowie über die seit Dezember geltende Kostenregelung beim Besuch der Kurischen Nehrung.

Des Weiteren wies er auf die Initiative der ehrenamtlichen Königsberger Fremdenführer hin, „touristisch relevante Stätten" mit Kant-Zitaten kennzeichnen zu wollen. Erwähnt wurde der Bericht der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* über die „Armut in Südostpreußen", nach dem es laut polnischem Hauptstatistikamt die meisten Armen in den Woiwodschaften Ermland und Masuren (14,8 Prozent) geben soll. Abschließend gab der Vorsitzende die Schließung des „Museums Stadt Königsberg" in Duisburg seit Anfang diesen Jahres bekannt und dessen Integrieren in das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg.

Helga Schneider berichtete vom Weihnachtstransport „Pakete der Liebe" nach Masuren, der im vergangenen Jahr vom „Verein Freunde Masurens" organisiert worden war. Ein Artikel zu dieser Aktion ist auch im Rundbrief der „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen" (1/2016, März) zu lesen.

Im heiteren Teil des Nachmittags las Helga Kukwa die Geschichte „Komplimente für Elsa", wobei die Komplimente nicht wie erwartet einer Marjell galten, sondern einem Trakehnerfohlen. Ihr nächstes Thema hieß „Auf dem Wochenmarkt", auf dem man 1936 für eine Mark noch dreißig Eier bekam.

Von alten Banden, einem Treffen zweier Ostpreußinnen, erzählte Lieselotte Paul. In den Erinnerungen der Frauen wurde die „kleine zerstörte Heimatstadt lebendig, füllte sich mit Emailletellern voller Klunkermus", einer Milchsuppe, die man zu Kinderzeiten so gerne auslöffelte. Zum Schmunzeln ihr Beitrag „Die Maskottchen". Er handelte von einem alten Ehepaar, das bei jeder Hochzeit im Dorf ohne besondere Einladung auftauchte und man im Ort meinte: „Da, wo die beiden getanzt haben, das werden die besten Ehen". In ihrem dann vorgetragenen Gedicht „Der Liebestrank" war die Rede von dem anregenden Getränk, das bewirken sollte, dem schüchternen Lieschen die Gunst des geliebten August Baltruschat zu erleichtern.

Die Geschichte von einer Reise des Ehepaars Brieskau in ihre Heimat Ostpreußen, während der sie auf der Kurischen Nehrung überraschend heimatlichen Sprachklang hörten und mit Schmandwaffelchen verwöhnt wurden, bildete den Abschluss der mit Beifall bedachten Vorträge.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 14. April, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen. Informationen: Frau Anders, Telefon (05351) 91111.

Osnabrück – Freitag, 15. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 14. April, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Rintelner Gruppe wird sich der Referent Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo anhand von Beispielen mit „Liedern aus Ostpreußen" befassen. Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern sind ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe. – Jeweils am dritten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Zu beiden Veranstaltungen sind Gäste herzlich willkommen.

Bielefeld – Donnerstag, 7. April, Kreisvereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften, Wilhelmstraße 1B, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Dortmund – Montag, 18. April, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenschule (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova.

Neuss – Sonntag 17. April, 15 Uhr (Einlass ab 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: „Frühlingsfest" mit Tanz und Vorträgen. Informationen: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon, (02131) 3843400.

Wesel – Sonntag, 10. April, 17 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Frühlingsfest mit Grützwurstessen. Anmeldungen bis 31. März bei Paul Sobotta, Telefon (0281)

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

»Lustige Ereignisse«

Ostermarkt im Hamburger Haus der Heimat

Bei der Eröffnung des traditionellen norddeutschen Ostermarktes des BdV-Hamburg am 19. März im Haus der Heimat konnte der Vorsitzende Willibald C. Piesch über zweihundert heimattreue Landsleute und Gäste im österlich geschmückten Saal begrüßen. Besonders dankte er den vielen jungen und neuen Teilnehmern, die es sich nicht nehmen ließen, mit Oma und Opa das traditionelle Osterfest der Landsmannschaften in der Hansestadt zu besuchen. Piesch betonte, dass bereits vor Jahrzehnten im alten Haus der Heimat, im Hamburger Stadtteil St. Pauli-Nord, die ersten Märkte veranstaltet wurden. Besonders die Schlesier, Ostpreußen und Pommern bewirkten, dass diese traditionelle Veranstaltung ein bekannter Bestandteil der Hanseatischen Kulturszene wurde. Inzwischen sind sie weit über die Grenzen Hamburgs bekannt geworden. Es nehmen immer mehr Gäste aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen daran teil. Piesch, selber in historischer „Beskidentracht" gekleidet, dankte den ostpreußischen, pommerschen und schlesischen Trachtenträgern. Zur Unterhaltung trugen dann ostpreußischen Gedichte ebenso bei wie die „lustigen Ereignisse", die Manfred Weinhold im schlesischen Dialekt vortrug.

Im österlich geschmückten Saal, und in den Räumen der Berlin-Mark-Brandenburger, Pommern und Ostpreußen, wurden handgemachte österliche Spezialitäten angeboten. Natürlich durfte die beliebte Erbsensuppe nicht fehlen. Ergänzt wurde sie durch landestypische Getränke wie Pillkaller, Schiet lot em, Stonsdorfer und Bärenfang nebst den köstlichen Waffeln der Schlesier. Mit unterhaltsamen Gesprächen und dem traditionellen „Kein schöner Land" klang der Ostermarkt zu einem unvergesslichen Erlebnis aus.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

45657, oder bei Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 18. April, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreisgemeinde, Lutherstraße 6-10: Beiträge in Ostpreußischer Mundart.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonntag, 3. April, 9.30 Uhr, St.-Matthäus-Kirche, Zinzendorfer Straße 14-16, Chemnitz: Kirchentag der Gemeinschaft der evangelischen Ostpreußen. Er beginnt mit dem gemeinsamen Gottesdienst des Pfarrers im Ruhestand Klaus Plorin und des Pfarrers der Kirchgemeinde Stefan Mestars. Der Kirchentag steht unter dem Motto „Ankommen – Annehmen“. Im Anschluss finden sich die Teilnehmer im Außenbereich der Kirche zur Kranzniederlegung am Denkmal ein.

Nach der Mittagspause werden sich die St. Matthäusgemeinde sowie die Ost- und Westpreußen zu einem interessanten Nachmittag im Gemeindehaus einfinden. Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Alexander Schulz wird Pfarrer Plorin über Ostpreußen als Einwanderungsland referieren. Frank Heinrich, Bundestagsabgeordneter der CDU und Kreisvorsitzender von Chemnitz, wird über seine Arbeit im Arbeitskreis für Menschenrechte in der Bundesregierung berichten und Fragen beantworten. Zum Schluss werden die „Kirchenmäuse“ der Gemeinde mit Liedern und Tanz einen kulturellen Augen und Ohrenschmaus bieten. Die Veranstaltung wird gegen 15 Uhr enden. Wir laden alle Interessierten zum Kirchentag ein.

Leipzig – Sonnabend, 4. April, 11 Uhr (Einlass ab 10 Uhr), Festsaal, Neues Rathaus: Feier zum 25-jährigen Bestehen des BdV-Kreisverbandes Leipzig, jetzt Regionalverband Leipzig. Teilnehmen werden die Mitglieder aller Landsmannschaften sowie viele Ehrengäste. Als Festredner ist Bernd Fabricius, Präsident des BdV-Bundesvorstandes eingeladen. Mitwirkende im Kulturprogramm der Veranstaltung sind unter anderem der Dresdner BdV-Chor „Heimatmelodie“, der Leipziger BdV-Chor „Lied der Heimat“ und Erika Köcher mit einer Sudetendeutschen Gruppe. Für die Pausenversorgung ist im Foyer des Rathauses von der Gaststätte „Stelzenhaus“ ein Catering vorbereitet.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 5. April, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 8. April, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 10. April, 14 Uhr: Osterbräuche in der Heimat.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Donnerstag, 21. April, 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a, 23611 Bad Schwartau: Monatstreffen mit Dr. Gie Vanderhult. Die Fachärztin für plastische Chirurgie spricht über ihr ehrenamtliches Engagement auf Madagaskar.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. April, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Feierstunde anlässlich der Einweihung der Gedenkstätte „Deutscher Osten“ vor 35 Jahren mit der Vorführung des inzwischen historischen Dokumentarfilms vom 17. Juni 1981.

Die Gedenkstätte des deutschen Ostens im Burger Stadtpark ist durch die Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 in einer Aussage auf dem Schleswig-Holstein-Stein „Das gesamte Deutschland soll es sein“ nicht mehr zeitgemäß. Denn, als die Gedenkstätte 1981 eingeweiht wurde, gab es noch die beiden Staaten (BRD und DDR) und das in vier Sektoren aufgeteilte Berlin.

Der von Deutschland akzeptierte „4+2–Vertrag“ brachte dann unter Verzicht der ehemaligen deutschen Ostprovinzen durch den Bundestag die Wiedervereinigung. Damit es heute und auch in Zukunft keine Irritationen gibt, wird mit einer Gedenktafel am Schleswig-Holstein-Stein eine Klarstellung obiger Aussage erfolgen, womit der Fehmaraner Steinmetz Ewald Höch beauftragt wurde.

Der Hinweis auf der Gedenktafel „Aus diesen ehemaligen deutschen Ostprovinzen sind wir 1945 nach Fehmarn gekommen“ soll durch jeweils einen Gedenkstein für Ostpreußen, Westpreußen, Danzig, Pommern, Schlesien und Ostbrandenburg dokumentiert werden.

Brigitte Christensen

Neumünster – Mittwoch, 13. April, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: „Samarkand – Zentralasien. Ein Stück des Weges auf der Seidenstraße“ – Dia-Vortrag von Horst Lessing.

Uetersen – Freitag, 8. April, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Ein fröhlicher Nachmittag mit Erwin Krüger und seiner Drehorgel.



Ehrungen in Schwarzenbeck: Peter Gerigk überreichte Renate Jendrysiak und Hans-Dietrich Zymny das Silberne Verdienstabzeichen Bild: privat

Schwarzenbeck – Die Ost- und Westpreußen führten am 16. März ihre Jahreshauptversammlung durch. Nach der Totenehrung für Gerda Laukien, Theodor Thater und Erich Sefz hielt der Vorsitzende, Peter Gerigk, einen Bericht über das vergangene Jahr. Es war wieder ein gutes und erfolgreiches Jahr. Alle Veranstaltungen wurden von den Mitgliedern in großem Maße angenommen. Zum traditionellen Wurstessen erschienen im letzten Jahr 78 und in diesem Jahr 105 Personen. Grund für diese außergewöhnliche Beteiligung war der Vortrag über „Königsberg – Kaliningrad: Eine Stadt mit zweifachem Erbe“. Bei den weiteren Veranstaltungen, ob beim Bunten Nachmittag, bei beiden Filmnachmittagen mit ausschließlich ostpreußischen Filmen, bei den beiden Essen mit ostpreußischen Gerichten, bei beiden Ausfahrten oder der Weihnachtsfeier, gab es stets regen Zuspruch. Der Vorsitzende zeigte sich stolz und zufrieden über seine Ostpreußen.

Geehrt für ihren Einsatz für die ostpreußische Heimat und ihre Treue wurden Renate Jendrysiak und Hans-Dietrich Zymny mit dem Silbernen Verdienstabzeichen der Landsmannschaft der Ostpreußen. Bei der folgenden Wahl des gesamten Vorstands wurde der bisherige Erste Vorsitzende Peter Gerigk wiedergewählt. Als neuen Zweiten Vorsitzenden wählte die Versammlung Manfred Offen. Die bisherige Schatzmeisterin, Renate Jendrysiak und der bisherige Schriftführer, Alfred Hoyer wurden in ihren Ämtern bestätigt. Als Beisitzer wurden wieder- oder neugewählt Irmhilt von Twickel, Hans-Dietrich Zymny, Hannelore Burmester und Sieglinde Slopianka. Mit dem Singen des Ostpreußenliedes schloss die Hauptversammlung ab.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Schmalkalden – Donnerstag, 7. April, 14 Uhr, Club der Volksolidarität, Marienweg 1, 98574 Schmalkalden: Heimatnachmittag der Gruppe „Immanuel Kant“.

Eisenach – Dienstag, 12. April, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben





Einladend (oben): Der Sommer am Goldaper See
Aufragend (rechts): Der Wasserturm in Goldap bietet einen sehenswerten Ausblick auf die Stadt Bilder: privat



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Zum Sommerfest nach Goldap

Eine zehntägige Busfahrt nach Goldap bietet die Kreisgemeinschaft von Dienstag, 19. Juli, bis Donnerstag, 28. Juli. Begleitet wird die Reisegruppe von Brigitte Klaus, Kämmerin und Mitglied des Kreisausschusses, sowie Renate Rustmeier, Mitglied der Kreisgemeinschaft. Noch sind einige Plätze frei. Hier das Tagesprogramm:

1. Tag: Übernachtung in Stettin

2. Tag: Von Stettin geht es nach Leba an die Ostsee. Ein Elektroauto bringen Sie zu den Dünen, wo sie die Natur genießen können. Eine Übernachtung in Mohrungen.

3. Tag: Am Vormittag Fahrt auf dem Oberlandkanal. Im Anschluss fahren Sie weiter nach Goldap zum Hotel „Lesny Zakatek“. Hier stehen fünf Übernachtungen an.

4. bis 7. Tag: Vielfältiges Programm in Goldap und trotzdem Zeit für eigene Unternehmungen. Zum Programm gehören: Sommerfest am See, Ausflüge in die Borker Heide, nach Lyck, Angerburg, Schiffahrt nach Steinort und Besichtigungen rund um Goldap.

8. Tag: Sie verlassen Masuren. Aufenthalte mit Besichtigung in Marienburg und Danzig. Fahrt zum Hotel in der Nähe von Karthaus. Eine Übernachtung.

9. Tag: In Karthaus besuchen Sie am Vormittag die Karthäuser Stiftskirche. Weiterfahrt nach Kolberg mit Aufenthalt. Übernachtung in Stettin. Eine Übernachtung.

10.Tag: Heimreise

Reisepreis pro Person beträgt 812 Euro, der Einzelzimmertzuschlag 165 Euro. Eintrittsgelder und Schiffsfahrten sind inklusive. An jedem Programmtag sind Kaffee und Kuchen gratis! Auskünfte und Anmeldungen bei Brigitte Klaus unter E-Mail: kaemmerei@goldap.de, Telefon (04322) 699597



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Hilfstransport

Am 16. Mai fährt unter der Leitung der zweiten Stellvertreterin des Kreisvertreters, Elsbeth König, wieder ein Hilfstransport nach Ebenrode (Nesterov) und weiter zu den Wolfskindern nach Tauroggen.

Dank der Hilfe unserer Berliner Mitglieder und Freunde um Frau Niedrig konnten wieder Spenden gesammelt und Päkkchen gepackt werden. Diesmal soll die Begegnung im Beisein der Presse stattfinden, um den Wolfskindern und ihrem Schiksal erhöhte Aufmerksamkeit in einer breiteren Öffentlichkeit zu sichern. Wer danken allen Spendern und Helfern, insbesondere Herrn Bottenbohm, für ihren Einsatz.

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Ostpreußisch Platt

1. bis 2. April, Bielefeld: Treffen der Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußisch Platt“ um 14 Uhr im Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 133, 33607 Bielefeld.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Landrat wiedergewählt

Der Landrat unseres Patenkreises Rendsburg-Eckernförde, Rolf-Oliver Schwemer, ist am 14. März vom Kreistag mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden. 37 Kreistagsmitglieder stimmten in geheimer Wahl für ihn, es gab zwei Nein-Stimmen und eine Enthaltung. Schwemer stand als einziger Kandidat zur Wahl, da der Kreistag bereits im September 2015 einstimmig beschlossen hatte, auf eine Ausschreibung zu verzichten. Er ist seit dem 1. Juli 2008 im Amt – damals erfolgte eine Direktwahl durch die Bürger – und gehört keiner Partei an. Die zweite achtjährige Amtszeit von Schwemer beginnt am 1. Juli 2016 und endet am 30. Juni 2024. Seine Ernennung und Vereidigung ist in der Sitzung des Kreistages am 13. Juni vorgesehen.



Bild: Landkreis Rendsburg-Eckernförde

Im Amt bestätigt: Landrat Rolf-Oliver Schwemer

Die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen gratuliert Rolf-Oliver Schwemer ganz herzlich zur Wiederwahl und wünscht ihm für seine zweite Amtszeit viel Kraft, Glück und Erfolg bei der verantwortungsvollen Arbeit für seine Bürgerinnen und Bürger des Kreises. „Ich bin mir sicher, dass sich die Patenschaftsbeziehungen zwischen dem Heimatkreis Gerdauen und dem Kreis Rendsburg-Eckernförde unter Ihrer Schirmherrschaft als Landrat auch weiterhin gut entwickeln werden. Für Ihre Unterstützung und die des Kreises Rendsburg-Eckernförde in den vergangenen Jahren – insbesondere was die in den Räumlichkeiten des Kreises befindliche Heimatstube/Archiv betrifft – sind wir sehr dankbar und setzen auf weitere gute Zusammenarbeit“, heißt es im Glückwunschschreiben, das Kreisvertreter Walter Mogk dem alten und neuen Landrat im Namen des Kreisausschusses übermittelte.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Sondertreffen Zinten-Land

15. bis 17. April, Altenau: 28. Sondertreffen Kirchspiel Zinten-Land in der Pension „Quellenhof“, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau/Harz. Leitung: Irmgard Lenz, geborene Wengel.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Heimatgruppe Darmstadt: Sonnabend, 9. April, 11.30 Uhr, Taverna Hellas, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch

Heimatgruppe Schwerin: Mittwoch, 20. April, 12 Uhr, Gaststätte „Kaktus“, Dreescher Köpmarkt: Gemeinsames Treffen. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

Heimatgruppe Teutonen/Osnabrück: Sonnabend, 16. April, 14 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen zum gemütlichen Beisammensein. In diesem Jahr besteht die Heimatgruppe seit 40 Jahren. Gäste sind herzlich willkommen.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Kreistagswahl bis zum 31. Oktober

Nachdem bereits wieder vier Jahre vergangen sind, muss gemäß Pragraph 9 der Satzung der Kreisgemeinschaft Ortelsburg in diesem Jahr ein neuer Kreistag gewählt werden. In der Kreistagssitzung am 19. März wurden dafür die Voraussetzungen geschaffen. Einstimmig wurden Edelfried Baginski, Brigitte Napierski und Dieter Packheiser in den Wahlausschuss gewählt. Der Ehrenvorsitzende Edelfried Baginski übernahm die Wahlleitung. Die Wahl erstreckt sich bis zum 31. Oktober 2016 (Ausschlussfrist). Beginnend mit den Kirchspieltreffen und Treffen der Landbezirke ab April diesen Jahres wird die Wahlurne bis zum Hauptkreistreffen Ende September bei jedem Treffen vorhanden sein. Für eine Briefwahl wird jedem Mitglied mit dem Heimatboten ein Stimmzettel zugesandt. Darüber hinaus werden die Kandidaten im Heimatboten vorgestellt.

Nachfolgend nun die Kandidaten für die Kreistagswahl: Landbezirk 1 Altkirchen, Jürgen Mosdziel, Alemannenstraße 10, 45888 Gelsenkirchen; Landbezirk 2 Deutschheide, Helmut Walter Erlebach, Tenbusch Straße 41B, 45731 Waltrop; Landbezirk 3 Erben, Bernard Patorra, Salzhorstweg 31, 17454 Zinnowitz und Herbert Rogalla, Havelstraße 39, 44791 Bochum; Landbezirk 4 Farienen, Ingo Gosdek, Dellenweg 1, 53819 Neunkirchen-Seelscheid; Landbezirk 5 Fürstenwalde, Reinhold Gralla, Mühlenhollwede 5, 32351 Stemwede und Reinhard Philipp, Meerwiesenstraße 23, 33442 Herzebrock; Landbezirk 6 Großalbrechtsort, Gregor Gonsowski, Friedrich-Ebert-Straße 64a, 42549 Velbert; Landbezirk 7 Großheidenau, Christel Sender, Alemannenstraße 14, 45888 Gelsenkirchen; Landbezirk 8 Kobulten, Herbert John, Eschenweg 10, 66333 Völklingen; Landbezirk 9 Schiemanen, Marianne Bahr, Stiegelgasse 27, 56269 Dierdorf und Sabine Sinagowitz, Kniestraße 2b, 44879 Bochum; Landbezirk 10 Groß Schöndamerau, Irmgard Denda, Wiethagenweg 42, 44227 Dortmund; Landbezirk 11 Mensguth,

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 20

Noch Plätze frei



Die Suermondbrücke in Lyck zählt auch zu den Sehenswürdigkeiten einer elftägigen Busreise, die der Heimatkreis Lyck vom 4. bis 14. August anbietet. Angesteuert und erkundet werden unter anderem Stettin, Elbing, Lyck und Posen. Noch sind noch einige Plätze frei. Interessenten wenden sich an Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen, Telefon (0421) 820651.

Augenschutz Wintersport – b. – gewaltsame Aneignung – Stifter, Geber – verbindlicher Kostenpunkt – Reiseweg – auffallend, offenkundig – eine Blume; ein Gewürz – blütenlose Wasserpflanze – Steuervorrichtung; Steuerer – Monarchie im südlichen Afrika – Romanfigur bei Erich Kästner – Kindertagesstätte (Kzw.) – europ. Kultur-TV-Kanal – absondern, lösen – harzartige Masse; Heilmittel – Schussgeräusch – Farbton, Bordeaux – Lauffläche (Fuß, Schuh) – ganz, vollständig – Besessenheit – ungeschickt schneiden (ugs.) – lange, schmale Vertiefung – landwirtschaftl. Produkte, Rohstoffe – veraltet: Thailänder – Halbinsel der Danziger Bucht – oberster Teil des Getreidehalms – Kopfbedeckung – Bremsklotz; Spaltwerkzeug – Lobrede – augenblicklich, gegenwärtig – Wiener Nervenarzt (Sigmund) – Würde, Ansehen – vermuten – Minibikini; Minislip – aufhören – Dienstkleidung – Gaststätte – Hauptschlagader – innige Zuneigung – Helligkeit – kurz und bestimmt – Enterich – sein Ohr leihen, lauschen – Fehlschlag (englisch) – Hühnervogel – von Wasser umgebenes Land – weibliche Ziege (südd.) – sehr herb im Geschmack – reizen – birnenförmige Frucht – ein Fahrzeug lenken – Fischfett – Flachland – überfällig; abends – Sinnlichkeit – zeitlos; immerzu – scherzhaft: Schule – Anhäufer von Vorräten – Gepflogenheit, Brauch – Hartschalenfrucht – Helfer in der Not – sich räuspern – Sorte, Gattung – Nadelbaum – Pelz russischer Eichhörnchen – entbehrlich, verzichtbar – angenommen, dass – Fluss durch Florenz – meißelartiges Werkzeug – Gesteinsgebilde – musikalisches Bühnenwerk – Gestell z. Transportieren v. Lasten – rein, frisch gewaschen – Sportruderboot – amerik.-engl. Dichter (T. S.) – Bienenzüchter – göttliches Gesetz – Hauptstadt von China – Teilzahlung – Lockenstrang, Haarbüschel – germanische Gottheit – Name zweier Flüsse z. Rhein – Stacheltier – großes Gewässer – Hindernis beim Springreiten – chem. Zeichen für Barium – Staat in Südosteuropa – allein, ohne fremde Hilfe – amerik. Raub-, Pardelkatze – echt; ehrlich – Fuß- oder Handrücken – Schwanz des Hundes

PAZ16_13

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Synode, 2. Schema, 3. Rohbau, 4. Filius, 5. jemals, 6. Mylord – Schild, Emblem

Kreiskette: 1. Bluete, 2. Muehle, 3. lallen, 4. Aladin, 5. Leiden – Blumenladen

Sudoku:

Sudoku

	9		6		5		2	
	5	4				3	6	
		2		1		4		
	4		1		3		5	
		5				6		
	3		9		7		4	
		1		2		5		
	2	6				8	3	
	7		4		8		1	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

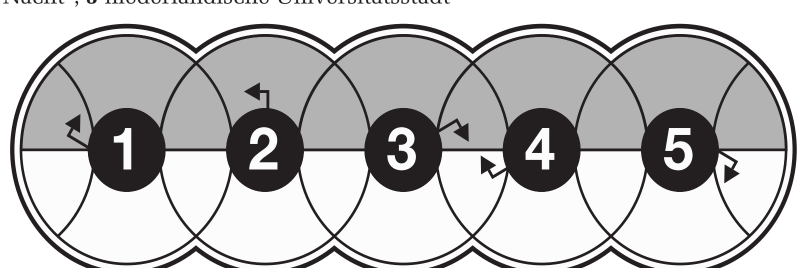
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei andere Worte für Kennzeichen.

1 Kirchenversammlung
2 Grundmuster, Konzept
3 Abschnitt bei der Hauserrichtung
4 scherzhaft: Sohn (lateinisch)
5 zu irgendeinem Zeitpunkt
6 Anrede für einen engl. Adligen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Zierpflanzengeschäft.

1 Teil einer Pflanze, **2** Brettspiel, **3** unartikuliert sprechen, **4** Gestalt aus „1001 Nacht“, **5** niederländische Universitätsstadt



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45968 Gladbeck; Landbezirk 12 Puppen, Hans-Alfred Plötner, Wiesenweg 4, 23744 Schönwalde a.B.; Landbezirk 13 Rauschken, Dieter Bahr, Stiegelgasse 27, 56269 Dierdorf; Landbezirk 14 Scheufelsdorf, Claudia Karpa, Rheinstraße 2, 53619 Rheinbreitbach; Wahlbezirk 15 Stadt Ortelsburg, Arndt Bialobrzeski, Brügger Höh 59, 58515 Lüdenscheid, sowie Horst Bronischewski, Rotdornweg 3, 51519 Odenthal, Alfred Denda, Wiethagenweg 42, 44227 Dortmund, und Dieter Packheiser, Heintzmannsheide 5, 44797 Bochum; Wahlbezirk 16 Stadt Passenheim, Marc Patrik Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau und Ruth Welner, Tenbusch Straße 32, 45731 Waltrop; Wahlbezirk 17 Stadt Willenberg, Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, und Helga Frankiewicz, Schweidnitzer Straße 21, 45891 Gelsenkirchen.

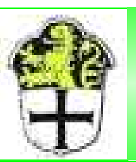
Treffen der Landbezirke

17. April, Kulturzentrum Herne, Willi-Pohlmann-Platz 1, 44623 Herne: Treffen des Landbezirkes 10 (Lehmanen, Groß Schöndamerau, Rohmanen).

24 April, Kulturzentrum Herne: Treffen der Landbezirke 01 (Altkirchen, Klein Jerutten), 02 (Deutschheide, Wihlelmsthal), 03 (Erben, Rheinswein, Wildenau), 04 (Farienen, Friedrichshof), 05 (Fürstenwalde, Lindenort/Liebenberg).

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet





PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, Telefon (04231) 15589, Bürozeiten: dienstags von 13 bis 15 Uhr, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.

Kreistreffen

Liebe Kreis-Preußisch-Eylauer, liebe Freunde unserer Kreisgemeinschaft, berücksichtigen Sie schon jetzt in Ihrer weiteren Jahresplanung unser Kreistreffen am 17. und 18. September in Verden! Es bietet wieder ein buntes Programm – für jedem etwas – und eine Gelegenheit, sich mit Freunden und Verwandten in der schönen, kleinen und alten Stadt an der Aller zu treffen. Sichern Sie sich rechtzeitig Ihre Unterkunft im Tagungshotel Niedersachsenhof (Telefon 04231/6660, www.niedersachsenhof-verden.de) oder anderweitig über die Tourist-Information (Telefon 04231/12345, www.verden.de).

Der genaue Ablauf des Treffens wird mit der Mai-Ausgabe des Preußisch Eylauer Kreisblatts veröffentlicht



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Heimatstube

Donnerstag, 7. April, 15 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss: Tag der offenen Tür

Seeburger Kaffeeklatsch

16. April, Maternushaus, Kardinal-Frings-Straße 1, 50668 Köln: „Seeburger Kaffeeklatsch“,



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Kirchspiel Hoverbeck

Sonnabend, 9. April,10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkel: 20. Treffen des Kirchspiels Hoverbeck (15. Ortstreffen Seibongen). Das Weinhaus, zu dem auch das „Gästehaus Korf“ mit Übernachtungsmöglichkeiten aller Art gehört, liegt in der Ortsmitte, nicht weit vom Rhein. Auch Landsleute aus dem gesamten Kirchspiel Nikolaiken sind willkommen. Da keine besonderen Einladungen erfolgen, wird bis zum 2. April, besonders zur Vorbereitung für den Wirt, um schriftliche oder telefonische Ankündigung der Teilnahme gebeten. Anmeldungen: Burgundel Kisza, Leibnizstraße 9, 67551 Worms. Telefon (06241) 935669, oder Edith Gorski (für Seibongen), Starenweg 27, 50997 Köln, Telefon (02236) 44632.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

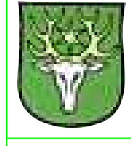
Heimattreffen in Gera

Die Stadtgemeinschaft Tilsit lädt zum Heimattreffen am 23. April in Gera ein. Einer guten Tradition folgend wird das Treffen gemeinsam mit den beiden Nachbarn, den Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung veranstaltet. Das Treffen findet am Sonnabend, dem 23. April von 9 bis 17 Uhr statt. Die Besucher erwartet ein interessantes Programm. Nach den Grußansprachen der drei Kreisvertreter Hans Dzieran (Tilsit-Stadt), Dieter Neukamm (Tilsit-Ragnit) und Manfred Romeike (Elchniederung) und dem geistlichen Wort, gesprochen von Pfarrer Martin Loseries, wird die Redakteurin der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, Manuela Rosenthal-Kappi den Festvortrag zum Thema „Land an der Memel – Erbe und Auftrag“ halten.

Umrahmt wird das Treffen von kulturellen Darbietungen. Die Schauspielerin Monica Grabs liest aus Werken von Johannes Bobrowski und der bekannte Männerchor aus Gera wird einen bunten musikalischen Strauß von Heimatliedern darbieten. Bereits am Vorabend findet die traditionelle Tilsiter Runde im Penta-Hotel statt. Das Penta-Hotel verfügt über genügend Zimmer, die unter dem Stichwort „Tilsit“ zum günstigen Übernachtungs-Preis von 65 Euro pro Einzelzimmer und 79 pro Doppelzimmer einschließlich Frühstück möglichst sofort gebucht werden können. Alle Zimmer sind mit Dusche, Sky-TV sowie einer kostenfreien Flasche Mineralwasser ausgestattet. Die Nutzung des Wellnessbereiches mit Saunen und Fitnessbereich ist im Zimmerpreis enthalten. Die Buchung ist unter der Telefon (0365) 29090 möglich. Für PKw stehen 85 hoteleigene Plätze in der Tiefgarage zur Verfügung zum Preis von 7,50 Euro pro Tag. Die Hotelanschrift lautet: Penta-Hotel, Gutenbergstr. 2A, 07548 Gera. Auf Wiedersehen in Gera!



Das Penta-Hotel in Gera: Am 23. April kommt hier die Stadtgemeinschaft Tilsit zum Heimattreffen zusammen Bild: Penta-Hotel



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Studienreise nach Ostpreußen

In Kooperation mit der Volkshochschule des Landkreises Diepholz plant der Heimatkreis vom 10. August bis 17. August eine Studienreise nach Ostpreußen. Hier das Reiseprogramm:

Mittwoch, 10. August

Bassum 6.30 Uhr: Abfahrt Oberschule am Petermoor, Syker-Straße

Syke 7 Uhr: Post (Ratsapotheke)

Hamburg 9 Uhr: ZOB am Hauptbahnhof

Fahrt zur Übernachtung in Posen. Übernachtung im Hotel Puro in Altstadtnähe

Donnerstag, 11. August

Besuch von Sykes polnischer Partnerstadt Briesen und Fahrt zur Übernachtung in Preußisch Stargard, der Partnerstadt von Diepholz, im Hotel Ren.

Freitag, 12. August

Nach einem Stadtrundgang Fahrt zur Stadtführung in Danzig und danach Weiterfahrt zur Übernachtung in Königsberg im Hotel Tourist.

Sonnabend, 13. August

Stadtrundfahrt in Königsberg mit Besichtigung des Doms, des Immanuel-Kant-Museums, des Hafens und der Stadttore. Nachmittags Rundfahrt durch den Kreis Wehlau mit Besuchen in Tapiau und Allenburg, den Patenstädten von Bassum und Hoya. Übernachtung in Königsberg im Hotel Tourist.



Sonntag, 14. August

Fahrt nach Wehlau, der Patenstadt von Syke, mit Stadtrundgang und Waldbuffet. Übernachtung in Königsberg, Hotel Tourist.

Montag, 15. August

Ausflug an die Bernsteinküste. Besuch des Seebades Rauschen. Übernachtung in Königsberg, Hotel Tourist.

Dienstag, 16. August

Fahrt über die Kurische Nehrung mit Besuch der Vogelwarte Rositten, dem Badeort Nidden und der Hafenstadt Memel. Von dort geht es mit der Fähre nach Kiel. Übernachtung auf der Fähre.

Mittwoch, 17. August

Ankunft der Fähre im Kieler Osthafen gegen 16.30 Uhr. Weiterfahrt über Hamburg nach Syke und Bassum. In Hamburg werden Anschlusszüge in alle Richtungen (Berlin, Hannover, Köln) erreicht.

Der Reisepreis pro Person im Doppelzimmer sowie auf der Fähre in einer Innenkabine mit Etagenbetten beträgt 898 Euro, der Einzelzimmerzuschlag (Hotel) 148 Euro. Einzelkabinen innen 120 Euro, Einzelkabine außen 185 Euro. Eingeschlossene Leistungen sind: Fahrt im Omnibus mit Toilette, Klimaanlage und Kleinküche. Sieben Übernachtungen in Zimmern mit Bad oder Dusche, WC und Halbpension, deutschsprachige Reiseleitung in der russischen Förderation, Führungen und Eintrittsgelder, ein Picknick (Waldbuffet), Öko-Gebühren Kurische Nehrung, Fährpassage Memel–Kiel in innenliegender Zweibettkabine mit Dusche und WC.

Anmeldeschluss ist der 20. Juni. Weitere Informationen erteilt Gerd Gohlke von der Kreisgemeinschaft Wehlau, der die Reise auch begleiten wird. Telefon (04241) 5586, Mobil: 01713185170, E-Mail: gerd.gohlke@t-online.de (Rückfragen möglichst pe E-Mail).

Gezeitenrekorde an zauberhaften Orten

Tausende Touristen zieht es während Springfluten zum Mont-St.-Michel und an die Nordküste Devons

Alle 18 Jahre, wenn Erde, Mond und Sonne auf einer Achse liegen, kommt es an den Küsten des Atlantiks und Pazifiks zu einem extremen Springtidenhub (Tidenhub ist der Unterschied zwischen Tideniedrig- und -hochwasser). Überall dort, wo an den europäischen Küsten die höchsten Tidenhübe stattfinden, steigt der Pegel bei einer Springflut bis zu einem weiteren Meter an. Dabei wird in seltenen Fällen die legendäre Rekordmarke von 15 Metern erreicht.

Morgens am 21. März 2015, am Tag nach der Sonnenfinsternis, strömten rund 20000 Menschen zum Klosterberg Mont-Saint-Michel in der gleichnamigen Bucht an der Küste der Normandie. Angelockt wurde die große Schar der Schaulustigen durch das angekündigte Naturspektakel einer sogenannten Jahrhundertflut. Die weltberühmte Insel Mont-St.-Michel im Wattenmeer wird von der Abtei Mont-St.-Michel dominiert und ist eine der bedeutendsten Sehenswürdigkeiten Frankreichs. 1979 wurden der Klosterberg und die ihn umgebende Bucht in das Unesco-Welterbe aufgenommen. Hier, im Innern des Golfs von St. Malo, bewirken die Gezeitenkräfte den europaweit höchsten Tidenhub. Bis zu 14 Meter steigt und fällt der Meeresspiegel normalerweise während einer Gezeitenperiode (12 Stunden 25 Minuten). Bei der letztjährigen Springflut stieg der Pegel bis auf 14,50 Meter.

Viele Beobachter der Hochflut standen auf der neuen, schlanken Stelzenbrücke, die den Mont-St.-Michel seit 2014 mit dem einen Kilometer entfernten Ufer verbindet. Die Brücke ersetzt den Straßendamm, durch den sich zuletzt immer mehr Schlamm in der Bucht verfing. Auch eine neu erbaute Schleuse an der nahe gelegenen Mündung des Flusses Couesnon soll bewirken, dass der in der Bucht und am Klosterberg aufgehäufte Schlamm im Laufe der Jahre zurück ins Meer gespült wird.

Schon im Mittelalter galt der Mont-St.-Michel wegen seiner großartigen sakralen Bauten als architektonisches Wunder. Hierher zogen jahrhundertelang Pilger aus ganz Europa wegen des Kults um den Erzengel Michael oder machten Zwischenstation auf dem Weg nach Santiago de Compostela. Der Legende nach soll der Bischof von Avranches im Jahr 708 vom Erzengel den Auftrag erhalten haben, auf dem Mont Tombe (Grabesberg) eine Kapelle zu errichten. Nach der Gründung einer Benediktinerabtei auf der Bergkuppe im 10. Jahrhundert siedelten sich am Berghang Handwerker, Fischer und Händler an, die das Kloster brauchte, um existieren zu können. Stadt und Kloster wurden mit starken Mauern und einer Wehranlage aus Türmen, Gräben, Zugbrücken und Ausfalltoren als Festung ausgebaut.

Der in den Stilformen der Romanik, der Gotik und des Klassizismus errichtete Gebäudekomplex aus Abteikirche und den Baulichkeiten des Klosters liegt auf drei Ebenen. Dank seiner Wehranlagen und der schützenden Lage wurde der Mont-St.-Michel in Kriegszeiten nie eingenommen. Wer sich zur falschen Zeit zu weit vorwagte, begab sich in Gefahr: Nach einer Redensart dieser Gegend kommt die Flut „mit der Geschwindigkeit eines Pferdes im Galopp“.

Nach der Französischen Revolution wurden die Klosteranlagen zum Gefängnis umfunktioniert, das bis 1863 in Benutzung blieb. 1966 kehrten die Mönche vom Benediktinerorden zurück. Seit 2001 wird das Kloster von Brüdern und Schwestern vom Orden der Gemeinschaft von Jerusalem bewohnt. Besucher können nach Voranmeldung eine Woche mit ihnen leben, beten und arbeiten.

In der kleinen Stadt am Fuße des Klosters aber kehrt nie Ruhe ein. Täglich kommen bis zu 7000 Besucher, um sich von Natur, Kunst und Architektur faszinieren zu lassen. Wer den Mont-St.-Michel in der Hauptsaison besichtigen will, sollte sich auf Staus und Stockungen in der engen Gasse gefasst machen, die an der Ostseite vom Strand bis zum Kloster hinaufführt.

Sowohl die Nord- als auch die Südküste der Grafschaft Devon im Südwesten Englands hat den Schutzstatus „Heritage Coast“. Eine hohe Steilküste, kleine Sandstrände inmitten vorkragender Felsriffe und begrünte Hochufer zeichnen die Nordküste Devons aus. Hier, in der Bucht des Bristol-Kanals, werden die Gezeiten derart verstärkt, dass neun bis 13 Meter hohe Tidenhübe entstehen, die höchsten von ganz England. Vorn an der Trichtermündung des Bristol-Kanals liegt Ilfracombe, das älteste und bekannteste Seebad von Norddevon. Die vom markanten Klippenplateau flankierte Kleinstadt zieht sich von dem geschützten Naturhafen einen steilen Hügel hinauf. Gut betuchte Erholungssuchende entdeckten das einstige Fischerdorf in frühviktorianischer Zeit als geeigneten Ort für eine Sommerfrische. Bis heute präsentiert sich Ilfracombe mit vielen eleganten viktorianischen Stadthäusern, die zumeist in Hotels umgewandelt wurden. Wahrzeichen ist die schon im Mittelalter zum Leuchtturm umfunktionierte St. Nicholas-Kapelle auf dem Lantern Hill am Hafen.

Eine besondere Attraktion sind die Tunnel Beaches, zwei von vorspringenden Klippen eingeschlossene Sandstrände am Fuße der zerklüfteten Steilküste. Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Treppen und künstlichen Tunnel gebaut, die zu den Stränden hinab führen. In den ummauerten Rock Pools kann man auch bei Ebbe baden und mit dem Paddelboot fahren.

Als Kontrast zum Badevergnügen und zu den Spaziergängen in der lieblichen, küstennahen Landschaft gibt es jede Menge Rummel am Hafen mit Pubs, Fish and Chips-Buden und Vergnügungseinrichtungen. Die zahlreichen Sportboote liegen im inneren Hafenbekken, fallen flach bei Ebbe und tänzeln Stunden später wieder auf den Wellen. Weiter draußen am Pier teilen sich Fischerboote und Ausflugsdampfer die Ankerplätze. Von hier aus verkehrt eine Fähre zur 19 Kilometer entfernten Insel Lundy, einem unter Naturschutz stehenden Vogelparadies.

Zwar ist der Glanz der alten Zeiten in Ilfracombe verblichen, doch seitdem der bekannte englische Künstler Damian Hirst am Hafen ein Restaurant betreibt, erlebt der Ort wieder einen Aufschwung. 2012 ließ Hirst am Pier seine 25 Meter hohe Bronzestatue „Verity“ aufstellen. *D. Jestrzemski*



Frankreichs berühmteste Sehenswürdigkeit: Der Klosterberg Mont-St.-Michel Bild: Colourbox

Flirt mit »Down Under«

Mehr als nur Kängurus und Koala – Sydney und seine Umgebung sind immer für Überraschungen gut

Englisch sprechen sollte man können, und für den, der Hitze nicht so gut verträgt, ist es empfehlenswert, möglichst im „Winter“ in den fünften Erdteil zu reisen, denn dann, in unserem Juni, bewegen sich die Temperaturen „nur“ um die 20 Grad herum. Das lässt sich gut aushalten, vor allem in der Nähe des Pazifiks, wo immer eine angenehm leichte Brise weht.

Ist von Australien die Rede, denkt jeder, der noch nie dort war, an Kängurus und Koalas und vor allem an die große Entfernung, die ihn von diesem Kontinent trennt. Ist jedoch der 25-Stunden-Flug von Frankfurt nach Sydney erst einmal bewältigt – mit Zwischenstopp in Singapur, wo rund acht bis zehn Stunden Zeit zum Übernachten in einem im Flughafenbereich liegenden Hotel besteht –, überlässt man sich gerne den neuen Eindrücken.

Im Winter sind es angenehme 20 Grad

Wer nur knapp drei Wochen für seinen Aufenthalt veranschlagen kann, der tut gut daran, sich auf die in New South Wales liegende Metropole zu beschränken, denn die bietet Attraktionen genug und auch reichliche Möglichkeiten zu Wandertouren und Ausflügen ins Umland.

Der beste Rat für einen Touristen, der sich zum ersten Mal nach „down under“ aufmacht, ist der, sich vor seiner Stadtbesichtigung auf den 1981 für 26 Millionen australische Dollars erbauten Sydney Tower zu begeben, denn von dem sich langsam drehenden 309 Meter hohen Turm mit seinen 420 Fenstern aus genießt er einen herrlichen Blick in alle Richtungen. Dabei steht er immer am selben Platz, erkennt von hier aus Sydneys einzigartige Lage an attraktiven Buchten und auf grünen Hügeln, sieht die herrlichen Strände und Parks wie auf einem Tablett vor sich liegen und blickt auf die gar nicht abschreckend erscheinenden Hochhäuser, die einen ästhetischen Kontrast zu den spielzeugartig-kleinen Bauten aus älterer Zeit bilden.

Auch der Pazifik schimmert einem hier blau entgegen, und beim Blick auf den 19 Kilometer langen und 55 Kilometer breiten Sydney Harbour lässt sich vom erhöhten Standort aus die in kühnem Bogen geschwungene Harbour Bridge bewundern, während die Sicht auf Botany Bay Erinnerungen an James Cook wachruft, denn der hat hier am 29. April 1770 geankert und das Land für seinen König in Besitz genommen. 1788 wurden an dieser Stelle die ersten Sträflinge ausgeladen – nicht weit entfernt vom Standort der heutigen Oper. Sie wurde in den späten 1950er Jahren nach Plänen des dänischen Architekten Jorn Utzorn in ihrer einzigartigen muschelförmigen Gestalt konzipiert. Heute stellt der geniale Bau nicht nur das konkurrenzlose „Highlight“ Sydneys dar, sondern hat Symbolcharakter. Ein Opern- oder Konzertbesuch ist daher zu empfehlen. Jeder der 1506 Plätze garantiert eine gute Sicht auf die Bühne.

Als das historische Herz der Stadt und die älteste städtische Ansiedlung Australiens gelten aber die „Rocks“, relativ nahe an den Hafenfähren des Circular Quai gelegen und benannt nach der felsigen Halbinsel, auf der die ersten Siedler ihre Hütten bauten. Doch Sydney ist überhaupt reich an Sehenswürdigkeiten und attraktiven Vierteln. So empfiehlt sich ein Spaziergang durch den Botanischen Garten mit seinen uralten, bizarr geformten Baumriesen oder ein Besuch des östlich vom Stadtzentrum gelegenen Hyde-Parks bei Nacht, wenn reizvolle Lichterketten in den Zweigen romantische Stimmung verbreiten, während der Luna Park mit seinen Karussells und Buden zu allen Tageszeiten nicht nur junge Besucher anlockt.

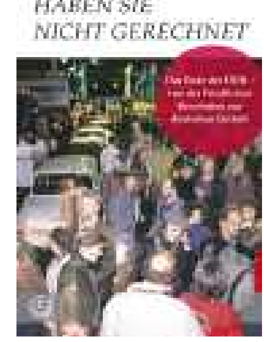
Empfehlenswert ist aber auch das Queen Victoria Building in der St. George Street, ein jugendstilartiger Einkaufstempel, den der französische Designer Pierre Cardin als schönstes Shopping-Zentrum der Welt rühmte. Wer die australische Kunst kennenlernen möchte, von der man in Europa wenig hört, sollte die Art Gallery of New South Wales besuchen, in der auch Arbeiten der Aborigines zu sehen sind. Mit den Ureinwohnern des fünften Kontinents wurde seinerzeit ähnlich umgesprungen wie mit den Indianern in Nordamerika. Das Museum zeigt außerdem Werke der klassischen Moderne und zeitgenössischen Künstler.



Die „Drei Schwestern“ in den Blue Mountains Bild: Seele

Am erholsamsten sind aber die Küstenwanderungen, bei denen – wie am Strand von Palm Beach – Gelegenheit besteht, kühne Surfer in ihren schwarzen Neoprenanzügen zu bewundern. Hier weht einem der Wind um die Nase und man hat nicht nur Gelegenheit zum Durchatmen, sondern auch zum Muschelnsammeln. Überhaupt geht in Sydney, sofern man sich nicht auf die quirlige, mit Geschäften aller Art gesegnete City beschränkt, am Wasser kein Weg vorbei. Die gelbgrüne Fähre ist denn auch ein dem Bus vergleichbares Verkehrsmittel. Der Urlauber weiß das zu schätzen und tut es den Einheimischen gleich, erwirbt nämlich gleich eine Mehrfartenkarte, die er auf der Straße wie auf dem Wasser einsetzen kann.

Die Umgebung von Sydney spielt auch für den, der sich auf die Kapitale beschränkt, immer mit, da er sie vom Wasser aus nicht aus dem Blick verliert. Etwas entfernt liegen allerdings die sagenumwobenen „Blue Mountains“, deren bizarre Bergformationen einen bestechenden Zauber ausüben. Ihre magische Färbung hat ihre Ursache in den von den Eukalyptusbäumen ausgedünsteten ätherischen Ölen, die vor allem bei Sonnenlicht den Wald in ein märchenhaft-blaues Licht tauchen. Der Zustrom der Besucher auf dem Plateau vor diesem Naturwunder ist denn auch tagaus, tagein groß. Eine besondere Attraktion bilden die „Three Sisters“, eine malerische Gesteinsformation, zu der die Aborigines ein Märchen überliefern von drei Mädchen, die von ihrem Vater in Felsen verwandelt wurden als Strafe dafür, dass sie mit drei jungen Männern geflirtet hatten. *Heide Seele*



Das Ende der DDR

Rückblick auf das Jahr 1989

Sein ungläubiges Staunen über die Ereignisse im Herbst 1989 in der DDR hatte SED-Politbüromitglied Horst Sindermann in die berühmt gewordenen Worte gefasst: „Mit allem haben wir gerechnet, nur nicht mit Gebeten und Kerzen!“ Ja, die DDR-Führung war auf jeden gewaltsamen Widerstand mit Sicherheitskräften, Polizei und Kampfgruppen bestens vorbereitet. Aber auf gewaltfreie Demonstrationen, die immer mehr anschwollen und am Ende das ganze Land erfassten, wusste sie keine Antwort.

SED rechnete nicht mit sanfter Revolution

Nach dem KSZE-Abkommen von Helsinki 1975 war zwischen beiden deutschen Staaten ein Korrespondentenaustausch vereinbart worden. Die SED hätte das am liebsten bald wieder rückgängig gemacht, denn westdeutsche Journalisten in der DDR entwickelten bald eine für den Staat gefährliche Virulenz, kamen doch via Fernsehen ganz andere Informationen ins Land als die der SED-Propaganda. Umgekehrt erfuhren westdeutsche Leser und Hörer viele Details über den DDR-Alltag. Lothar Loewe für die ARD, Joachim Jauer für das ZDF, die Zeitungsredakteure Karl-Heinz Baum („Frankfurter Rundschau“) und Peter Pragal („Süddeutsche Zeitung“) gehören zu den bekanntesten Namen. Daneben gab es den Evangelischen Pressedienst „epd“, der wohl am ausdauerndsten berichtete und wegen seiner Nähe zu den Kirchen in der DDR besondere Beachtung fand. Zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit haben Redakteure vom epd-Landesdienst Ost und Karl-Heinz Baum an die damaligen Ereignisse erinnert. In 46 Reportagen, Analysen und Interviews wird zunächst ein Rückblick auf die 80er Jahre in der DDR gegeben, als die Unruhe unter der Bevölkerung ständig wuchs, was sich in der wachsenden Zahl von Ausreiseanträgen und entsprechenden Repressalien der Staatsmacht zeigte.

Das Jahr 1989 zeichnen die Autoren Monat für Monat penibel nach; sie erinnern an die skandalöse Wahlmanipulation im Mai 1989, an die Grenzöffnung in Ungarn, an die überfüllte deutsche Botschaft in Prag, an die Gründungen von Sozialdemokratie und Neuem Forum im Herbst, an Honeckers Abwahl und Krenz‘ Nachfolge und an das unglaubliche Tempo der Entwicklung nach der Maueröffnung, der kein Jahr später die staatliche Einheit folgte.

Beispielhafte regionale Einsprengsel ergänzen die allgemeine Entwicklung: der letzte Kirchentag in der DDR, Besetzungen von Stasi-Zentralen in Erfurt und anderswo, die friedliche „Wiedereroberung“ des jahrzehntelang für Zivilisten gesperrten Brocken im Harz. Zur besseren Orientierung finden sich für August bis Dezember 1989 jeweils eine Monatschronik sowie zwei Texte zur Berliner Mauer und zu den Opfern an dieser „Staatsgrenze“. Die meist nur drei bis vier Seiten umfassenden Beiträge ergeben in der Summe eine Dramatik, in die sich der Leser rasch hineingezogen fühlt. Die Autoren haben offensichtlich in vielen Fällen auf frühere Texte zurückgegriffen und, soweit erforderlich, Informationen ergänzt.

Ob dieses Buch wirklich, wie Manfred Stolpe in seinem Vorwort schreibt, „so umfassend und so lebensnah“ geschrieben ist wie kein anderes über die Wende, sei dahingestellt; die intime Kenntnis der Autoren und der flüssige Stil machen das Buch aber in der Tat zu einer spannenden Lektüre und zeigen zugleich sowohl die Notwendigkeit als auch die Wirkung einer für jede Demokratie unerlässlichen Freiheit der Medien – was diese freilich auch in die Pflicht nimmt, nämlich wahrheitsgetreu, nicht übertrieben und hysterisierend zu berichten. *Dirk Klose*

***Karl-Heinz Baum, Thomas Schiller (Hg.): „Mit Kerzen haben sie nicht gerechnet. Das Ende der DDR – von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“.** Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2015; broschiert, 224 Seiten, 19,90 Euro*



Nato im Kalten Krieg

Über Stay-Behind-Organisationen im Nachkriegsdeutschland

Lediglich drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges begannen die Sowjets mit ihrer Berlin-Blockade und 1950 verursachten sie den nordkoreanischen Kriegsüberfall auf den Südteil des Landes. Zunehmend befürchtete man nicht nur in Bonn, Paris und London, sondern speziell in Washington, Moskau werde versuchen, mit seinen insgesamt 45 Divisionen ebenfalls Westeuropa zu überrennen.

Nach den Erfahrungen der deutschen Wehrmacht mit den sowjetischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg begann die CIA, für einen solchen Fall überall eine Art Schattenarmee aufzubauen, die im Krieg als Partisanen und Funker gegen die sowjetische Besatzungs-Streitkräfte kämpfen sollten. Schon aus geografischen Gründen war dabei Deutschland der Schwerpunkt. Während sie in anderen Ländern auf entsprechende Militär-Einheiten und Widerstandskämpfer zurückgreifen konnte, standen in West-Deutschland nur Spezialisten aus Wehrmacht und SS zur Verfügung – ihre politische Vergangenheit war nunmehr kein Hinderungsgrund. An bestimmten Punkten wurden in Wäldern Erdbunker angelegt, die in handkoffergroßen Blechcontainern Sprengstoff sowie Waffen nebst Munition enthielten; viele waren zudem mit Zigaretten und Schokolade versehen sowie – nagelneu und wasserdicht verpackt – Verbandszeug mit Spritzen und Penicillin (noch vor wenigen Jahren wurden solche Waffenlager in Holland und Norwegen entdeckt). Zur antikommunistischen Propagandaarbeit baute die CIA 1950 den Bund Deutscher Jugend auf, der bereits ein Jahr später über zwei Millionen Flugschriften im Bundesgebiet verteilte. Seine Behauptung, 1952 über 18600 Mitglieder zu haben, war indes stark übertrieben. Dass der BDJ auch heimliche Anhänger in der DDR hatte, entspricht den Tatsachen.

Angst, Moskau könnte Westen überrennen

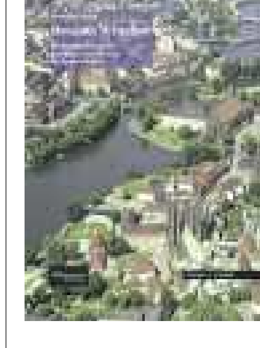
Zugleich entstand sein Technischer Dienst, dessen Mitglieder als Sabotagetrupps vorgesehen waren. Ihre Ausbildung umfasste jeweils bis zu 14 Mann und erfolgte in einer Villa in Wald-Michelsbach im Odenwald, getarnt als Erholungsheim. Die Wirkung von Partisanen wird oft unterschätzt: Können sie doch feindliche Truppen binden, deren Soldaten durch Überfälle dezimieren und demoralisieren und ihren Nachschub gefährden. Behauptungen, der Technische Dienst solle bei inneren Unruhen unliebsame Persönlichkeiten beseitigen, führten 1953 zum Verbot. Damals besaß er mit seinen 7000 Mitgliedern 12600 Panzerfäuste, 560 Maschinengewehre und 140 Funkgeräte.

Viele von ihnen übernahm die Organisation Gehlen, die seit 1949 ebenfalls eine Stay-Behind-Gruppierung aufbaute. Bald konnte sie etwa 500 Deutsche eingliedern, welche bisher für ähnliche Organisationen der französischen, niederländischen und dänischen Spionage tätig waren. Bereits 1946 hatte Gehlen selber den Nachrichtendienst Kopenhagens mit dessen 30 Funkposten kontaktiert, der ihn bei der Einschleusung seiner Agenten nach Polen unterstützte. Vier Jahre später bestanden engere Funkverbindungen zur Schweiz, zu Frankreich und Spanien. In der DDR arbeiteten 1954 rund 70 geheime Funker, davon sieben an Schlüsselpositionen an der Oder-Neiße-Linie, sowie einige in Polen und der CSSR. In der Bundesrepublik bestanden für den Ernstfall bereits 1952 an 65 Orten Erddepots mit Waffen und Sanitätsmaterial, 75 Funker waren bei wichtigen Eisenbahnknotenpunkten und Flugplätzen stationiert. Für die Partisanen waren eine Versorgung aus der Luft sowie eine verstärkte Einschleusung von Agenten in den Osten per Kleinst-U-Booten und per Fallschirm vorgesehen. Luftangriffe der USA sollten sich vorrangig auf die Zerstörung von Brücken über die Oder und Neiße, auf Eisenbahnlinien durch Polen und auf die Aufmarschräume der Sowjetarmeen sowie deren Raketenstellungen konzentrieren. Für das Zurückholen der Piloten von abgeschossenen US-Flugzeugen war eine Rettungslinie mit sicheren Unterkünften bis weit in die UdSSR vorgesehen sowie Abwurfpunkte für deren Versorgung aus der Luft. Der DDR-Stasi gelang es indes ab 1979, manche Funksprüche zu orten und auch zu entschlüsseln.

Auch gerade die Briten bauten sehr bald nach 1945 ihre eigenen Stay Behind-Organisation in allen Teilen Deutschlands und Österreichs auf und legten ebenfalls geheime Erdverstecke mit der erforderlichen Ausrüstung an. Von ihr wurde auch die unabhängige Schweizer Schattenarmee „P 26“ in England ausgebildet, zur Unterstützung kamen wiederholt britische Offiziere in die Alpenrepublik.

Das äußerst interessante Buch mit seinen 863 Anmerkungen ist der erste Versuch, an ein fast vergessenes Kapitel des Kalten Krieges zu erinnern. Manche Dokumente sind verschwunden, Überlebende gibt es heute nicht mehr. Ob wir je die gesamte Wahrheit erfahren? *Friedrich-Wilhelm Schlomann*

***Erich Schmidt-Eenboom und Ulrich Stoll: „Die Partisanen der Nato“**, Ch. Links-Verlag, Berlin, 2015, gebunden 304 Seiten; 22 Euro*



Breslau in Spaziergängen

Kunstgeschichtliches Buch führt durch die Stilepochen einer Kulturstadt

Dem Deutschen Kulturforum östliches Mitteleuropa ist ein guter Wurf gelungen. Wer diesen „Rundgang“ aufschlägt, wird begeistert sein von der Vielzahl an gestochen scharfen Fotografien, die ob ihrer Qualität das Herz höher schlagen lassen. Das alte Breslau lebt dabei wieder auf und gibt erst der heutigen Stadt „Wroclaw“ ihren einmaligen Charakter wie ihre unnachahmliche Identität. Sie können nicht sprechen, aber immer hat man das Gefühl, die Steine würden deutsch sprechen.

In dem Buch werden vier Spaziergänge durch die Stadt angeboten. Der erste konzentriert sich auf Rathaus und Ring und umfasst die Zeit der Gotik (1241 bis 1500) und Renaissance (1500 bis 1620). Der zweite geht zu den Barockkapellen im Dom und beleuchtet die Periode des Barock (1620 bis 1750). Der dritte Spaziergang zeigt die weitere städtebauliche Entwicklung wie Wandlung im Klassizismus (1750 bis 1900). Beim vierten Spaziergang tauchen wir ein in die Moderne von 1900 bis heute. Da steht am Anfang die von Hans Berg 1912/13 gebaute berühmte Jahrhunderthalle mit den Poelzig-Pavillons. Es ist schade, dass 1945 keine Zäsur gemacht wird, denn zwischen dem alten und zum Teil prächtig restaurierten Breslau und dem sozialistischen Baustil nach dem Krieg liegen Welten, wie die wenigen Fotos demonstrieren.

Etwas schwierig gestaltet sich die Verfolgung der Spaziergänge anhand des dem Text vorangestellten Stadtplans. Sein Maßstab ist ungenügend, um der Weganleitung leicht zu folgen. Vor jedem Spaziergang hätte noch ein genauerer speziell auf ihn bezogener Plan des Weges hinzugefügt werden können. Über das Manko schaut man aber hinweg, wenn man sich in die Beschreibungen vertieft, die bauhistorisch wie kunstgeschichtlich sehr informativ sind, aber immer wieder mit historischen Fakten bereichert werden.

Etwas verwirrend ist die von Harald Roth und Roswitha Schieb vorangestellte „Geschichte im Überblick“. Da wird etwas undifferenziert von „skythischer und keltischer“ Besiedlung gesprochen, bevor sich germanische Stämme dort niederließen und schließlich im 3. Jahrhundert nach Christus die „Silinger“ Schlesien den Namen gaben. Insgesamt sollen 20 verschiedene Volksgruppen dort gesiedelt haben an der Kreuzung der von West nach Ost führenden „Salzstraße“ und der von Nord nach Süd gehenden „Bernsteinstraße“. Fakt ist: 1226 wurde in Breslau deutsches Recht eingeführt, 1244 wurde mit dem Ausbau des Domes begonnen und 1261 das Magdeburger Stadtrecht für Breslau bestätigt. *Wolfgang Thüne*

***Roswitha Schieb: „Breslau/Wroclaw – Ein kunstgeschichtlicher Rundgang durch die Stadt der hundert Brücken“**, Großer Kunstführer Schnell & Steiner Verlag, Band 285; Regensburg 2015, gebunden, 64 Seiten, 12,95 Euro*



Fesselnde Passagen mit eklatanten Fehlern

Silke Ellenbeck lässt in einer Romanbiografie die Zarentochter Großfürstin Maria zu Wort kommen

Silke Ellenbeck, 1974 geborene Germanistin und Historikerin, hat 2011 einen zweibändigen „historischen Roman“ über die Großfürstin (Zarentochter) Maria veröffentlicht. Der stieß bei den Lesern auf Kritik, worauf sie ihr Werk überarbeitete, erweiterte und mit Bildern ausstattete, was die jetzige „historische Romanbiografie“ ergab. Ellenbeck kann kein Russisch, hat aber zahlreiche englische Werke genutzt, wie groteske Sprachakrobatik verrät: Personen- und Ortsnamen sind englisch transkribiert (Nastya), da die Autorin den russischen Buchstaben „ja“ nicht kennt. Sie zitiert den russischen Autor Dostojewskij in englischer und deutscher Übersetzung. Waffengattungen wie „Kosaken, Husaren“ und andere erscheinen in ungewohnter Orthografie, vor dem Zaren spielt eine „Brass Band“ oder „Big Band“.

Schlimmer ist, dass Ellenbeck die kindliche Großfürstin Maria als Ich-Erzählerin agieren lässt. So etwas gehe nie gut, hat schon Marcel Reich-Ranicki gewettert, und in diesem Buch ist es peinlich: 600 Seiten Geplapper über „Papa“ Zar, „Mama“ Zarin, „Onkel“ Willy (deutscher Kaiser) und die verwandte Hocharistokratie Europas. Die Kindesmaske erspart der Autorin Kenntnis historischer Details: Wie sie zum Beispiel die Katastrophe des Russisch-Japanischen Kriegs 1904/05 für Russland und seine Flotte in 30 Zeilen abhandelt („Der verlorene Krieg schmerzte meinen Vater sehr“), ist Klippschulniveau.

Fesselnd sind Passagen über die labile Gesundheit europäischer Herrscherdynastien, die über Stammmutter Queen Victoria mit der oft todbringenden Bluterkrankheit (Hämophilie) belastet waren. Die Romanows litten vor allem darunter, da nach vier Töchtern der ersehnte Zarewitsch Alexej ein todkranker Bluter war. Hier gelingen Ellenbeck Überraschungen, wenn sie die „mystische“ Heilwirkung des Mönchs Rasputin damit erklärt, dass er Alexej jede Arznei verbot, auch das blutverdünnende Aspirin.

Kein großer Gewinn für das Buch sind die ungezählten Bilder, meist von den Zarentöchtern aufgenommen und nun in erbarmungswürdiger „Qualität“ wiedergegeben. Ins Auge fällt jedoch die familiäre Ähnlichkeit, die Zar Nikolaj, King George V., Onkel Heinrich sowie der Bruder Kaiser Wilhelms II. aufwiesen. Aber Abbildungen sind Ellenbecks Sache nicht, sie gibt ein Bild des Zaren von 1903 im Kostüm seines Vorgängers Alexanders III. als Imitation Peters des Großen aus. Wenig Auskunft erteilt die Autorin über Wesen und Aussehen der Romanows. Von der deutschen Mutter erbten die Kinder Mäßigkeit und arroganten Dünkel, der auch für den Zaren und seine Politik fatale Folgen hatte. Nikolaj II. war von extremer Schüchternheit, sprachlich und intellektuell keine Leuchte, woher wohl die Schulschwäche der Kinder rührte.

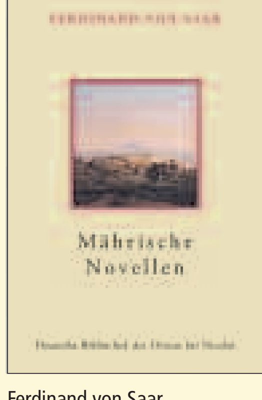
Eine gewisse Ausnahme war die stets fröhliche, große und korpulente Maria, die in ihrer Familie nur „unser guter, dicker Tollpatsch“ hieß. Ihr legt die Autorin die Erkenntnis in den Mund: „Wir vier sollten einmal in die Königshäuser Europas einheiraten“, was Bildung unwichtig machte. Das ist von der Autorin gut erarbeitet, im Unterschied zu anderem: 1913 lässt sie „Prinz Alexander aus Jugoslawien“ anreisen – ein Land dieses Namens gab es erst ab 1929. Nikolaj Hartwig war kein „russischer Minister in Serbien“, sondern Botschafter. „Onkel Willy“ gab Österreich keine „Blankovollmacht“, er übte „Nibelungentreue“. Die jungen Großfürstinnen rezitierten 1918 englische Gedichte, die erst 1932 verfasst wurden. „Cheka“ steht nicht für „Kommunistische Partei Russlands“, sondern für „Sonderkommission“, das heißt, die „Geheimpolizei“. *Wolf Oschlies*

***Silke Ellenbeck: „Ich wollte einen Soldaten heiraten und zwanzig Kinder bekommen. Maria Romanow – die dritte Tochter des letzten Zaren Nikolaus II.“**, Verlag DeBehr, Radeberg 2015, broschiert, 671 Seiten, 19,95 Euro*



Joseph von Eichendorff
Schlesische Tagebücher
128 Seiten/Gebunden
mit Schutzumschlag
Nr. P A0819 14,90 €

Joseph von Eichendorffs Tagebuchaufzeichnungen der Jahre 1800 bis 1810 sind sowohl unverfälschtes jugendliches Selbstporträt wie auch Liebeserklärung an die schlesische Heimat. Ihr oft heiter-skurriler, doch auch ernsthafter Ton lässt Menschen und Landschaften lebendig werden, die seine späteren Dichtungen prägen. Kulturhistorische Bedeutung gewinnen diese frühen Erinnerungen durch die mannigfaltigen lebensweltlichen Details, die noch über die persönlichen Schilderungen hinausreichen. So fallen am Ende auf unverwechselbare Art und Weise Charakter- und Epochenbild zusammen: jugendlich-poetische Lebensfreude und die Prosa der Zeitläufe.



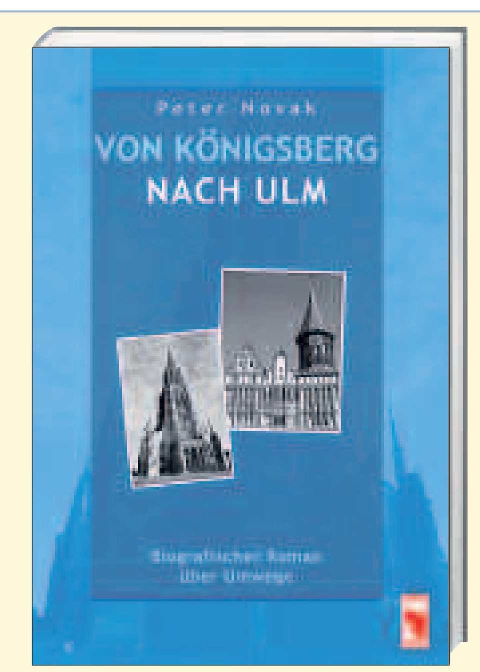
Ferdinand von Saar
Mährische Novellen
184 Seiten/Gebunden
mit Schutzumschlag
Nr. P A0822 14,90 €

Das erzählerische Œuvre des Wieners Ferdinand von Saar (1833–1906) gehört zu den bedeutendsten sprachkünstlerischen Leistungen und Zeitdokumenten des altösterreichischen Vielvölkerstaates. Schon in jungen Jahren mit Land und Leuten vertraut – er stand während seiner Militärzeit unter anderem in Brünn und Olmütz in Garnison –, war Saar seit den 1870er-Jahren häufiger Gast auf den mährischen Schlössern mäzenatischer Adelsfamilien in Raitz, Blansko und Habrovan. Dichterischer Ertrag seiner detaillierten Lokalkenntnisse ist eine Handvoll aufs Feinste ausgearbeiteter Erzählungen, mit denen er, neben der mit ihm befreundeten Marie von Ebner-Eschenbach, Mähren der deutschsprachigen Literatur erschlossen hat.



Theodor Gottlieb von Hippel
Und nun in Königsberg!
216 Seiten/Gebunden
mit Schutzumschlag
Nr. P A0823 14,90 €

Theodor Gottlieb von Hippel (1741–1796), der anonym schriftstellernde, heute weitgehend vergessene Oberbürgermeister von Königsberg und auserlesene Freund Kants, gehört zu den merkwürdigsten Gestalten der deutschen Literaturgeschichte. Als kühn experimentierender Vertreter der gesellschaftskritisch-humoristischen Prosa, in dessen Seele sich religiöse Empfindsamkeit mit aufklärerischer Skepsis und avantgardistischen Zukunftsvisionen vermengten, war ein typisches Kind des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Seine „Lebensläufe nach aufsteigender Linie" sind der erste Roman, in dem sich die Ereignisse ganz im preußischbaltischen Raum zutragen. Der Titel „Und nun in Königsberg!" ist ein Zitat aus dem Roman.



Peter Novak
Von Königsberg nach Ulm
Biografischer Roman über Umwege
Ein beispielhaftes Leben im und um den Zweiten Weltkrieg bildet Grundlage und Beginn dieses beeindruckenden, höchst menschlichen zeitgenössischen Entwicklungsromans. In einer gutbürgerlichen Familie geboren, wird Janies zu einem heimatlosen, hungrigen, vom Kriegsgeschehen schwer traumatisierten Jungen ohne Zukunftsperspektive. Kraft der Überwindung lebensbedrohlicher Gefahren und Hindernisse erkämpft sich der Königsberger mit Hartnäckigkeit und Menschenliebe seinen weiteren Weg ins Leben. Ende 1945 muss er mit Mutter, Großmutter und jüngerem Bruder aus dem zerstörten Königsberg flüchten, im Baltikum unter Litauern, Letten, Weißrussen und Partisanen Hilfe suchen. Nach einer dramatischen Odyssee (der kleine Bruder findet den Tod) erfahren sie im Westen Deutschlands wenig Unterstützung. Allem zum Trotz wird Janies schließlich ein vielseitiger Universitätsprofessor, der sich durchzusetzen gelernt hat. 364 Seiten
Nr. P A1001 Gebunden 38,00 €

Karin Feuerstein-Praßer
Augusta
Kaiserin und Preußin
Mit zahlreichen Abbildungen im Text. Taschenbuch/320 Seiten
Nr. P A0878 9,99 €

Als Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach (1811–1890) den preußischen Prinzen Wilhelm heiratet, ahnt sie nicht, dass sie die erste deutsche Kaiserin werden wird: Aufgewachsen in der kulturellen Atmosphäre der Goethezeit, glänzt sie durch hohe Bildung und ausgeprägten Kunstsinn. Erst durch Ereignisse der 1848er-Revolution tritt die liberale Augusta ins Rampenlicht der Geschichte: Als Frau des preußischen Königs und spätere Kaiserin versucht sie, Einfluss auf die konservative Politik Wilhelms I. zu nehmen. Aber Augusta hat einen mächtigen Feind: den „eisernen Kanzler" Otto Fürst von Bismarck, dessen kriegerische Pläne zur Einigung Deutschlands der überzeugten Pazifistin verhasst sind …



Das große Preußenbuch für Kinder
Mal- und Rätselspaß rund um den Alten Fritz und Co.
64 Seiten/Gebunden
Nr. P A0709 9,95 €

Endlich ein Buch, das jungen Menschen die Geschichte und Gegenwart Preußens auf ansprechende und unterhaltsame Weise nahe bringt. „Das große Preußen-Buch für Kinder" gibt Raum für eigene Kreativität und führt Kinder von 6 bis 12 Jahren spielerisch an die schönsten Seiten der preußischen Geschichte wie auch der Berlin-Brandenburgischen Schlösserlandschaft heran. Zeichne dich selbst als Alten Fritz! Bau dir dein eigenes Gutshaus! Male das Kleid der Königin aus! Claas Jansen ist selbstständiger Illustrator für Verlage und Werbeagenturen, lebt in Frankfurt und hat dieses Werk für Kinder von 6 bis 12 Jahren verfasst.

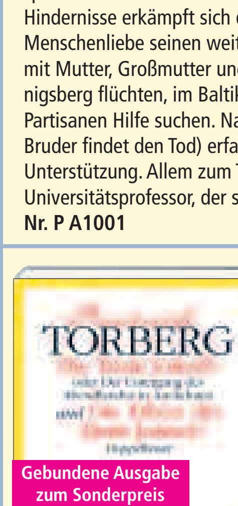
Erwin Rosenthal
Usedom und Wollin
Zwei Schwesterinseln in der Pommerschen Bucht
Der Bildband über die Doppelinsel Usedom-Wollin ist ein echtes Unikat. Mit beeindruckenden Fotos sowie gleichsam unterhaltsamen wie informativen Texten werden jene Ostseeinseln vorgestellt, die heute eine sehr durchlässig gewordene Staatsgrenze trennt, während sie früher den Landkreis Usedom-Wollin bildeten. Man begibt sich wird nicht nur den traditionsreichen „kaiserlichen" Ostseebädern Misdroy, Swinemünde, Ahlbeck, Heringsdorf und Bansin mit ihren breiten Sandstränden, attraktiven Promenaden und prachtvollen Villen, sondern auch der Geschichte Wollins (Vineta), Peenemündes und der alten Herzogsstadt Cammin. Der Autor, der seine Wurzeln auf beiden Inseln hat, folgt auf seiner virtuellen Rundreise über die Inseln den Spuren von Kaisern, Königen und Herzögen aber auch jenen von historischen Persönlichkeiten wie Johannes Bugenhagen, Theodor Fontane, Carl Ludwig Schleich, Lionel Feininger, Wernher von Braun, Otto Niemeyer-Holstein und Carola Stern. Beachtung finden auch die Insel Kaseburg und die Siedlungsgeschichte der Inseln. Den Germanen waren die Slawen gefolgt, die Christianisierung beförderte die Germanisierung. Im Jahre 1945 endete die sieben Jahrhunderte während deutsche Siedlungsgeschichte der Insel Wollin und des östlichen Teiles der Insel Usedom. 160 Seiten
Nr. P A0837 Gebunden 19,95 €

Uwe A. Oster
Preussen
Geschichte eines Königreichs
Taschenbuch
384 Seiten
Nr. P A0879 12,99 €

Uwe A. Oster nimmt uns mit auf eine historische Reise in das alte Preußen: Vom barocken König Friedrich I., unter dem das Herzogtum Preußen 1701 zum Königreich erhoben wurde, bis hin zum letzten preußischen König und späteren deutschen Kaiser Wilhelm I. reicht der Bogen, den Oster spannt. Fesselnd und anschaulich erzählt er von einer Epoche, die Deutschland bis heute beeinflusst. Der stellvertretende Chefredakteur des Geschichtsmagazins Damals räumt mit Vorurteilen auf und beleuchtet kritisch die Entwicklung Preußens und die Leistungen seiner Monarchen. Seinen Ausführungen ist die Sympathie für die Materie anzumerken, doch das trübt nicht sein Urteilsvermögen, denn er hat für seine Bewertungen gute Argumente.



Freya Klier
Wir letzten Kinder Ostpreußens
Zeugen einer vergessenen Generation
Sieben Kinder – sieben Schicksale. In ihrem bewegenden und aufwühlenden Buch zeichnet Freya Klier Flucht und Vertreibung von sieben Kindern aus Ostpreußen nach. Nach Jahrzehnten des Schweigens erhalten sie endlich die Gelegenheit, ihre Kindheitsgeschichte zu erzählen, beginnend mit dem Sommer 1944 bis hinein in unsere Gegenwart. Aus der Komposition der Stimmen erwächst ein so noch nie zu lesendes Panorama der letzten Kriegsmonate. Ein ergreifendes Zeugnis und Buch für eine ganze Generation – und deren Nachkommen! Freya Klier, geboren 1950 in Dresden, wurde 1968 wegen versuchter „Republikflucht" zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Später arbeitete sie als Schauspielerin und Theaterregisseurin, 1980 war sie Mitbegründerin der DDR-Friedensbewegung. Freya Klier hat zahlreiche Preise und Ehrungen erfahren, unter anderem erhielt sie im Jahr 2012 das Bundesverdienstkreuz. 448 Seiten
Nr. P A0789 Gebunden 22,99 €





Friedrich Torberg
Die Tante Jolesch und die Erben der Tante Jolesch
Gebunden. 336 Seiten
Nr. P A0629 9,99 €

Zwei Meisterwerke voller Wehmut und Melancholie, aber auch voller hintergründigem Humor, Bonmots und Aphorismen. Mit viel Sprachwitz lässt Friedrich Torberg seine Tante Jolesch den Alltag in der jüdischen Bohème des nachkaiserlichen Wiens beschreiben und ihre seelenverwandten Erben von der unmittelbaren Vor-Hitler-Zeit, der Emigration und der Rückkehr nach Europa berichten. So beschwört der berühmte österreichische Schriftsteller die unvergleichliche Atmosphäre des versunkenen Österreichs herauf. Friedrich Torberg war wohl einer der letzten, der aus eigener Erinnerung die Atmosphäre des ehemals habsburgischen Kulturkreises so intensiv zu beschwören vermochte.

Georg Graf von Schwerin
Zettemin – Erinnerungen eines mecklenburgischen Grafen
336 Seiten/Gebunden
Nr. P A0230 20,00 €

Georg Graf von Schwerin, Schloss- und Gutsherr auf Zettemin, beschwört noch einmal die unwiederbringlich versunkene Welt des mecklenburgischen Landadels. Seine liebevolle Beschreibung veranschaulicht dem Leser das naturnahe Leben, dem als gesellige Höhepunkte Treibjagden, Manöver und Besuche im prickelnden Berlin der zwanziger Jahre gegenüberstehen. Doch dieses geruhsame und erfüllte Leben wird in zunehmendem Maße von den politischen Entwicklungen beeinflusst und mit wachsender Sorge beobachtet Georg Graf von Schwerin, wie der Nationalsozialismus nach 1933 in alle Lebensbereiche vordringt. Ein zeitgeschichtliches Dokument der Jahre von 1918 bis 1945.



Ostpreußenfahne mit Wappen Ostpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9907 Fahne 12,50 €



Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



War das lecker – Unsere Lieblingsrezepte aus Ostpreußen
Mit vielen Abbildungen im Großformat.
144 Seiten/Gebunden
Nr. P A0363 7,99 €

Das alte Ostpreußen lebt weiter in den Erinnerungen der Menschen, in den Erzählungen der Väter und Vorväter. Es war ein wunderschönes Land an der glitzernden Ostsee mit ihrem weißen Strand, den Dünen, , die fetten Weiden und Äcker, im Süden das hügelige Waldland, darin eingebettet die Masurischen Seen. Und so vielfältig die einzigartige Landschaft war, so vielfältig waren die kulinarischen Spezialitäten, die sie hervorgebracht hat: Beetenbartsch, Königsberger Klopse, Quarkklößchen, Kümmelfleisch, Kakalinski, Buttermilchflinsen, Glumstorte aus der alten Heimat u.v.m lassen die Gerüche von Damals wieder durch die Küche wehen.

Joseph von Eichendorff
Wem Gott will rechte Gunst erweisen
Ein Jahreslesebuch
380 Seiten/Gebunden.
Nr. P A1004 5,00 €

Die 365 schönsten Eichendorff-Verse sind in diesem Band versammelt der als immerwährender Kalender geeignet ist. „Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus. / Flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus." Joseph von Eichendorffs romantische Naturlyrik – oft zu Volksliedern vertont – rührt auch heute viele Menschen an. Die verschiedenen Jahreszeiten hat er so sensibel wie kein anderer in Worte zu fassen gewusst. Dieses Jahreslesebuch mit Versen des tiefgläubigen Dichters lädt jeden Tag dazu ein, im Alltag das Wunderbare und Staunenswerte zu entdecken. Der Band hat ein Format von 11 x 16,5 cm und verfügt über ein Lesebändchen.



Fahne Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 Fahne 12,50 €



Fahne Niederschlesien
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P A0018 Fahne 12,50 €

Joseph von Eichendorff
Wem Gott will rechte Gunst erweisen
Ein Jahreslesebuch
128 Seiten/Gebunden.
Nr. P A1005 6,95 €

Wenn es zwischen Oder, Weichsel und dem Riesengebirge grünt und blüht, zeigt sich Schlesien von seiner schönsten Seite.
Die farbenfrohen Naturfotografien in dem Buch „Übern Garten durch die Lüfte" sind der beste Beweis dafür. Bekannte schlesische Autoren vermitteln in Geschichten und Gedichten die besondere Stimmung ihrer Heimat zur Frühlingszeit. Darunter sind bekannte Dichter wie Angelus Silesius, Joseph von Eichendorff, Gustav Freytag oder Jochen Klepper. Der Band hat ein Format 10,5 x 15,5 cm ist durchgehend farbig gestaltet und enthält zahlreiche Fotos.



Lorenz Grimoni u. Walter Daugsch
Museum Stadt Königsberg in Königsberg
Mit zahlreichen Abbildungen im Text. Kartoniert/192 Seiten
Nr. P 1016 9,95 €

Das heutige „Museum Stadt Königsberg" ist ein höchsten Ansprüchen genügendes Schaufenster in die Geschichte und Kultur der alten ostpreußischen Provinzhauptstadt, und es ist zu einem Ort der Begegnung zwischen Königsbergern, Duisburgern und Kaliningradern geworden, an dem gemeinsam gelernt, gesprochen und aus der reichen Vergangenheit Königsbergs für das heutige Kaliningrad die geistigen Fundamente bewusst gemacht werden. Der vorliegende Band informiert ausführlich über die Geschichte der Stadt, seine Architektur und städtebauliche Entwicklung, das Kunsthandwerk, die Wissenschaft, die Wirtschaft und den Verkehr und zeigt viele Exponate, zum Teil in Farbe.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....

Straße/Nr. .... Telefon ....

PLZ/Ort ....

Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Schließfächer ausgebucht

Passau – Bei den Sparkassen sind Schließfächer landesweit ausgebucht, berichtet der Sparkassen-Verbandspräsident Georg Fahrenschon. Grund für den Ansturm sei die Null- bis Negativzins-Politik von EZB-Präsident Mario Draghi, so Fahrenschon gegenüber der „Passauer Neuen Presse". Draghis Politik sei jedoch „völlig wirkungslos und sogar schädlich" und nehme den Menschen ihre Altersversorgung. *H.H.*

Die Fraktionen schweigen eisern

Berlin – Die Spitzen aller Bundestagsfraktionen weigern sich, auf eine Anfrage des Boulevard-Blatts „Bild" wegen der Anschaffung nobler Montblanc-Füller für Abgeordnete auf Kosten der Steuerzahler zu antworten. „Bild" wollte die Namen der 115 Abgeordneten wissen, die sich die Füller im Gesamtwert von 68 800 Euro haben kaufen lassen. Die Antwort der Fraktionen wie von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) ist eisiges Schweigen. *H.H.*

ZUR PERSON

Der Denker und die Unfallärzte

Die Intellektuellen im Land galten in der Flüchtlingsfrage bislang als treue Merkel-Fans. Doch die Front der Bewunderer bröckelt, seit Publizisten und Literaten wie Rüdiger Safranski, Reinhard Jirgl oder Botho Strauss öffentlich Kritik an der Politik der Kanzlerin geäußert haben.

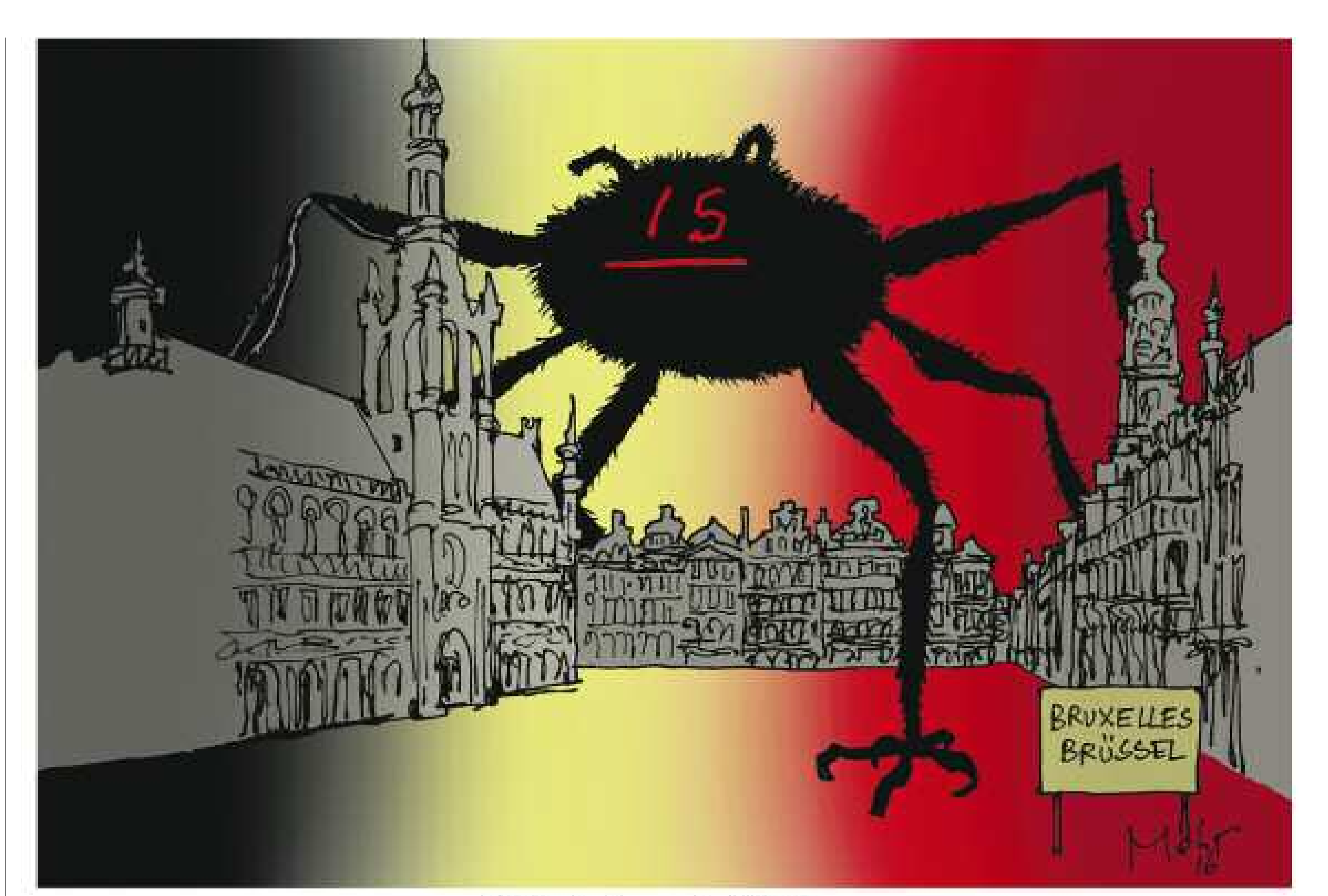
Ganz vorne in der Phalanx der Kritiker marschiert einer, der sich selbst als „linkskonservativ" bezeichnet. Schon im Februar machte **Peter Sloterdijk** in der Zeitschrift „Cicero" mit dem Satz Furore, wonach es im Hinblick auf die massenhaften Grenzübertritte „keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung" gebe. Jetzt legte der Karlsruher Philosoph in der 3sat-Sendung „Vis-à-vis" nach und verglich die aktuelle Stimmung im Land mit der nach einem Unfall, der durch Zuwanderung entstanden sei, wobei sich die Politiker „wie die Unfallärzte" verhalten würden.

Der 68-jährige Vater einer Tochter, der sich 1983 mit seinem an Kant angelehntem Werk „Kritik der zynischen Vernunft" in die



philosophische Top-Elite katapultiert hatte, ist berüchtigt für seine provozierende Metaphorik. 1999 wurde ihm nach einer auf Schloss Elmau gehaltenen Rede über die „Regeln für den Menschenpark" vorgeworfen, er plädiere für eine „faschistoide Züchtungsideologie", nur weil er sich im Zusammenhang mit der Debatte über die biotechnologische Anwendung auf den Menschen philosophische Gedanken über die Eugenik gemacht hatte.

Wer sich durch Sloterdijks Opus magnum „Sphären" liest oder ihm und Safranski in der von 2002 bis 2012 im ZDF ausgestrahlten nächtlichen Talkrunde „Das philosophische Quartett" zugehört hat, der weiß, dass seine verschlungenen Sätze und die Wortgirlanden oft mehrdeutigen Charakter haben. Bei seiner Merkel-Kritik sollte man ihm daher ganz genau zuhören. *H. Tews*



Schockstarre in Belgien

Angst – aber die richtige!

Wie Merkel den Massenansturm wieder in Gang bringt, wofür Schäuble den Etat verdoppelt, und was ein Asylbewerber von Schwarzen hält / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Das haben sie aber geschickt eingefädelt, unsere weisen Regierenden. Irgendwie mochte man die Zahlen ohnehin kaum schlucken. Zwischen 18 000 und 72 000 Asylsucher sollten laut dem EU-Türkei-Abkommen von Anatolien in die Europäische Union verfrachtet werden.

Das sollte alles sein? Da hatten wir in Deutschland vergangenes Jahr schon pro Monat mehr! Mit so wenigen sollten sich Angela Merkel und ihre Schleppenträger von der schwarz-rot-grünen Koalition zufriedengeben? Außenminister Steinmeier rüttelt doch schon wieder heftig am mazedonischen Grenzzaun und will die „Balkan-Route" wieder aufkriegen, damit sie endlich wieder ungehindert nach Deutschland fließen können, die Menschenmassen. Stattdessen soll er sich mit 78 000 abspeisen lassen. Da dauert der Austausch des eigenen Volkes ja noch ewig.

Keine Sorge: Das wissen die schlauen Leute in Berlin, Brüssel und Ankara natürlich auch und haben in den Handel einen interessanten Zusatz eingebaut, der erst ein wenig später bekannt wurde. In dem Zusatz haben sie vereinbart, dass die EU der Türkei darüber hinaus noch mehrere Hunderttausend abnimmt, und zwar direkt, also wohl per Flugzeug. Gemunkelt wird derzeit von einer halben Million Menschen.

Die sollen nach dem Freiwilligkeitsprinzip in der EU verteilt werden. Es nehmen also nur die Länder welche auf, die das wünschen. Angela Merkel muss sich dabei gar nicht groß vordrängeln. Alle außer den Deutschen haben sich das Hemd schon bis obenhin zugeknöpft: Sie werden höchsten ein paar Symbol-Syrer hereinlassen.

Nach den Brüsseler Terrorattacken ist die Vorfreude auf weitere Zuwanderer aus der islamischen Welt bei unseren europäischen Nachbarn sogar noch etwas weiter abgekühlt. Ja, die Angst geht um in Europa! Wovor? Wovor wohl: Die Co-Chefin der Grünen Jugend der Schweiz, Irina Studhalter, bringt unsere aufgewühlte Stimmung auf den Punkt. Sie schrieb gleich nach den Attentaten von Brüssel: „Ich habe Angst. Nicht vor dem Islam, nicht vor Terror – sondern vor der rechtspopulistischen Hetze, die folgen wird." Damit ist sie beileibe nicht allein. Finanzminister Schäuble und Vizekanzler Gabriel haben gerade erst dieser Tage vereinbart, die Bundesmittel für den „Kampf gegen Rechts" von jetzt 50 im nächsten Jahr auf stolze 100 Millionen Euro zu verdoppeln. Es dürfte kaum einen anderen Haushaltsposten geben, der prozentual derart rasant wächst. „Das Programm unterstützt unter anderem zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die sich in den Kommunen gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit einsetzen", lesen wir in der „Zeit".

> Geht es mit dem Terror so weiter, müssen sie die Pegida-Horden auseinander treiben

„Menschenfeindlichkeit" ist ein sehr dehnbarer Begriff, was ihn so unsagbar nützlich macht. Für gewisse „zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte" beginnt „Menschenfeindlichkeit" dort, wo man sich weder zu Multikulti noch zu offenen Grenzen, Bleiberecht für jedermann oder zum allgemeinen Linkssein bekennen will.

Da nach dieser Definition die Mehrheit im Volk als „menschenfeindlich" eingestuft werden muss, war die Verdoppelung der Bundesmittel eine dringend gebotene Maßnahme zur Herrschaftssicherung. Die geförderten „Initiativen und Projekte" sind sozusagen in die Rolle der Dragoner geschlüpft, welche einst die Obrigkeit vor dem unbotmäßigen Volk beschützt haben, um die bestehende Macht zu sichern. Das viele Steuergeld von Schäuble und Gabriel ist die Munition, mit der die neuen Dragoner schießen sollen auf den aufmüpfigen Pöbel.

Sollte sich ein Gewalt-Exzess wie in Paris Mitte November oder in Brüssel Ende März wiederholen (was leider zu befürchten steht), dann wird unsere Staatsmacht die Pegida-Horden endgültig auseinander treiben müssen. Und folgt noch so ein Terroranschlag, der „nichts mit dem Islam zu tun hat", wird ein Verbot der AfD unausweichlich sein. Schließlich haben wir „Angst". Verblüffend ist nur, wie sich die „Angst" verändert, wenn die vermutete Gefahr konkret wird. Dann sind es plötzlich ganz andere Sachen, vor denen sich die Leute fürchten.

Hat eigentlich schon einmal ein Karikaturist, Journalist oder Kabarettist irgendetwas nicht gezeichnet, geschrieben oder gesagt, weil er sich vor Übergriffen „von rechts" fürchtet? Darüber ist in jüngerer Zeit nichts bekannt geworden, im Gegenteil: Wenn es einem Spinner gefallen sollte, jemanden zu bedrohen, weil er die NPD aufs Korn genommen hat, ist das für den „Bedrohten" wie ein Lottogewinn.

Damit kommt er in alle Kanäle und hat gute Chancen, viele hübsche Auszeichnungen für seine Zivilcourage zu ernten, ohne jemals wirklich in Gefahr gewesen zu sein: „Ich lasse mich vom rechten Mob nicht einschüchtern! Ich kämpfe weiter!"

Der eingefleischt linke Kabarettist Bruno Jonas bekannte demgegenüber schon vor acht Jahren, dass er mit Spitzen gegen den Islam eher vorsichtig sei, um keine gewalttätigen Reaktionen hervorzurufen. Der Zeichner der berühmten Mohammed-Karikaturen, Kurt Westergaard, steht seit 2007 unter massivem Polizeischutz, nachdem konkrete Mordpläne bekannt geworden waren. Am Neujahrstag 2010 konnte er trotzdem nur in einen eigens eingebauten Schutzraum in seinem Haus flüchten, nachdem ein somalischer Asylbewerber mit Axt und Messer in Westergaards Heim in Aarhus eingedrungen war, um den Zeichner zu massakrieren.

Übrigens: Das ZDF hatte im Mai 2010 ein TV-Gespräch mit Westergaard abgesagt aus Furcht vor möglichen Konsequenzen. Erst als der Däne dem deutschen Staatssender öffentlich Selbstzensur vorwarf, ließen ihn die hasenfüßigen Staatssender-Leute doch noch auftreten. Ein Ende des Polizeischutzes ist nicht absehbar, weil die tödliche Bedrohung unvermindert anhält.

Aber wir schweifen ab. Wovor hatten wir noch gleich Angst? Richtig: Vor den Rechtspopulisten, die solche Dinge ausschlachten, indem sie sie ohne Rücksicht auf den schönen Schein offen aussprechen. Und das auch noch ohne die Bekenntnisformel, dass das alles nichts mit dem Islam zu tun hat.

Wir verstehen die fremde Kultur einfach nicht, wofür wir uns schämen sollten. Neulich hat der DFB-Kontrollausschuss eine Drei-Spiel-Sperre gegen einen senegalesischen Fußballer von Werder Bremen beantragt, weil der einem Gegenspieler eine „Kopf-ab-Geste" gezeigt hatte, also mit dem Finger über seinen Hals gestrichen war als Andeutung von Kehle durchschneiden. Werders Sportchef hatte für die beantragte Sperre überhaupt kein Verständnis. Die Geste sei in Afrika „gebräuchlich". Eben, andernorts folgen die Sitten eben einem ganz anderen Schnittmuster als bei uns.

Und das wäre? Kommt ganz drauf an. Ein Journalist des Berliner „Tagesspiegel" hat sich in einem Asylheim kundig gemacht und allerhand zu hören bekommen. Über Schwarze sagte ihm ein Ägypter, einige „Affen" seien nett, die meisten aber eine Plage. Der Ägypter, ein Afghane und ein Syrer erklärten ihm obendrein, dass Frauen dem Mann gehorchen, Schläge seien erlaubt, aber unnötig, denn Frauen wollten ja gehorchen. Juden seien für das Elend in der Welt verantwortlich und hätten auch das Massaker von Paris angezettelt.

Der Syrer habe zudem erläutert, dass „nur Sunniten Muslime seien, Schiiten und Drusen seien Verräter, Zionisten, Teufel, und Gewalt gegen Teufel sei legitim". Was er bei Christen und Angehörigen anderer Religionen für „legitim" hält, hat der Reporter den freundlichen jungen Mann offenbar gar nicht erst gefragt.

Keine Frage, es ist höchste Zeit, dass die Balkanroute wieder geöffnet wird und dass Merkel die halbe Million aus der Türkei zu uns führt. Der Zustrom wird unser Land und unser Leben viel bunter und interessanter machen. Wenn da bloß nicht immer diese schreckliche Angst wäre – vor den Rechtspopulisten.

MEINUNGEN

*Der Herausgeber der Wiener Tageszeitung „Österreich" (22. März), **Wolfgang Fellner**, redet erstmals offen über ein **Verbot des Islam**:*

„Mittlerweile muss die Diskussion erlaubt sein, ob nicht der Islam als solcher in Europa verboten werden sollte. Bei allem Respekt für die Freiheit der Religionen und die vielen friedlichen, sympathischen Anhänger des Islam auch bei uns in Österreich: Die Grenzen zwischen dem friedlichen Islam und dem Terror im Namen des Islam verwischen sich immer mehr. In unseren städtischen Kindergärten. In vielen Moscheen. Da wird Terror gefördert, gepredigt, vorbereitet. So kann und darf es nicht weitergehen."

*Der belgische Kulturanthropologe und **Kriegsfotograf Teun Voeten** erklärt in der „Welt" (23. März), warum sich der **radikale Islam in Belgien** so ungestört ausbreiten konnte:*

„Der wichtigste Grund dafür ist Belgiens Kultur des Leugnens ... Beobachter, die auf unbequeme Wahrheiten hinweisen, wie etwa die hohe Kriminalitätsrate unter marokkanischen Jugendlichen und gewalttätige Tendenzen des radikalen Islams, werden rechter Propaganda beschuldigt und anschließend ignoriert und ausgegrenzt."

*Im Interview mit der „Jungen Freiheit" (25. März) warnt der algerische Schriftsteller **Boualem Sansal** vor einem **Islamistenstaat in Deutschland**:*

„Um ein Land zu erobern, benötigt es keine Armee an Islamisten. Beispielsweise wird sich Deutschland an dem Tag verändern, an dem es derer zehn Prozent zählt. Gesellschaftssysteme wie Demokratie oder Kommunismus werden nicht mehr existieren ... Für einen gläubigen Moslem stellt die Demokratie einen Widerspruch zu den im Koran gelehrten Worten dar ..."

*Im Internet-Portal „Contra-Magazin" (23. März) nimmt der Autor **Marcello Dallapiccola** eine oft zu hörende **Legende auseinander**:*

„Dass wir uns daran gewöhnen müssen, mit solchen Anschlägen zu leben, wie uns im Moment alle ‚Experten' und Polit-Lakaien klarzumachen versuchen, ist eine dreiste Lüge. Man braucht nur den Blick nach Osten zu wenden: Fürchten die Polen islamistischen Terror, demonstrieren in Danzig oder Warschau Salafisten mit IS-Flaggen? Gibt es in tschechischen Schwimmbädern Übergriffe auf Minderjährige?"

*Der Journalist **David Berger** fordert auf seinem Blog (23. März), dass **Europa** endlich die islamistische Ideologie benennt, die hinter den Terror-Attacken stehe, und damit beginnt, **gegen seine Feinde zu kämpfen**, statt die Wahrheit zu beschönigen:*

„Wir haben letztlich nur zwei Möglichkeiten: Für unsere Heimat, die Europa ist, zu kämpfen oder mit ihr zu sterben. Und nur eine ist für mich wirklich wählbar, auch wenn die meisten meiner publizistischen Kollegen derzeit in eine andere Richtung gehen. Ihnen kann ich in Abwandlung jenes berühmten Satzes des von Islamisten ermordeten Charlie-Hebdo-Chefredakteurs Stéphane Charbonnier nur raten: Lieber stehend kämpfen als kniend sterben!"